

Das Argument

42

9. Jahrgang 1967

Auschwitz, Vietnam und kein Ende »Formierte« Demokratie. Politik im heutigen Kapitalismus

Auschwitz, Vietnam und kein Ende

Günther Anders: Vietnam und kein Ende 1

Hans-Joachim Lieber: Rede zur Eröffnung
einer Auschwitz-Ausstellung 21

»Formierte« Demokratie. Politik im heutigen Kapitalismus (I)

Klaus Horn: Formierte Demokratie
als kollektive Infantilität 26

Joachim Bergmann: Konsensus und Konflikt. Zum
Verhältnis von Demokratie und industrieller Gesellschaft 41

Besprechungen 60

Günther Anders

Vietnam und kein Ende

Und kein Ende

Zu glauben, daß es im Interesse der heutigen Angreifer liege, ihre Aggressionen so rasch wie möglich mit Siegen abzuschließen, das wäre naiv. Für diejenigen, die Waffen produzieren und die die Blüte der heimatischen Wirtschaft von der Blüte der Waffenproduktion abhängig machen, ist jeder Krieg als solcher bereits ein Sieg, Siege aber wären spezielle Spielarten von Niederlagen, da sie ja die Erforderlichkeit von Waffen, damit also auch die Waffenproduktion, zugrunde richten würden. Nichts subversiver als erfolgreiche Blitzkriege. Gewünscht sind heute vielmehr diejenigen Situationen, in denen Waffenabsatz und -konsum ebenso regelmäßig und ebenso verlässlich weiterlaufen wie der Absatz und der Konsum von Brot oder Benzin — d. h.: Kriege, deren Ende nicht abzusehen sind. Daß diejenigen Zeitgenossen, die diese Voraussetzung der Produktion zu stören versuchen, nicht nur als Störenfriede bezeichnet, sondern vor Komitees zitiert oder u. U. sogar als Landesverräter verfolgt werden, das ist nur logisch.

To lose one's Face

„... außerdem würden wir unser Gesicht verlieren, wenn wir die nun wieder aufgenommene Bebombung Nordvietnams nun von neuem ...“

Noch niemals habe ich aus dem Munde eines Menschen, der wirklich ein Gesicht besessen hat, die bekannte Gesichtsredensart gehört, also daß er ‚sein Gesicht nicht verlieren‘ dürfe, und daß er deshalb dies oder jenes, zumeist etwas sehr Blutiges, unternehmen müsse, oder aus diesem oder jenem, zumeist sehr blutigen, Unternehmen leider nicht mehr aussteigen könne. Wer ein Gesicht besitzt, dem ist dieses solide angewachsen, und der kann es nicht mehr verlieren, auch nicht in den Augen Anderer, genauso wenig wie er in den Augen Anderer seine Hände verlieren kann oder seine Füße. Beliebt ist diese Redensart allein bei denjenigen, die nicht nur gesichtslos sind, sondern außerdem auch so egozentrisch, daß sie garnicht auf den Gedanken kommen, einmal zu versuchen, sich vorzustellen, wie sie vielleicht (wenn überhaupt) aus dem Gesichtswinkel der Anderen aussehen. Wenn sie sich das vorstellen würden, dann würden sie nämlich erkennen müssen, daß es diesen Anderen schon seit langem nicht mehr eingefallen war, jene amorphen Flecken, die sie selbst, wenn sie in den Spiegel blicken, als ihre Gesichter bewundern, als

Gesichter zu erkennen oder anzuerkennen. Und daß deshalb alle ihre blutigen Unternehmungen, die dem Zwecke der Gesichtswahrung dienen sollen, total überflüssig sind.

Saving Face

„Nun wir unser blutiges Geschäft begonnen haben“, verkündete die molussische Regierung amtlich und öffentlich durch den Mund ihres Chefs, „können wir nicht mehr zurück, ohne unser Gesicht zu verlieren. Im Gegenteil: nun erst recht!“.

Gleich ob sie jemals ein Gesicht besessen hatten, das sie hätten verlieren können — was zählt, sind die folgenden drei Fragen und drei Antworten:

1. Wessen Augen konnten die Mörder gemeint haben, als sie Angst davor hatten, in den Augen Anderer durch die Fortsetzung ihres blutigen Geschäftes ihr Gesicht zu verlieren?

Antwort: Allein die Augen anderer Mörder.

2. Was unterstellten sie durch die Tatsache, daß sie diese Erklärung amtlich und öffentlich machten?

Antwort: Sie unterstellten, daß sie durch Verzicht auf die Fortsetzung ihres blutigen Geschäftes ihr Gesicht in den Augen von jedermann verlieren würden; mithin auch in unseren Augen; mithin daß auch wir Mörder sind.

3. Sind sie dazu berechtigt, uns derart zu beleidigen?

Antwort: Diese Frage kann allein durch unsere Handlungen beantwortet werden.

Divina commedia

Aufs furchtbarste bestätigt sich, was ich vor 15 Jahren, damals noch übertreibend, behauptet hatte: daß nämlich, wenn der Schein (z. B. der des TV-plays) realistisch auftritt, die Realität als bloßer Schein verstanden, also total mißverstanden werden muß. Für den heutigen Fernseher bleiben die ihm im TV gezeigten Filme von den Blutbädern in Vietnam unaufregend, da sie sich stilistisch, und was die Menge des vergossenen Blutes betrifft, in nichts von den mörderischen thrillers, die er täglich zu konsumieren gewohnt ist, unterscheiden.

In diesem Jahre erfährt die Dialektik von Sein und Schein ihren Umschlag. Während es noch vor ein paar Jahren geheißt hatte, die Chancen eines photogenen Präsidentschaftskandidaten seien größer als die eines nicht photogenen (und tatsächlich hatte Kennedy seinen Sieg über Nixon *auch* seiner Bildqualität verdankt), scheint nun bereits die photogene Qualität eines Mannes als ausreichender Befähigungsnachweis für das Amt des Präsidenten akzeptiert zu sein. Jedenfalls diskutiert man bereits (man entschuldige das Wort) ‚ernsthaft‘ die Präsidentialchancen des Filmschauspielers *Ronald Reagan*, eines Mannes also, dessen Überzeugungen, sofern er versehentlich solche haben sollte, unbekannt geblieben sind, aber unbekannt eben bleiben dürfen, da ja sein Gesicht, seine Gestik und sein smiling Zwei-

hundertmillionen vertraut sind. Es ist durchaus nicht undenkbar, daß die amerikanische Tragödie, vielleicht sogar die globale Tragödie, ihre Klimax unter der Führung eines Komödianten erreichen wird.

Die Mauer vor der Stirn

„Wissen Sie, was der Pfarrer N. gestern öffentlich behauptet hat?“
(„Raus damit!“)
„Drei mal drei macht neun!“
(„Hört, hört!“)
„Und wissen Sie, was die hinter der Mauer sagen?“
(„Kann man sich vorstellen!“)
„Drei mal drei macht neun!“
(„Da sieht man!“)
„Genau. — Und wissen Sie, was unser famoser Pfarrer N...“
(„Pfui!“)
„... die Stirne gehabt hat...“
(„Pfui!“)
„abzuleugnen?“
(„Raus damit!“)
„Daß er einer von drüben sei...“
(Hohngelächter)
„Geduld, meine Herren! Und wissen Sie, wessen sich dieser Mann außerdem noch erdreistet?“
(„Raus damit!“)
„Ich begrüße es, hat er gesagt, daß zuweilen die Wahrheit auch dort noch Anklang findet.“
(Gelächter)
„Haben Sie gehört? Auch dort.“
(Johlen)
„Meine Herren, ich frage Sie: brauchen wir noch andere...“
(Patriotischer Tumult, in dem die weiteren Worte des Redners untergehen.)

Love your enemies

„Join with people!“ lautet das zweite Gebot, „understand their life, use phrases from their language, honor their customs and laws!“ — Und das dritte Gebot: „Treat women with politeness and respect!“ — Und das neunte: „Reflect honor upon yourself and the USA!“ —

Urbane Empfehlungen ad usum der auf europäische Universitäten geschickten Fullbright-Studenten?

Nichts weniger als das. Sondern Regeln aus dem für die in Vietnam stationierten amerikanischen GIs verfaßten offiziellen Benehmenskodex.

„Use their language!“ Natürlich ist es illusionistisch, amerikanischen boys, von denen viele sogar ihre Heimatsprache nur kümmerlich beherrschen, zuzumuten, daß sie sich, kaum in Saigon oder in einem der von ihnen zu verwüstenden Dschungeldörfer eingetroffen, rapide in linguistische Genies verwandeln und über Nacht mit Re-

densarten und Sprichwörtern aus dem vietnamesischen Alltag um sich werfen. Aber was ist dieser imbezille Illusionismus schon, verglichen mit der Heuchelei, die den anderen Geboten zugrundeliegt? „Honor their laws“ etc. Wie sollen diejenigen, die man hinüberschickt, damit sie dort die Bevölkerung einschüchtern und vergewaltigen; denen man befiehlt, die Reisernten zu vergiften; denen man es erlaubt, sich als die Bordellherren des Landes aufzuspielen; die man als Folterspezialisten ausgebildet hat, damit sie (für RAND Corporation und ähnliche Unternehmungen) die Schreie der Gefolterten auf Band aufnehmen und (hoch die Social Psychology!) diese Aufnahmen „auswerten“ — wie sollen diese armen boys solche Aufgaben „with politeness and respect“ durchführen? Und so, daß ihre Leistungen „reflect honor upon themselves and the United States“.

*

Ich bin in diesem Jahre durch Auschwitz gewandert, vorbei an den Gebirgen von Haar, von Brillen, von Koffern, von Bürsten, von Prothesen — kurz: vorbei an den Gebirgen jener toten Objekte, die sich, da sie an Totsein eh schon gewöhnt waren, länger gehalten haben als ihre ermordeten Eigentümer. Ich weiß, was die Nazis in Auschwitz angerichtet haben. Aber ich fürchte, daß sie, verglichen mit jenen Heuchlern, die die eben zitierten Vietnam-Maximen formuliert haben und die diese verbreiten, Ehrenmänner des Grauens gewesen sind. Niemals habe ich davon gehört, daß man den Lagerbeamten die Maxime auf den Weg gegeben habe, ihre Opfer mit Samthandschuhen oder mit Respekt anzufassen. Niemals, daß sich Krematoriumsangestellte dazu zu verpflichten hatten, sich um das Vertrauen der von ihnen zu Liquidierenden zu bemühen und sich deshalb im Verkehr mit diesen der heimischen Sprache zu bedienen, also die Juden auf Jiddisch ins Gas zu locken. Das nicht. Wie entsetzlich in Auschwitz dem Evangeliumswort „Liebet eure Feinde“ auch zuwidergehandelt worden ist, noch entsetzlicher sind diejenigen, die, obwohl sie das blutige Handwerk ausüben oder dessen Ausübung anordnen, vorgeben, dem Gebot der Feindesliebe nachzukommen und für dieses sogar zu missionieren.

Mit Hilfe von Wahrheiten lügen

In scheinbarer Großzügigkeit, mit der Geste des „we have nothing to hide“, haben die Amerikaner in den letzten Monaten wiederholt nicht nur zugegeben, sondern geradezu aufdringlich gemeldet, daß sie versehentlich ein falsches Dorf in Vietnam zerbombt hätten. Es gibt nichts Heuchlerisches als diese aufdringliche Wahrheitsliebe. Durch die Betonung der versehentlich zu Unrecht bebombten Dörfer unterstellen sie nämlich, daß es andere Dörfer gibt, die zu bebomben sie ein Recht haben. — Bei jedem, uns von einem Kriminellen aufgedrängten Geständnis haben wir zu fragen, welche unwahre Voraussetzung er uns dadurch als gültig zu suggerieren sucht.

Nuancen

Völlig ungerecht und geschichtlich inkorrekt wäre es, anzunehmen, daß in den Liquidierungslagern Hitlers die Gleichmacherei bereits endgültig triumphiert habe, bzw. daß dort der Flair für Nuancen bereits völlig abgestorben gewesen sei. So stellte es sich z. B. durch eine Zeugenaussage im Wiener Prozeß gegen den KZ-Aufseher in Treblinka, Leopold Lanz, am 20. Oktober 1966, heraus, daß deutsche Juden, da diese ja schließlich aus einem technisch fortgeschrittenen Lande kamen, den Vorzug genossen, mit relativ fortschrittlichen Mitteln umgebracht, nämlich erschossen, zu werden; während Polen, namentlich polnische Juden Kinder, deren Umwelt ja ohnehin technisch noch obsolet gewesen war, der Reihe nach mit Holzknüppeln erschlagen wurden. Das Fingerspitzengefühl für das *suum cuique* war also durchaus noch nicht völlig verschwunden. Die Frage, was einem polnischen Juden passiert wäre, wenn dieser, obwohl 'keinen Schuß Pulver wert', versucht hätte, sich als deutscher Jude zu tarnten, um der technischen Vorzugsbehandlung, die diese genossen, teilhaftig zu werden, diese Frage konnte in der Verhandlung nicht beantwortet werden. Aber es ist mir nicht zweifelhaft, daß für diesen eine dritte Nuance erfunden worden wäre.

Vokabelsoziologie

A. hatte im Gespräch erwähnt, daß es nicht nur Klassensprachen gebe, also Idiome, die nur von der Klasse I und nicht von der Klasse II gesprochen würden, sondern auch Klassenvokabeln, Wörter also, deren Verwendung nur dann als möglich gelte, wenn von Mitgliedern der Klasse I die Rede sei. Als seine Gäste diese Behauptung als 'überspitzt marxistisch' abstritten, fragte er sie, scheinbar unmotiviert, ob sie im Morgenblatt bereits von dem Ableben der 340 oder 350 Grubenarbeiter in Transvaal gelesen hätten. 'Wessen Ableben?', fragte einer der Gäste. — 'Der 340 oder 350 Schwarzen', antwortete A., 'die vor ein paar Tagen um die Mittagsstunde, als sie, 75 oder 80 m unter Tag weilend, gerade speisten, von der Schlagwetterkatastrophe überrascht wurden'. 'Nein', gab ein anderer Gast unsicher zu, 'davon habe ich nichts gelesen, ich verstehe nicht recht, worum geht es denn dabei?' — 'Um allzu Ernstes nicht', beruhigte ihn A. 'Zwar, Rettung war nicht mehr möglich, die Antlitze der Entseelten waren, da diese erstickt waren, entstellt, aber immerhin, die 340 oder 350 schwarzen sterblichen Hüllen — eine unalltägliche hohe Hüllenzahl, müssen Sie zugeben — die konnten doch noch geborgen und doch noch den trauernden Hinterbliebenen übergeben werden.' — Woraufhin einer der Gäste zu begreifen glaubte und sich erhob. 'Da kann man mal wieder sehen', meinte er zischend, 'selbst der Tod ist für Sie Zyniker nichts Heiliges!' Und verließ die Gesellschaft.

Ante

Es ist absurd, daß wir die Ereignisdaten der römischen und der griechischen Geschichte mit Hilfe einer auf den Kopf gestellten christ-

lichen Skala festlegen, also Ereignisse dadurch kennzeichnen, daß sie fünfzig oder gar fünfhundert Jahre vor Christi Geburt, mit der sie nichts zu tun gehabt hatten, stattgefunden hatten. Auf eine derartige Umkehrung der Skala haben allein wir das Recht: denn wir leben in der Tat ‚ante‘. Freilich nicht vor einer Geburt, sondern vor einem Ende.

ABC

Wenn wir uns — und diese Gefahr existiert z. B. in der Antiatombewegung — auf die Bekämpfung der ‚Atomwaffen‘ beschränken, dann blamieren wir uns als ABC-Schüler unserer Epoche, als Schüler, die beim A steckengeblieben sind. Manche Leute glauben, daß die B- und C-Waffen, die bakteriologischen und die chemischen oder die neuen mechanischen Waffen wie der ‚lazy dog‘, deren Produktion heute blüht, und deren Testlaboratorium Vietnam von Tag zu Tag größer wird — daß diese Waffen nicht so direkt den Untergang der Menschheit herbeiführen wie die atomaren Waffen und deshalb weniger gefährlich seien. Das ist eine furchtbare Selbsttäuschung. Entscheidend ist nämlich, daß diese neuen Waffen nur deshalb als ‚nur relativ gefährlich‘ und als ‚konventionell‘ klassifiziert, wenn nicht sogar als ‚human‘ in Kauf genommen werden, weil es die Totaldrohung mit den Atomwaffen gibt; weil diese Drohung zum Maßstab geworden ist; weil, *was heute als ‚human‘ gilt, von der Atombombe bestimmt wird.* In anderen Worten: die Herstellung und die tägliche Erprobung und Verwendung der neuen Waffen in Vietnam finden unter dem Schutz der atomaren Drohung statt. Diese ist in der Tat ein ‚Schild‘ — aber wahrhaftig nicht in dem Sinne, in dem das Wort gewöhnlich von den Managern der öffentlichen Meinung verwendet wird. Denn was durch die Atomdrohung geschützt wird, ist nicht etwa der Friede oder die Menschheit, sondern die Produktion jener Vernichtungsmittel, deren Effekt nicht total ist. Und diese Funktion der Atomwaffen: die Funktion, die Herstellung der anderen Waffengattungen zu beschützen, die haben wir genauso energisch zu bekämpfen wie die Atomwaffen selbst.

Noch schlimmer

Noch schlimmer als die Produktion der Massenvernichtungsmittel, sogar noch schlimmer als die tägliche Routine der Blut-, Brand- und Vergiftungsaktionen ist die Tatsache, daß diese entsetzlichen Objekte und Maßnahmen zumeist unscheinbar aussehen. Noch schlimmer deshalb, weil die Unscheinbarkeit des Aussehens die selbstverständliche Fortsetzung der entsetzlichen Aktionen nicht nur erleichtert, sondern geradezu garantiert.

Wer einmal in Auschwitz vor den leeren Dosen der Zyklon B-Kristalle gestanden hat, der weiß, daß diese Behälter, von denen jeder bekanntlich den qualvollen Vergasungstod von Hunderten in sich geborgen hat, ungefährlicher ausgesehen haben als die kleinsten Taschenmesser; daß sie von den Effekten, die zu bewirken sie im-

stande waren und um derentwillen sie überhaupt hergestellt worden waren, überhaupt nichts verriet. Ich halte es für durchaus möglich, daß die Angestellten, die diese Behälter zu ihren ‚Bestimmungsorten‘ zu tragen und dann zu ‚verwenden‘ hatten, einfach durch deren unscheinbares Aussehen daran verhindert waren, wirklich zu begreifen was sie da taten — ungeachtet der Tatsache, daß sie natürlich wußten, was sie da taten; und ich könnte es mir sogar vorstellen, daß sie auf diesen ihren Gängen die Dosen wie große Bälle hochzuwerfen und wieder aufzufangen pflegten, so wie ich vor 50 Jahren die riesigen Pflaumenmus-Dosen (‚Familienpackung‘), die Mutter für die großen Ferien bei Stiebler einzukaufen pflegte, als Bälle zu benutzen pflegte. In der Tat war ich, als ich diese Zyklon-B-Dosen in Auschwitz vor mir sah, im ersten Moment und zum ersten Male nach 50 Jahren, an diese vergessenen Stücke aus der Kindheit erinnert.

Nicht weniger entsetzlich als das harmlose Aussehen dieser alles andere als harmlosen Behälter war die Tatsache, daß Gegenstände, dereh ursprüngliche Bewandtnis wirklich einmal harmlos gewesen war, plötzlich in infernalische Gegenstände umschlugen. Die Etiketten der ‚Pelikan-Wäschetinte‘ hatte ich ebenfalls seit 50 Jahren nicht gesehen, in unserer Wohnung in Breslau hatte diese Tinte vor dem ersten Weltkrieg herumgestanden, weil die Bettwäsche mit ihr gezeichnet wurde. Der Anblick der Tintenfässer erfüllte mich mit Heimweh, und ich glaubte, das Wirtschaftszimmer meiner Mutter zu riechen. Nur daß die Tinte hier in Auschwitz, wie mir ein Kommentartext erklärte, einem anderen Zwecke gedient hat: nämlich dem, die Ziffern in die Arme der KZ-Häftlinge einzutätowieren.

Die Eigenschaften

Der hohe Beamte G. war zu dem Prozeß, den der molussische Staat dem Ausland zuliebe gegen die Liquidatoren des baranischen Volkes angestrengt hatte, als Zeuge geladen worden. ‚Herr Zeuge‘, fragte der Staatsanwalt, einen Aufruf schwenkend, ‚haben Sie diese Aufforderung zur Liquidierung verfaßt oder nicht?‘.

‚Eine derartig unspezifizierte Frage‘, antwortete G., ‚kann ich in meiner Eigenschaft als Jurist nicht beantworten‘.

‚So. Wollen Sie damit andeuten, daß ein Anderer den Text verfaßt habe?‘.

‚Ich habe nichts dergleichen behauptet‘.

‚Also doch Sie‘.

‚Eben das ist es, was ich als ‚unspezifiziert‘ bezeichnen muß. Denn der Text, der hier zur Debatte steht, den hat dessen Autor damals ausschließlich in seiner Eigenschaft als Vizeregierungspräsident verfaßt. Die Folgerung, daß er persönlich damit einverstanden gewesen sei, ist reine Unterstellung. Diese muß ich mir verbitten. Identifiziert habe ich mich mit dem Text niemals.‘

Dem Vorsitzenden schien das einzuleuchten.

‚Sie würden also behaupten‘, fuhr der Anwalt fort, ‚Sie stehen mit sauberen Händen vor uns?‘.

Der Zeuge warf einen kurzen Blick auf seine manikürten Finger. ‚Wie Sie so etwas auch nur fragen können‘, meinte er kopfschüttelnd.

‚Sie sprechen von Ihrer damaligen Eigenschaft und von Ihrer gegenwärtigen‘, fuhr der Anwalt fort. ‚Darf ich Sie vielleicht fragen, in wievielen Eigenschaften Sie existieren?‘.

Der Vorsitzende runzelte seine Brauen.

‚Sonderbare Frage‘, fand der Zeuge. ‚Das ist natürlich in verschiedenen Zeiten ganz verschieden‘.

‚Und wie kommt das?‘.

‚Weil das stets von der Zahl der Ämter abhängt, mit denen ich jeweils betraut bin‘.

‚Und mit alledem wollen Sie sagen, daß wir Sie wegen dieses Textes nicht zur Rechenschaft ziehen können?‘.

‚Wenn Sie mit dieser Frage‘, antwortete der Zeuge, und er richtete sich in seiner ganzen Würde auf, ‚Flucht vor Verantwortung implizieren wollen, so kann ich Ihnen nur versichern, daß ich damals in meiner Eigenschaft als Vizeregierungspräsident jederzeit dazu bereit war, für diesen Text geradezustehen‘.

‚Ich verstehe‘, brummte der Staatsanwalt, ‚eine Eigenschaft — ein Wort. Und haben Sie etwas dagegen, nun auch uns in dieser Eigenschaft Rede zu stehen?‘.

‚Heute in dieser Eigenschaft?‘, fragte der Zeuge, ehrlich erstaunt. ‚Warum nicht?‘.

‚Weil das nicht in meiner Macht liegt‘.

‚Und warum liegt das nicht in Ihrer Macht?‘.

G. begriff nicht, daß er nicht begriffen wurde. ‚Weil diese Eigenschaft‘, erklärte er schließlich, ‚mit dem Zusammenbruch des damaligen Regimes natürlich ebenfalls zusammengebrochen ist. Weil sie also garnicht mehr existiert. Was ich Ihnen heute zur Verfügung stellen kann, ist natürlich allein diejenige Eigenschaft, die ich heute vertrete. Also die des Oberpräsidialgouverneurs. In dieser Eigenschaft möchte ich Sie nun freilich höflichst darum ersuchen, mich nicht an Stelle einer anderen Person, gar einer nicht mehr existierenden, aufzuhalten‘.

Der Vorsitzende warf dem Staatsanwalt einen vorwurfsvollen Blick zu.

Diesen Blick übersah der Staatsanwalt. ‚Glauben Sie nicht, Herr Oberpräsidialgouverneur‘, fragte er statt dessen, ‚daß Sie mir in dieser Ihrer Eigenschaft Bescheid darüber geben könnten, ob es nicht neben den Eigenschaften, in denen Sie jeweils dies oder jenes tun oder getan haben, doch noch etwas anderes gibt?‘.

‚Wie meinen Sie das?‘

‚Ob es nicht, abgesehen von Ihren Eigenschaften, vielleicht auch — Sie selbst gibt?‘

Weder der Vorsitzende noch der Zeuge glaubten recht gehört zu haben.

‚Jawohl: ‚Sie selbst‘ hatte ich gesagt.‘

‚Bedaure‘, antwortete da der Oberpräsidialgouverneur, und er schien nun sogar in seiner Würde gekränkt, ‚ich möchte sogar zu Pro-

tokoll geben, daß mich diese Frage, da sie niemals hätte gestellt werden dürfen, aufs tiefste befremdet. Auch Ihnen, Herr Staatsanwalt, dürfte es ja, und sogar schon in Ihrer Eigenschaft als Staatsbürger, bekannt sein, daß uns die Unantastbarkeit unserer Privatsphäre — und um diese handelt es sich ja, wenn Sie von meinen Eigenschaften absehen — von unserer neuen Regierung verbürgt worden ist, und sogar verfassungsmäßig. Die Tatsache, daß Sie in Ihrer Eigenschaft als Staatsanwalt trotzdem auf den Gedanken kommen können, diese Sphäre anzutasten, die erfüllt mich, offen gesagt, mit Besorgnis.'

Der Vorsitzende wurde unruhig.

„Und da auch ich schließlich Staatsbürger bin“, fuhr der Zeuge fort, „fühle ich mich in dieser meiner Eigenschaft dazu verpflichtet, gegen den Versuch eines solchen Eingriffes Einspruch zu erheben.“

Das war dem Staatsanwalt zu viel. „Wissen Sie was?“, rief er, „verbieten müßten alle diese Eigenschaften werden!“

Nach diesem Ausbruch blieb der Gerichtssaal für einige Sekunden stumm.

„Herr Staatsanwalt“, griff dann der Vorsitzende ein, „wenn Sie diese Ansicht in Ihrer Eigenschaft als Staatsanwalt geäußert haben sollten, so wäre das bedauerlich.“

„Aber ich bitte Sie!“, rief da der Staatsanwalt, „davon kann doch gar keine Rede sein!“

„Sondern?“

„Sondern ausschließlich in meiner Eigenschaft als Mensch!“

Da warf der Vorsitzende seine Hände in die Luft, so als hätte der Staatsanwalt mit diesem Worte das Ende der Justiz besiegelt. „Aber ich bitte Sie!“, rief auch er nun. „Wie können Sie nur in Ihrer Eigenschaft als Staatsanwalt eine solche Antwort erteilen. Und dazu noch mir — in meiner Eigenschaft als Vorsitzenden!“ — Den Zeugen aber entließ er.

Der Lebensretter

„Ich ahnte, daß mehr Juden im Zug waren, aber ich unternahm dagegen nichts . . . , später erfuhr ich, daß in dem Zug statt 1300 Juden 1600 waren. Ich freute mich darüber, und ich bin heute stolz darauf, 300 Juden vor der Deportation gerettet zu haben.“ (Verteidigungsworte des direkt unter Eichmann arbeitenden SS-Hauptsturmführers Franz Novak, der das Fahrplan-Ressort für die Judenfrachtzüge nach Auschwitz leitete. — Gesprochen im Prozeß am 27. September 1966. — Presse, Wien, 28. 9. 66.)

Nach einer verlotterten Nacht hatte der Büttel Fo — was ihm nie zuvor passiert war — tief in den Tag hinein geschlafen, so daß er zu seinem Entsetzen statt um sieben erst um elf Uhr an seinem Arbeitsplatz auftauchte. Obwohl er mit der Liquidierung der ihm zugeteilten und bereits in ungeduldiger Queue auf ihn wartenden Opfer sofort und in schärfstem Tempo begann und sich sogar, um keine Minute zu verlieren, seine Mahlzeiten während des Arbeitens in den Mund stopfen ließ, hatte er doch bei Feierabend statt auf die 1000 Leichen,

die seit Beginn der Diktatur als sein Mindestpensum gegolten hatten, es nur auf klägliche 700 gebracht. Daß ihm diese Pflichtverletzung eine Verwarnung eintrug, ist selbstverständlich. Aber nicht minder tief litt er, da er von früh auf zur Gewissenhaftigkeit erzogen worden war, unter Selbstvorwürfen. Noch tagelang, so erzählten seine Kollegen, sei der Bedauernswerte unansprechbar geblieben und, wer weiß, ob er damals nicht sogar mit dem Gedanken an Selbstmord gespielt habe.

*

In völlig anderem Lichte erschien Herrn Fo seine Schuld freilich in der nächsten Zeit, in jenen Wochen, Monaten und Jahren, die dem Zusammenbruch der Diktatur folgten. Die Säumigkeit, die ihn seinerzeit wie ein Dorn im Fleische gepeinigt und ihn vielleicht sogar beinahe in den Tod getrieben hatte, die verwandelte sich nun nämlich, und zwar beinahe ohne Herrn Fos Zutun, in einen Gegenstand seines Stolzes. Als einer seiner Nachbarn eine, wie Herr Fo herauszuhören meinte, auf sein damaliges blutiges Amt anspielende Bemerkung fallen ließ, erklärte er diesem nämlich — und zwar in einem Tone, der so klang, als hätte er sein damaliges Versäumnis niemals anders gedeutet —, daß er damals, in jenen üblen Zeiten des Terrors, die sich hoffentlich niemals wiederholen würden, daß er damals, allen Befehlen zuwiderhandelnd und ohne der Gefahr, die ihn den Kopf hätte kosten können, zu achten, dreihundert Verurteilte vor ihrem sicheren Tode bewahrt habe. Kaum hatte er diese Version über die Lippen gebracht, als diese auch schon zu seinem festen Eigentum geworden war. Schon wenige Tage später brüstete er sich in einer öffentlichen Versammlung damit, daß es ihm eine tiefe Genugtuung bereite (natürlich auch damals schon bereitet habe, nur daß er dieser damals nicht habe Ausdruck geben dürfen), so vielen Menschen das Leben geschenkt zu haben; und er erntete damit nicht geringen Beifall. Was ihn dazu ermutigte, sich schließlich sein Recht auch offiziell zu beschaffen, nämlich in einer Eingabe an das Ministerium für öffentliche Prämien darauf aufmerksam zu machen, daß es wohl keinen anderen Molussier gebe, der sich rühmen dürfte, dreihundert Bürger seiner molussischen Vaterstadt der Terrorherrschaft entrisen zu haben, und wohl keinen, der sich mit gleichem Recht wie er als den nationalen „Champion der Lebensrettung“, wenn auch nicht bezeichnen, so doch immerhin fühlen dürfe — ein Wink, den die zuständigen Behörden offensichtlich verstanden haben, da sie Fo bekanntlich im folgenden Jahre mit der Goldmedaille für tätige Menschenliebe dekoriert haben.

*

Gebe Gott, wir haben Unrecht.

Die Genugtuung

Was ich vor ein paar Jahren anlässlich Auschwitz behauptet hatte: daß unsereins nur deshalb noch lebe, weil der Apparat der Welt unverlässlich arbeite und den und jenen von uns durchrutschen lasse,

das war nur die halbe Wahrheit gewesen. Von der Unverläßlichkeit des heutigen Apparats hängt nämlich nicht nur unser Überleben ab, sondern auch unser Zur-Welt-kommen. Wenn die Gynäkologen von New York und Boston in den ersten August-Tagen dieses Jahres dreimal so viele Frauen entbunden haben als sonst im Tagesdurchschnitt, so deshalb, weil einige der nördlichen Staaten der US vor genau neun Monaten zum Leben im Dunkel verurteilt gewesen waren. Kein Wunder, daß die armen Millionen, die daran gewöhnt waren, ihre Abende vor den Fernsehschirmen zu verbringen, nach irgendeinem Ersatz suchen mußten. Ein Armutszeugnis ist es allerdings, daß ihnen dabei nichts anderes eingefallen ist als jener technisch primitive, gadgetlose und obsolete Zeitvertreib, den sich schon unsere Großväter hatten verschaffen können, jener Zeitvertreib, der heute freilich, wenn man ihm gadgetlos obliegt, ungewollte Folgen nach sich zieht. Und damit bin ich bei dem Punkt, auf den ich abzielte. Natürlich wäre es lächerlich, anzunehmen, daß der Ausfall des elektrischen Stromes automatisch durch eine Steigerung der sexuellen Energie ausgeglichen worden sei. Wahr ist vielmehr, daß die Frauen ohne ihr elektrisches Licht ihre gadgets nicht finden konnten, daß also die Abertausende von Kindern, die Anfang August das Licht der Welt erblickt haben, dieses Licht der Lichtlosigkeit verdankt haben. Welche Genugtuung wird es einmal in 10 oder 15 Jahren für ein solches Kind sein, zu erfahren, warum es auf die Welt gekommen ist.

Gleichberechtigung

Schöne Zeiten waren es noch, als Anatole France die in seinem damaligen Frankreich geltende *Égalité* als das gleiche Recht, unter den Brückenbögen zu schlafen, also *das gleiche Recht Aller auf die gleiche Misere*, verhöhnen durfte. Wie veraltet dieser Hohn unterdessen geworden ist! Denn heute gibt es Tausende, die (und zwar ohne die geringste Schuld) zu gleichberechtigten Mitbürgern in demjenigen Augenblick werden, in dem sie *das gleiche Recht* wie ihre Mitbürger erobert haben, *an der Produktion von Misere teilzunehmen*. Jene farbigen Arbeiter, nein, eben Arbeitslose, die heute Los Angeles überflutend, Arbeitsplätze zu erobern versuchen, die kämpfen automatisch (einfach auf Grund der Tatsache, daß die dortige Industrie zum großen Teile Kriegsindustrie ist) um das Recht, jene Vernichtungsmittel mitherstellen zu dürfen, mit deren Hilfe Kolonialvölker unterjocht oder liquidiert werden sollen. — Es ist mehr als zweifelhaft, ob der Kampf um Gleichberechtigung unter allen Umständen bejaht werden darf. Ob sich nicht, wer dieses Ziel innerhalb eines Unrechtssystems verfolgt, zum Komplizen des Unrechts macht.

Auf den Kopf gestellt

Die Grundlüge unseres Zeitalters behauptet, man benötige die Produktion von Waffen, um Kriege zu verhüten. Wahr ist umgekehrt, daß man Kriege benötigt, um die Produktion von Waffen nicht zu

verhüten. Aus diesem Grunde, also zwecks Sicherung der Waffenproduktion, werden eben auch die Kriege produziert. Sie sind Produktionsmittel.

It never occurred to me

In einer Pressekonferenz am 11. September 1965 sprach Expräsident Eisenhower die folgenden Worte: „It never occurred to me that the United States should not use atomic weapons if they would best serve the interests of the country“ — dieses „it never occurred to me“ (niemals ist mir der Gedanke gekommen) bezieht sich auf die am 4. September 1958 von Eisenhower und Dulles ins Auge gefaßte Verwendung von Atomwaffen, deren Einsatz die Chinesen davon abhalten sollte, eine „Invasionsaktion“ gegen ihre eigenen Inseln Matsu und Quemoy durchzuführen.

„It never occurred to me“ — dies aus dem Munde des Mannes, der damals über Sein oder Nichtsein zu entscheiden gehabt hatte, und dazu eines Biedermannes, der gewiß freundlicher gewesen war als diejenigen Männer in Washington, die heute über das „to be or not to be“ zu entscheiden haben, und dazu zwanzig Jahre nach Hiroshima — wenn das nicht als Selbstmordgrund genügt, dann gibt es heute keine Selbstmordgründe.

Freiheit aus Verachtung

In jenen Ländern, in denen wir alles aussprechen dürfen, in denen wir sogar die Erlaubnis haben, die offizielle Politik unserer Regierungen kriminell zu nennen, genießen wir diese Freiheit nicht etwa deshalb, weil Freiheit das Prinzip der Machthaber wäre; sondern allein deshalb, weil diese uns verachten; weil sie nämlich überzeugt davon sind, daß das Aussprechen der Wahrheit ein flatus vocis bleibe und nicht das mindeste in der Welt verändere. Die Diktatoren, die uns den Mund verbieten, beweisen damit, daß sie uns ungleich höher respektieren.

Über das Protestieren

Es gibt Veranstaltungen und Kundgebungen, die in die Irre führen, obwohl das in ihnen Kundgegebene wahr sein mag. Das ist dann der Fall, wenn diese unser Ohr verstopfen, uns nämlich so taub machen, daß wir unfähig werden, die noch wichtigeren Wahrheiten zu vernehmen und aufzufassen. Zuweilen ist solche Irreführung nicht nur der zufällige und bedauerliche Nebeneffekt der Kundgebungen von Wahrheiten, sondern deren beabsichtigter Haupteffekt. Daß man den Sieg der Wahrheit mit Hilfe kleinerer Wahrheiten sabotieren kann, das hat sich unter den Taktikern von heute längst schon herumgesprochen.

Vor einigen Tagen bin ich darum gebeten worden, meiner Empörung über den sowjetrussischen Prozeß gegen die Autoren Daniel und Sinjawski in einem Protest-Aufruf Ausdruck zu verleihen. Überflüssig zu betonen, daß auch ich der unmenschlichen und auch un-

menschlich törichten Bestrafung der zwei Kollegen fassungslos gegenüberstehe. Trotzdem habe ich mich dem Protest nicht angeschlossen. Warum nicht?

Weil dieser Protest von dem wahren Skandal von heute: von dem amerikanischen Genocid in Vietnam ablenkt. Ob die Initiatoren des Protestes, die sich an mich wandten, darauf abgezielt hatten, das weiß ich nicht. In dubio pro reo. Aber es kommt nicht allein auf das Motiv eines Protestes an, sondern auch auf dessen wahrscheinlichen Effekt. Und der Effekt dieses Protestes wird wahrscheinlich darin bestehen, daß er von Vietnam ablenkt.

Etwas anderes wäre es, wenn ich seit dem Tage, an dem die Amerikaner ihren systematischen Genocid in Vietnam begannen, täglich die Gelegenheit gehabt hätte, von früh bis spät öffentlich zu protestieren. Hätte ich diese Chance gehabt, dann hätte ich mich vielleicht auch diesem Protest gegen Sowjetrußland anschließen dürfen, sogar anschließen müssen. Aber die Chance, gegen die Vietnampolitik zu protestieren, hatte ich nur ein einziges Mal. Und ein einziges Mal gegen die tägliche und systematische und von Spezialisten durchgeführte Verwüstung und Folterung eines Volkes zu protestieren, und ein einziges Mal gegen die Sowjetjustiz, weil diese zwei meiner Kollegen grausam abgeurteilt hat — das würde auf eine totale Verfälschung der heutigen Weltlage und auf eine totale Verzerrung aller moralischen Proportionen herauslaufen. Die Verunrechtung der zwei zu jahrelangem Arbeitslager Verurteilten ist furchtbar. Aber nicht annähernd so furchtbar wie die tägliche Ermordung von Abertausenden in Vietnam, denn die in der Sowjetunion Bestraften bleiben am Leben, es ist noch möglich, sie zu begnadigen oder zu rehabilitieren, während die Leichname in Vietnam nicht zum Leben zurück-erweckt werden können, und die Herstellung von Leichnamen systematisch und programmatisch weitergeht. Nichts wäre unfairer, nichts scheinheiliger als die Beteuerung, man müsse aus Fairneß gegen Unrecht auf beiden Seiten gleichermaßen protestieren. Klingt wunderbar schön. Und wäre völlig in der Ordnung, wenn es sich um gleiches Unrecht handeln würde. Wenn z. B. die Sowjetunion kontinuierlich Venezuela bebomben würde und mit Spezialtruppen die Bevölkerung Venezuelas foltern und umbringen ließe. Wovon glücklicherweise keine Rede sein kann. Umgekehrt wird *der falsche Schein der Gleichheit allein dadurch produziert, daß man mit gleicher Vehemenz nach beiden Seiten hin protestiert.*

Dazu kommt etwas Psychologisches. Seit dem Tage, an dem es uns klar wurde, daß mit dem systematischen Genocid in Vietnam zu rechnen sein würde, seit jenem Tage ist meine Empörungskraft so voll „besetzt“, daß ich mich außerstande fühle, daneben noch Empörungen über andere Sujets zu kultivieren. Womit ich aber nicht etwa meine Inferiorität anmelden und behaupten will, daß meine Empörungskraft geringer sei als die meiner Zeitgenossen, z. B. derer, die mich zur Teilnahme an ihrem Protest aufgefordert haben. Umgekehrt bin ich sogar überzeugt davon, daß dasjenige, was man mir als „schriftstellerische Begabung“ zubilligt, eigentlich nichts anderes ist

als eine Manifestation meiner Empörung; und daß ich heftiger, ausdauernder und geübter empört bin als die meisten. Trotzdem gebe ich es zu, oder richtiger: deshalb kann ich es mir leisten, zuzugeben, daß meine Empörungskraft nicht über unbegrenzte Reserven verfügt, daß sie nicht dazu ausreicht, um neben meiner täglichen Indignation über den Völkermord in Asien auch noch eine Sonder-Indignation über die unmenschliche Behandlung meiner zwei Kollegen in Sowjetrußland in Gang zu setzen. Womit ich nicht nur indirekt andeute, sondern ganz ausdrücklich erkläre: wer mir heute, da der Geruch von Napalm, verkohlten Feldern und brennendem Menschenfleisch die Welt verpestet, wer mir heute mit der Beteuerung kommt, daß er vor Empörung über die zwei verunrechteten Autoren in Rußland in Weißglut gerate, dem nehme ich diese Beteuerung nur mit der äußersten Skepsis ab.

Den Zwei in Sowjetrußland ist schlimmes Unrecht angetan worden. Dieses Unrecht und die Möglichkeit der Wiederholung solchen Unrechts muß aus der Welt geschafft werden. Aber diese Forderung darf nur von denen ausgesprochen werden, die dieses Unrecht vor die Folie des tausendfach größeren Verbrechens stellen, das auch jetzt, da ich diese Zeilen schreibe, blutig und brandig gen Himmel stinkt.

Freiheit hüben und drüben

Ich unterstelle ein politisches System, das letztlich auf die Befreiung des Menschen und auf die Garantierung des Friedens abzielt. Außerdem, daß der Weg zu diesem Ziele immer wieder verfehlt wird, und das nicht nur auf Grund von Mißverständnissen, sondern auf Grund von bürokratischer und philiströser Borniertheit und Bosheit. Trotzdem gilt:

Wenn mir in einem solchen System diese oder jene künstlerische Freiheit beschnitten wird (z. B. die, als „action painter“ aufzutreten oder dgl.), dann ist das noch immer besser, als wenn es mir in einem imperialistischen Staate, zu dessen „actions“ es gehört, Dörfer und Bevölkerungen anderer Länder vermittlels Napalmbomben ihrer Freiheit zu berauben oder auszurotten, erlaubt wird, mich als „action painter“ oder dgl. auszutoben. Unter keinen Umständen ist es mir gestattet, die künstlerische Freiheit, die ich in einem imperialistischen oder gar Völkermord begehenden Lande genieße, als Symptom oder Maßstab politischer oder moralischer Freiheit zu preisen, geschweige denn, mich für diese, mir im Rahmen der Freiheitszerstörung ausgesparte Freiheit zu bedanken. Wer das tut, der verkauft sich mit Haut und Haaren, und hat damit die Freiheit auf viel infamere Weise veraten als derjenige Künstler, der sich dazu versteht, für die dem Frieden dienende oder mindestens dienen wollende volksdemokratische Siegesallee erbärmliche Statuen herzustellen. Kafka hin, Kafka her. Ob ein Staat und dessen Staatsmänner für den Menschen und dessen Freiheit stehen, oder gegen den Menschen und dessen Freiheit, das dürfen wir nicht von der Attitüde ablesen, die sie Kafka gegenüber einnehmen. Es ist zwar unsinnig, sich vorzustellen, daß

Johnson von Kafka mehr verstehe als Ulbricht; vermutlich hat er von diesem sogar weniger gehört als Ulbricht. Aber unterstellen wir selbst einen Kafkaliebhaber namens Johnson im Weißen Hause, einen Mann, der abends im „Prozeß“ schmökert, und der es nicht nur erlaubt, sondern warm begrüßt, daß Kafkas „Strafkolonie“ in seinem Lande erscheint, und daß College boys and girls, before they join the Great Society, in der Beherrschung dieser Geschichte examiniert werden. Was wäre damit denn bewiesen? Da er ja gleichzeitig auch das Foltern erlaubt, nein nicht nur erlaubt, sondern zum System gemacht hat. „Frei“ ist dann eben *nur* die Kunst — und kein Künstler läßt sich schlimmer mißbrauchen als derjenige, der sich dazu verführen läßt, die Freiheit, die er genießt, in einen Beweis für generelle Freiheit umzumünzen.

Schönheit

Die Philosophie-Professoren in den Vereinigten Staaten sollten es doch ernsthaft in Betracht ziehen, ihren Ästhetik-Seminaren Johnson-Texte zugrunde zu legen. „Ich habe“, so sprach nach *Steward Alsop* der große Mann, „vom Mont Blanc aus den Sonnenaufgang gesehen, aber das Schönste, das meine Augen je wahrgenommen haben, war die amerikanische Flagge in einem fremden Lande...“ — Über die kleinbürgerliche Unterstellung, daß der Sonnenaufgang von dem durch seine Höhe berühmten Berge auch das Schönste sein müsse (es fehlt nur noch, daß während des Sonnenaufgangs die „Neunte“ aus dem Portable erklang), über diese Unterstellung kann man zur Tagesordnung übergehen. Dagegen ist die Idee, daß extreme Schönheit durch Besetzung, bzw. Besatzung, entstehe, ungewöhnlich. Und da sie der Kantischen Idee vom „uninteressierten Wohlgefallen“ den Todesstoß versetzt, wirklich interessant.

Die Wahrheiten lügen

Auch Wahrheiten können irreführen. Dann nämlich, wenn sie das Ohr taub machen für wichtigere Wahrheiten. Oft ist Irreführung nicht nur die zufällige und bedauerliche Nebenwirkung von Wahrheitsverkündigung, sondern deren beabsichtigter Haupteffekt.

Gleiches Recht auf Unrecht

Über Mangel an Infamien können wir, die Zeitgenossen der Sechziger Jahre, gewiß nicht klagen. Die Meldungen aus Vietnam, Südafrika, Alabama, um nur drei Gegenden für viele herauszugreifen, sind unser täglich Brot. Daß „im Interesse der Freiheit“ Ortschaften „dem Erdboden gleichgemacht“ werden, das steht bereits wieder mit Regelmäßigkeit und Selbstverständlichkeit in unseren Zeitungen; und auch wir sind ja schon wieder so weit, diese Nachrichten als selbstverständlich zu empfinden, deren regelmäßige Wiederholung sogar als ein beruhigendes Zeugnis für die verlässliche Stabilität unserer Welt gilt. Alles wie gehabt. Und doch: in diesem Haufen von

täglich üblen Nachrichten hat es in den letzten Monaten zwei Meldungen gegeben, die in gewissem Sinne noch deprimierender gewesen sind als die alltäglichen Schreckmeldungen. Von welchen spreche ich?

1. Von der Meldung, daß 700 Veroneser Arbeiter aus Panik vor drohender Arbeitslosigkeit in einem dringenden Appell den Präsidenten der USA, Johnson, darum ersucht haben, den amerikanischen Militärstützpunkt, in dem sie angestellt sind, und von dessen eventueller Demontage bereits gemunkelt werde, unter keinen Umständen aufzulösen. Was macht diesen Appell so schockierend?

Nicht nur die Tatsache, daß diese Siebenhundert in der Notlage, in der sie sich offenbar befinden, schon nicht mehr spüren, wie würdelos es ist, um die Aufrechterhaltung fremder militärischer Einrichtungen auf eigenem souveränen Boden zu betteln oder sich dazu zu drängeln, in diesem beschäftigt zu bleiben, sondern vor allem, daß sie sich für die Bewandnis der Basis, um deren Aufrechterhaltung sie so inständig betteln, überhaupt nicht interessieren. Hätten sie auch nur das mindeste Interesse, dann müßten sie ja erkennen, daß dieser Stützpunkt

a) vom Tage seiner Errichtung an nicht etwa der Sicherung ihrer Heimat gegolten hatte, sondern allein dem Ziel, ein drittes Land zu bedrohen: und zwar eines, das niemals den mindesten Grund gehabt hat, ihre Heimat zu bedrohen;

b) die Gefahren, vor denen er zu schützen vorgibt (wie alle Installationen dieser Art), überhaupt erst erzeugt, daß nämlich jede Drohung eine Gegendrohung, und im Ernstfall, jeder Schlag einen Genschlag provozieren muß — kurz: daß der Stützpunkt, um dessen Aufrechterhaltung sie betteln, ihr Land, statt es zu schützen, umgekehrt gerade bedroht hat und, solange er nicht demontiert ist, auch weiter bedrohen wird. Basen für Raketen sind Untergangsmagneten.

*

Die zweite deprimierende Meldung — und deren Ähnlichkeit mit der ersten liegt auf der Hand — besagt, daß Tausende von Negern, von Arbeitslosigkeit gejagt, in den Bereich von Greater Los Angeles hineingeströmt sind und weiter hineinströmen, um dort Arbeitsstellen zu finden. Der Rechtstitel auf Arbeit, den diese Menschen beanspruchen, ist natürlich unbestreitbar; diesen eigens zu begründen, wäre beleidigend, ihn zu betonen, ist überflüssig. Nicht überflüssig ist es dagegen, es sich illusionslos klarzumachen, auf was diese berechnete Jagd nach Jobs in vielen Fällen, ganz gewiß in diesem Falle, herausläuft, und das nun ohne Beschönigung auszusprechen: daß nämlich unter den heutigen Industrie- und Beschäftigungsverhältnissen von Kalifornien und Los Angeles nahezu jeder, der um einen Arbeitsplatz kämpft, um einen Platz in der Rüstungsindustrie kämpft. In anderen Worten, daß diese „job hunters“ ihr unbestreitbares Recht auf Arbeit dann erobert haben, wenn es ihnen geglückt ist, zu der Vorbereitung der Liquidierung von Mitmenschen — denn einem anderen Ziel dient ja die Rüstungsindustrie nicht — zugelassen zu sein.

Nun, solange Menschen, die im Elend leben (wie etwa die farbige Bevölkerung, die nach Los Angeles einströmt) um Rechtsgleichheit kämpfen, solange kann man von diesen Menschen wohl kaum verlangen, daß sie sich den Kopf darüber zerbrechen, ob sich unter den Tätigkeiten, zu denen auch sie zugelassen zu werden beanspruchen, auch solche Tätigkeiten befinden, die, generell gesprochen, unerlaubt sind. Oder, anders ausgedrückt: so lange das moralische Ziel, für das eine Gruppe kämpft, lautet: „Wir wollen das, was die anderen dürfen, ebenfalls dürfen“ — solange kann die Frage, ob das, was sie auch zu dürfen beanspruchen, moralisch sei oder nicht, in einer solchen Gruppe nicht auftauchen. Und das ist ganz natürlich so. Nichts liegt mir ferner, als etwa den Negern von Los Angeles, bzw. von Watts vorzuwerfen, sie hätten ihre Gedanken nicht zu Ende gedacht.

Und erst recht gilt das alles natürlich in demjenigen Augenblick, in dem das Kampfziel: also die Rechtsgleichheit, wirklich erreicht ist. Von Menschen, die dieses Ziel endlich errungen haben, die Einsicht zu verlangen, daß sie nun das gleiche Recht wie andere genießen, Unrecht zu tun, und daß ihre Rechtsgleichheit nun darin und nur darin bestehe — diese Einsicht und diese moralische Selbstständigkeit von ihnen zu verlangen, wäre nicht nur total unrealistisch, sondern auch absolut unfair.

Aber unterstellt, es gäbe solche einsichtigen und moralisch selbstständigen Menschen — und ein paar gibt es unter den Hunderttausenden ganz gewiß —, Welch jämmerliche Genugtuung muß es für diese Männer sein, am Tage ihres Triumphes, am Tage, an dem sie einen Job gefunden und das Tor zur Fabrik durchschritten haben, sich sagen zu müssen, daß sie durch dieses Tor in eine Rüstungsfabrik eingetreten sind, und daß sich nun ihre gewonnene Rechtsgleichheit als gleiches Recht auf Mordbeteiligung, also auf Unrecht, verwirklicht hat.

*

Die Zahl der Zeitgenossen, die sich diese Tatsache bereits klargemacht haben, ist äußerst gering. Für die Millionen von wohlmeinenden Progressiven versteht es sich von selbst, in *einem* Atem, an einer und derselben Demonstration ihre Stimme für die Gleichberechtigung der coloured people und gegen die Fortsetzung der Aufrüstung bzw. der gerade stattfindenden imperialistischen Kriege zu erheben — und natürlich wäre jeder moralisch impulsive Zeitgenosse glücklich, da ohne Wenns und Abers und ohne alle Reserven mitzutun und sich für beides zugleich einsetzen zu dürfen. Aber darf er das?

Wie entsetzlich mißverständlich meine Antwort auch klingen mag — und ich sehe bereits voraus, daß Feinde mich loben und Freunde mich fortstoßen werden —, so einfach dürfen wir es uns nicht machen. Wer wirklich dazu entschlossen ist, den Problemen von heute ins Auge zu blicken, der kann sich nicht der Tatsache verschließen, daß die zwei Forderungen (Gleichberechtigung und Rüstungsabbau) nicht einfach durch ein „und“ verbunden werden können; daß diese Und-Verbindung, wie gut gemeint sie auch sein mag, eine naive Be-teuerung bleibt; daß die Doppelforderung vielmehr einen Wider-

spruch in sich enthält, daß wir es hier mit einer dialektischen Situation zu tun haben. In anderen Worten: *innerhalb von Unrechtssystemen* — und ein mit Atomkrieg drohendes und imperialistische Liquidationskriege führendes Land ist natürlich ein Unrechtssystem — *kann das Plädoyer für Gleichberechtigung versehentlich immer auch zum Plädoyer für das Unrecht* (z. B. zum Plädoyer für die Rüstungsindustrie oder für Militärbasen oder für Kriege) werden.

Absurd? Um zu erkennen, wie wenig absurd diese Gedanken sind, braucht man es sich ja nur klar zu machen, daß die Dialektik, von der ich hier spreche, in einem anderen Sektor, nämlich im militärischen, längst bekannt ist. Denn daß die Gleichberechtigung, die der in die Uniform gesteckte Neger genießt, darin besteht, daß auch er nun, genau so wie der weiße GI, das Recht hat, im Interesse des Imperialismus Koreaner oder Vietnamesen oder welche Bevölkerung gerade dran ist, zu dezimieren, also das *gleiche Recht auf Unrecht-tun*, das kann wohl von niemandem bestritten werden.

The chances of the game

Am 3. 7. 1966 versuchten, wie Newsweek vom 5. 9. 1966 berichtet, zwei amerikanische Jets, einige Einheiten der US First Infantry Division, die sich im Kampf mit einer Vietcong-Einheit befand, zu unterstützen. Ihre Napalmbomben warfen sie aber so ungenau, daß sie nicht diejenigen trafen, denen sie mit Hilfe dieser Bomben die Prinzipien der „Freien Welt“ beizubringen wünschten, also nicht Vietcong-Soldaten, sondern diejenigen, die für diese Prinzipien ja ohnehin kämpften, nämlich ihre eigenen Leute, von denen nun „mehr als 20 unter Gebrüll zu Tode verbrannten, und weit mehr schwer verwundet wurden“.

Was um Gotteswillen soll unsereins zu dieser Szene sagen? Sollen wir vielleicht ausrufen: „Wie entsetzlich, daß derartige Unglücksfälle möglich sind!“ — Wäre damit nicht indirekt zugestanden, daß es weniger, vielleicht sogar überhaupt nicht entsetzlich gewesen wäre, wenn die amerikanischen Flieger genauer getroffen, also nur Vietnamesen verbrannt hätten? Das wäre infam. — Ebenso unerlaubt aber wäre es, die Zielverfehlung zu begrüßen, nämlich auszurufen: „Wie gut, daß die Täter einmal am eigenen Leibe erfahren, was sie anderen antun!“ Oder: „Vielleicht werden sie dadurch lernen, daß dieses Ereignis keine Ausnahme gewesen ist, daß sie nämlich ihr Ziel auch dann verfehlen, daß sie auch dann sich selbst treffen, wenn sie glauben, nur den Feind getroffen zu haben!“ — Wie gesagt: auch solche Rede wäre unerlaubt, die meisten der Täter sind ja ebenfalls Opfer, als Opfer haben wir sie ja sogar dann noch einzustufen, wenn sie ihr Handwerk bereits mit Vergnügen oder mit Stolz betreiben. Denn dieses Vergnügen und diesen Stolz haben sie sich ja nicht selber eingedrillt.

Schlimmer aber als diese Fehlabbwürfe ist die Attitüde, die der Kommandeur seiner so furchtbar zugerichteten Infanteriedivision eingenommen hat. Unsere Frage, ob wir über das Versehen entsetzt sein sollten, oder ob wir es vielleicht als Chance für verspätete Ein-

sicht begrüßen sollten, die ist dem General William E. De-Puy natürlich völlig fremd. In einem Ton, der als Ataraxie beeindrucken soll, in Wahrheit aber nichts anderes verrät als emotionalen Analphabetismus, erklärt er: „We are not angry at the Air Force“ — „wir sind auf die Luftwaffe nicht böse“. Und zwar deshalb nicht, weil es sich ja um einen nur ganz geringen Zielfehler gehandelt habe. „This was an error of only about 50 meters“, erklärte er nämlich, um die Harmlosigkeit des Unfalls zu unterstreichen, „and (with planes going) at 200 knots, it can happen“. Auf Deutsch: „Das war ein Fehler von nur etwa 50 m, und bei einem Abwurf aus einem immerhin 200 Knoten fliegenden Flugzeug, kann eine solche Zielverfehlung natürlich passieren.“ — Furchtbar wäre es offenbar gewesen, wenn es sich um einen 100 m-Irrtum gehandelt hätte. — In anderen Worten: Irren ist menschlich, menschlich offenbar auch dann, wenn durch den Irrtum Mensch B statt Mensch A in Feuer aufgeht und sich sterbend die Seele aus dem Leibe brüllt. Auch das ist menschlich, weil Irren eben menschlich ist. Schließlich kann man in dem Spiel, das wir da in Vietnam spielen, nicht damit rechnen, daß solches menschliches Irren ausgeschlossen bleibe, also daß jedermann ganz genau ins Schwarze treffe; das zu verlangen, wäre wohl sogar unmenschlich, und Unmenschliches dürfen wir natürlich nicht verlangen, selbst im Kriege gegen den Vietcong nicht. Scherz beiseite, die Erklärung ist obszön, denn sie endet mit den Worten: „It's the chances of the game“ — und wer uns mit diesem Wort „game“ über das Brüllen verbrennender Menschen hinwegzutrusten versucht, der kann auch als Divisionskommandeur auf keine andere Bezeichnung Anspruch erheben.

Nur

Im Wiener Prozeß gegen die Brüder Mauer wurde am 21. Oktober 1966 eine gewisse Frage ventilert — und die Tatsache, daß diese gewisse Frage so ventilert wurde, als wenn von deren Beantwortung das Urteil über das Ausmaß der Schuld oder Unschuld mitabhängen könnte, ist fast noch haarsträubender als das, was da zur Debatte stand. Nach einer Zeugenaussage behauptete nämlich einer der zwei Angeklagten, daß das Menschenblut, das man (vermutlich weil man im Kriege keine Gottesgabe hatte vergeuden dürfen, G. A.) nach der Erschießung von Juden bei der Rudolfsmühle von Stanislaw in einem Faß gesammelt hatte, nicht als Schweinefutter verwendet habe, sondern nur als Düngemittel. Nur. Aus unbegreiflichen Gründen unterstellte er es als selbstverständlich, daß die Antwort „Düngemittel“ weniger belastend sei als die Antwort „Schweinefutter“, so als wenn Rettiche, die aus Judenblut aufblühen, harmloser wären als Speckseiten von Schweinen, die Judenblut gesoffen haben. Wenn er für die Version „Düngemittel“ kämpfte, so nicht nur deshalb, weil er damit versuchte, die Geschworenen zu desorientieren, sondern auch deshalb, weil er hoffte, daß die Entscheidung für die Version „Düngemittel“ wieder einmal beweisen würde, wie skandalös gewissenlos die Vorwürfe sind, die man gegen Massenmörder zu erheben wagt.

Eiszeitgedanken

Die Kühltruhe ist nicht etwa nur eines unter den tausend Geräten von heute, sondern das heute repräsentativste, da sie unseren obszönen Ewigkeitsbegriff verkörpert. Unvergeßlich das plötzlich verblüffte Gesicht der damals sechsjährigen Myrtle, als sie ihre Mutter fragte, wie es denn komme, daß wir uns außerhalb des Refrigerators so lange frisch halten können. Offenbar war es ihr bereits unbekannt, daß das Leben selbst ein Prinzip der Dauer ist, daß es sich selbst frisch hält; als Mittel der Erhaltung kannte sie schon nur noch die eisige Abtötung. Modell des Seienden, auch des Menschen, waren für sie die Eier, die Sahne und die Leberwurst, die sich eben nur dann halten, wenn sie im Eisschrank aufbewahrt werden. — So bereits vor zwanzig Jahren. Unterdessen ist Myrtles Frage vollends rechtmäßig geworden. Werden wir auch noch nicht während unseres Lebens eingeeist, so doch bereits posthum und — denn was der Leiche recht ist, das ist dem Sperma billig — sogar praenatal.

Posthum: So werden z. B. jene amerikanischen boys, die zum Zwecke der Durchführung von Genocid nach Vietnam gebracht, bei der Absolvierung dieses ihres Jobs versehentlich zugrundegehen und ausrangiert werden müssen, unverzüglich in die auf dem Flugplatz von Saigon installierten immensen Massen-Eisschränke hineingeschoben und dann tiefgekühlt über den Stillen Ozean geflogen, damit sie, wenn sie unter den Fliederbüschen der heimatlichen Friedhöfe von Boston, Dallas oder Littletown beerdigt und beweint werden — die Delikatesse den Hinterbliebenen gegenüber ist unüberbietbar — noch nicht stinken und noch richtig frisch seien wie Eier, Sahne und Leberwurst.

Und praenatal: Denn man plant ja bereits, unsere Samen in tiefgekühlten Sperma-Bänken zu speichern, damit diese einmal, etwa nach einer atomaren Katastrophe (weiß der Himmel wann, vielleicht in einer Zukunft, die, normal gerechnet, eigentlich unseren Urenkeln oder Ururenkeln gehören müßte) Söhne oder Töchter zeugen. Zu Ende gedacht scheinen freilich die tiefgekühlten Gehirne der Techniker diesen Plan noch nicht zu haben: Denn über geeiste Ovarien-Bänke ist noch nichts bekannt, und in welchen doch noch gesunden Schößen unsere tiefgekühlten Spermien, sich blindlings mit Blindem mischend, wahrhaftig ohne Ansehen der Person die neue Generation von Menschen erzeugen sollen, das bleibt noch ein Mysterium. Amen.

Egal

Ob A.'s Weigerung, eine Erklärung gegen die amerikanische Aggression in Vietnam zu unterschreiben, von Ängstlichkeit diktiert ist, oder (da er das Prinzip habe, „nur für selbstverfaßte Texte geradezustehen“) von als Grundsatztreue maskierter literarischer Eitelkeit, das weiß ich nicht. Aber das ist mir auch völlig egal. Wo es sich um den Protest gegen Massenmorde handelt, da lohnt es sich nicht mehr zu fragen, auf Grund welcher Untugend einer sich ausschließt.

Christening

Am 22. Juli 1966 berichtete die New York Times, ohne dazu Stellung zu nehmen, über das vierte Polaris Submarine „The Will Rodgers“ in Groton, Conn. und „its christening by Mrs. Hubert Humphrey“. — Trotz ihrer Kürze enthält diese Meldung aus der Times fünf widerwärtige, wenn nicht geradezu obszöne Elemente. Widerwärtig ist es,

daß man diesem Boot, dessen Unterwasserraketen Millionenstädte verwüsten können, nein — denn das ist ja deren raison d'être —, verwüsten können sollen, einen Namen gibt, so als handele es sich dabei um einen x-beliebigen Kohlen- oder Passagierdampfer;

daß man dieses Namengeben einer Mordmaschine als „christening“ bezeichnet;

daß man dabei keinen geeigneteren Namen findet als den eines Humoristen;

daß man diese aus Gotteslästerung, Vulgarität und Dummheit zusammengesetzte Taufprozedur einer Frau zumutet; und schließlich

daß diese Frau — und zwar nicht irgendeine, sondern die des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten — diesen Auftrag auch prompt durchführt.

*

Uns bleibt nichts anderes übrig als zu hoffen, daß es jenen Millionen, die durch diese Mordmaschine vielleicht einmal sterben werden, dann zum Troste gereichen wird, zu wissen, daß sie keinem Tragiker, sondern einem Komiker, und keinem von Männerhand, sondern einem von Frauenhand getauften Geschoß zum Opfer gefallen sind.

* * *

Hans-Joachim Lieber

Rede zur Eröffnung einer Auschwitz-Ausstellung

Eine Ausstellung zu eröffnen ist Eines, eine Ausstellung wie diese zu eröffnen, ist ein Anderes. Der Gestus der Feierlichkeit, der einer Ausstellungseröffnung gemeinhin beiwohnt, widerspricht dem Inhalt dessen, was hier zur Ausstellung gelangt; ja selbst der Form einer Ausstellung haftet angesichts des Geschehens von Auschwitz dieser Widerspruch zu ihrem Inhalt an. Was durch die Ausstellung zur Sprache gebracht werden soll, schlägt sich in der Sprachlosigkeit des Entsetzens nieder. Was in seiner Grauenhaftigkeit und Unmenschlichkeit vorgestellt wird und vorgestellt sein will, übersteigt das Vermögen der Vorstellungskraft.

In der „Ermittlung“ sagt ein Zeuge: „Wenn wir mit Menschen, die nicht im Lager gewesen sind, heute über unsere Erfahrungen spre-

chen, ergibt sich für diese Menschen immer etwas Unvorstellbares“. In diesen schlichten, nicht einmal mehr anklagend, sondern nur noch feststellend gemeinten Worten ist die Schwierigkeit ausgesprochen, die jedem Prozeß, jedem Stück, jedem Film, dieser Ausstellung und jedweder anderen Aufklärung über das in Auschwitz Geschehene und über das, wofür Auschwitz als Name und als Symbol stehen mag, innewohnt. Zugleich bezeugt die Resignation des nurmehr feststellenden Satzes die heute mehr denn je zwingende Nötigung, durch Aufklärung den Bann des Geschehenen und seiner bloßen Feststellung zu brechen.

Weil das Versagen der Vorstellungskraft unüberwindlich scheint, provoziert es das Verlangen, bei der Feststellung der Unvorstellbarkeit des in Auschwitz Geschehenen stehenzubleiben.

Oftmals ist es wohl Scheu, sich von dem in Auschwitz Vorgegangenen ein Bild zu machen. Das Insistieren auf der Unvorstellbarkeit wird zur Tabuierung, zum Bilderverbot des Absolut-Bösen. Dahinter mag vielfach die Befürchtung stehen, daß Darstellung und erklärende Rede das von Auschwitz ausgehende Gefühl der Bedrohung in seiner Unausweichlichkeit nur mindern können ist doch das Bemühen, das Widersinnige und schlechthin Inhumane noch rational begreifen, den Abgrund zwischen Wahn und Vernunft noch vernünftig überbrücken zu können, von Auschwitz selber erteilt und widerlegt und wird doch das Ungeheuerliche durch solches Bemühen wider Willen nur mehr verharmlost oder in eine unzulässige Distanz gebracht. Oftmals verbergen sich im konstatierenden Gefühl des Unvorstellbaren aber auch der Widerstand gegen die Erfahrung und Bewußtmachung des eigenen Anteils an Auschwitz und die damit verbundene Abwehr von Einsichten, die auf Veränderung seiner Voraussetzungen zielen.

Die erste Haltung erhält Auschwitz zweifellos gegenwärtig kraft der sprachlosen Teilnahme am Entsetzen seiner Opfer, und sie gebiert Furcht vor der Möglichkeit der Wiederholung. Aber eine so geartete Furcht bleibt bannend, so wie sie es für die Opfer von Auschwitz selber war. Sie bleibt ohnmächtig, weil sie subjektiv und ichhaft ist. Sie isoliert die Menschen und setzt als sprachlose Furcht der möglichen Wiederholung keine mitteilbare und darin objektiv werdende und wirkende Erfahrung entgegen.

Geht, wie in der zweiten angedeuteten Haltung, die Unvorstellbarkeit des Geschehens auf Berührungsangst zurück, so steht das konstatierte Unvorstellbare in der Gefahr, nur ein anderer Name zu werden für das zu Vergessende oder gar zu Verdrängende. Unvorstellbarkeit wird zum Mittel der Entlastung gegenüber dem Geschehenen ebenso, wie gegenüber dem gebotenen Versuch, es trotz der Unvorstellbarkeit dennoch zur Sprache, zur Erfahrung zu bringen. Gegen solche Mechanismen im Verhalten muß jede Aufklärung über Auschwitz sich wenden. Sie muß das Ungeheuerliche im Normalen aufsuchen und sie muß dadurch gerade hier, in Deutschland, einem Vergessenen entgegenarbeiten, das nur allzu leicht mit der Rechtfertigung des Vergessenen zusammengehen oder in eine solche umschlagen kann.

Ist es Absicht und Zweck dieser Ausstellung von Bildern und Dokumenten aus Auschwitz, an Aufklärung solcher Art mitzuwirken, so schließt das freilich aus, den Sinn dieser Ausstellung und auch meiner wenigen Worte an dieser Stelle auf den Anlaß trauernden Gedenkens einzuschränken. Zu schnell könnte die Hoffnung dahinter sich verbergen, Trauer und Reue wären in der Lage, die in Auschwitz zum System gewordene Zerreißung menschlicher Solidarität zurückzunehmen und nachträglich die zerrissene Solidarität wenigstens symbolisch wiederherzustellen. Solche Hoffnung wäre aber wohl zu billig angesichts des Grauens, mit dem wir uns hier konfrontiert sehen.

Trauer und Reue sind ja doch wohl erst dann mehr und etwas anderes als bloße Entlastung von der schuldhaften Vergangenheit, wenn sie übergehen in Erkenntnis und zwar in eine Erkenntnis, die die eigene Gegenwart nicht von dem am vergangenen Unheil Erkannten ausnimmt. Trauer und Reue kommen erst dann über Beschwichtigung hinaus und wären in der Lage, von Veränderung zu zeugen, ja in solche überzugehen und sich in ihr zu erfüllen, wenn sie sich der Frage stellen und selber auf sie hindrängen, warum sie erst jetzt, so spät, sich bekunden; warum sie ausblieben und ohnmächtig waren, als Auschwitz in Betrieb war.

Angesichts einer solchen unabweisbaren Frage, vor die wir uns nicht zuletzt auch durch diese Bilder hier gestellt sehen, wären Reue und Trauer um ihre erst noch zu erschließende Tendenz gebracht, wollten sie sich auf den Gestus der moralischen, ja oft nur sentimental Solidarisierung mit den Opfern durch feierstündliche Stilisierung eingrenzen lassen. Feierstündliche Stilisierung und Eingrenzung von Reue, Trauer und Solidarität könnten in die Gefahr geraten, ein fatales Mißverständnis von Auschwitz auszudrücken bzw. ihm vorzuarbeiten, dem Mißverständnis nämlich, Auschwitz und das, wofür es steht, sei ein erratisches Ereignis unter den Geschehnissen unserer Epoche, ein Ausnahmezustand gleichsam, aus dem, nach Einsicht in seinen Ausnahmeharakter, folgenlos in die normale bürgerliche Ordnung zurückzukehren wäre.

So festgelegt und aufgefaßt, würden Sprache und Bericht dieser Ausstellung das, was sie bezeugen: die Wirklichkeit von Auschwitz nicht erreichen; sie würden die Starre des Schreckens nicht zu lösen vermögen, um aus dem Schrecken Erfahrung hervorgehen zu lassen; Aufklärung vermöchte durch solche Festlegung nicht mehr, die von Auschwitz Verschonten zu Zeugen sowohl für als auch gegen Auschwitz zu machen.

Lassen Sie mich das mit diesen Hinweisen Gemeinte durch eine historische Parallele verdeutlichen. Als Lissabon im 18. Jahrhundert durch das berühmte große Erdbeben zerstört wurde und 40 000 Menschen dabei ums Leben kamen, da überstieg dieses Ereignis die Vorstellungskraft der Zeitgenossen. Fassungslosigkeit, Furcht und Schrecken vor dem vergleichsweise erratischen Ereignis blieben jedoch nicht stumm, um es darin über den Menschen noch triumphieren zu lassen. Das Ereignis wurde den Zeitgenossen zum Menetekel,

den heilsgeschichtlichen Garantien, die menschliches Dasein sichern und rechtfertigen sollten, das Vertrauen zu entziehen. Wurde hier ein katastrophales Naturereignis, als Geschichtszeichen genommen, zur Grundlage einer Veränderung des Verhältnisses des Menschen zur Natur, zur Geschichte, zu sich selbst, um wie vieles mehr sind wir gehalten, Auschwitz als ein das Bewußtsein von uns selbst veränderndes Geschichtszeichen zu nehmen.

Die Bedrohung menschlichen Daseins, die Auschwitz anzeigt, dringt ja eben nicht — wie es noch am Beispiel der Zerstörung Lissabons scheinen wollte — von außen auf den Menschen ein. Sie erscheint — gerade, weil Auschwitz Wirklichkeit ist — im Menschen selber als seine Möglichkeit. Wenn Auschwitz Furcht anzeigt und bewirkt, die mehr als bloßes Gebanntsein sein will und sein muß, dann deshalb, weil es nicht mehr eine Furcht vor den Göttern oder der Natur ist, sondern die Furcht des Menschen vor sich selbst.

Es ist die Furcht vor den selbstzerstörerischen Folgen, die aus dem Mißverhältnis der moralischen Vorstellungskraft des gegenwärtigen Menschen gegenüber seinen technischen und organisatorischen Mitteln und Fähigkeiten drohend sich herleiten. Es ist die Furcht des Menschen, in die eigenmächtig werdende Maschinerie, die er zum Zwecke der Beherrschung und Ausbeutung der Natur konstruierte, selber als Mensch ununterschieden von der Natur mit einbezogen zu werden. Es ist die Furcht, die an Auschwitz zur Gewißheit wird und nicht mehr bloße Ahnung bleibt, wie sehr die vom Menschen erzeugten Mittel über die Zwecke zu triumphieren vermögen, in deren Dienst sie entworfen wurden und stehen sollten. Es ist die Furcht vor einem Sieg der Mittel über die Zwecke, der diese Zwecke rationaler Kontrolle des Menschen entzieht und das pure Funktionieren der Mittel zum einzigen Maßstab möglicher und anerkannter Rationalität erhöht. Es ist damit letztlich die Furcht vor gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Lebensbedingungen, die, obgleich sie vom Menschen selber geschaffen sind, ihm sich selbst entfremden, weil in ihnen der Gegensatz zwischen der moralischen Person und dem Rollenträger, dem Funktionär, nicht nur die Menschen in ihren Verhältnissen zueinander, sondern auch noch jeden einzelnen Menschen in sich buchstäblich zerreißt.

Ist es eine auf diese Weise sich artikulierende Furcht, die das Motiv wie den Gegenstand jedweder Aufklärung über Auschwitz und damit auch dieser Ausstellung abgibt, dann freilich steht solche Aufklärung fortlaufend vor antinomischen Schwierigkeiten. Sie waren und sind hier an dieser Stelle zu benennen und sie sind der Grund, warum diese wenigen Worte zur Eröffnung so ausfallen müssen und nicht anders ausfallen können:

Unvorstellbares soll ausgestellt und damit vorgestellt werden.

Dem Versagen der Vorstellungskraft soll begegnet werden mit Dokumenten, die — soweit es sich nicht nur um Bilder handelt — das Geschehen, das sie bekunden und bewirkten, in den technischen Termini von Verwaltungsakten neutralisieren und tarnen und die damit selber der Vorstellungskraft bedürfen, um Sprache zu gewinnen.

Nach der Zerstörung der Menschen soll einer Zerstörung der Erinnerung vorgearbeitet werden, aber zwischen Auschwitz, dem Geschehen, wofür es steht, und heute liegen lange Jahre eher des Vergessens als der Erinnerung.

Der moralische Protest soll geweckt werden und doch zugleich einsichtig sein die reale Ohnmacht des bloßen Protestes.

Damit der Protest nicht allgemein und abstrakt bleibe und darin so hilflos, wie es der Protest der Opfer war, muß er sich vermittels der Analyse der objektiven Zwänge und Bedingungen realgesellschaftlicher und geistiger Art, die Auschwitz möglich machten, artikulieren, jedoch ohne daß das dabei geschehene Unerträgliche zu einem immer lückeloser historischen Kausalzusammenhang erstarrt, der keine Alternativen mehr kennt und in welchem dann der Unterschied zwischen Tätern und Opfern zu einem bloßen Rollenunterschied im umfassenden und als historisch notwendig erwiesenen System verflacht.

Zum Zwecke der Artikulation und Differenzierung des moralischen Protestes, die ihm allein gesellschaftliche Macht verleihen könnte, ist leidenschaftslose Analyse der Bedingungen und Voraussetzungen von Auschwitz geboten, ohne daß jedoch solche Analyse in eine Bestätigung des Analysierten umschlagen darf. Das monströse Unvergleichliche an Auschwitz muß in jeder Art von Aufklärung hervortreten, ohne daß dabei jedoch die Zusammenhänge mit normalen Strukturen und Verhaltensweisen der modernen Gesellschaft verloren gehen. Auschwitz muß als Industrialisierung des Mordes begriffen werden, der Tod in Auschwitz als Massenprodukt von Verwaltungsakten, innerhalb von deren Anonymität individuelle Schuld und Verantwortung, ja individuelle Teilhabe zu verschwinden drohen. Und dennoch muß gerade deshalb unsere Teilnahme an den Opfern wie unsere Vergeltung an den Tätern und den Peinigern Einzelnen gelten, wenn wir nicht selbst die Anonymisierung des Todes bestärken wollen.

Und schließlich ein letztes: Auschwitz und das, wofür es steht, signalisiert unübersehbar die selbstzerstörerischen Möglichkeiten und Fähigkeiten des Menschen als Menschen, Auschwitz ist deshalb ein die Menschheit als solche angehendes, ein weltgeschichtliches und weltweites Ereignis. Solche Einsicht würde jedoch zur bequemen sozialpsychischen Verdrängung, würde sie als Entlastung von der Bewußtmachung des Anteils des eigenen, unseres Volkes, an der Wirklichkeit von Auschwitz funktionieren.

Weil dieser Anteil unser politisches Schicksal und unsere politischen Möglichkeiten in der Welt noch immer bestimmt, haben wir uns in den genannten Antinomien und zumal in der zuletzt genannten zu bewähren, könnte doch nur dann glaubhaft werden, daß nicht allein im Protestieren gegen Auschwitz, sondern nur im bewußten Leben mit Auschwitz die Möglichkeit sich zu eröffnen vermag, über Auschwitz hinauszugelangen.

Klaus Horn

Formierte Demokratie als kollektive Infantilität

Die Entmythologisierung der Innerlichkeit und ihre Inbetriebnahme

Die Säkularisierung der Innerlichkeit, ihre Entzauberung und Verwissenschaftlichung im Interesse manipulativen Handhabens¹ ist ein Prozeß, der parallel lief mit der gesellschaftlichen Destruktion jenes Subjekts, das als Unteilbares, als substantiell rationales Individuum, Substrat der liberalen Ökonomie und Gesellschaftstheorie war: Es sollte ja Individualinteresse mit dem Allgemeinwohl zu vereinbaren imstande sein. Diese Vorstellungen sind bis heute nicht eingelöst; es besteht im Gegenteil die Tendenz, dem Subjekt diese Aufgabe wieder zu entziehen und diese Vermittlungsfunktion zentral lenkenden Institutionen anzuvertrauen.

Die ältere Forschung über den autoritätsgebundenen Charakter² wies nach, daß der Vater im Sozialisationsprozeß wesentlich die Funktion hatte, dem Sohn ein auch ideologisches Bewußtsein von seiner Rolle in der bürgerlichen Gesellschaft anzuerziehen. Denn obgleich die kritische Analyse der bürgerlichen Ökonomie gezeigt hatte, daß der Markt die Integration der individuellen Interessen zum Gemeinwohl nicht zu leisten vermochte, die gesellschaftliche Seite dieses Modells also nicht funktionierte, so mußte doch der Sozialisationsprozeß in der Familie darauf abgestellt bleiben, das Versagen im Konkurrenzkampf als persönliches Versagen des Individuums hinzustellen. Ihm blieb aufgebürdet, was es auf punktueller Basis gar nicht leisten konnte. Die irrationale Reproduktionsweise der Konkurrenzgesellschaft stellte sich in der Ideologie nicht als eine bestimmte Form der Herrschaft, sondern als persönliche Unzulänglichkeit dar.

In zunehmendem Maße wurde aber — statt der undurchsichtig gewordenen und durch vielfältige Instanzen vermittelten objektivierten Herrschaftsverhältnisse das *Subjekt* zum Ziel der gesellschaftspolitischen Aktivität; diese Quelle der Spontaneität muß man in den Griff bekommen und manipulieren, um das Funktionieren des Ganzen zu gewährleisten. Arnold Gehlen stellt verwundert fest, „daß die Selbstverständlichkeit, mit der in sozialpsychologischen Unter-

1 Vgl. auch Ulrich Sonnemann, *Innerlichkeit und Öffentlichkeit*, in: U.S., *Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten. Deutsche Reflexionen*, Reinbeck bei Hamburg 1963, S. 26—43.

2 Studien über Autorität und Familie, hrsg. von Max Horkheimer, Paris 1936; vgl. insbes. den Aufsatz von Max Horkheimer, S. 3 ff.

suchungen der Begriff ‚Anpassung‘ sich durchsetzte, nicht schon längst mehr Aufmerksamkeit erregte“³. Diese Perspektive des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft, dem deutschen Illiberalismus seit altersher gut vertraut, hat am meisten Boden gewonnen in den USA als dem am weitesten fortgeschrittenen Industrieland. Insbesondere die strukturell-funktionale Analyse und die Kulturierten stellen, von ihrem Denkansatz her, die Anpassungsforderung; sie lösen die Probleme radikal ins Subjekt hinein auf⁴, allerdings in ganz anderer Weise als die Psychoanalyse, die dem Subjekt unübersehbar substantielle Rationalität: Eigengesetzlichkeit und emotional vermittelte Einsichtigkeit zubilligt. Neben diesen soziologischen und psychologischen Richtungen ist es auch die Anthropologie, z. B. Gehlen, die die so plastische Unbekannte Mensch mit ihren vielfältigen Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten innerlich fest institutionalisiert wissen will⁵. Der Wunsch nach dem Vorherrschen berechenbarer, kollektiv manipulierbarer Abwehrmechanismen, die letzten Endes im Freund-Feind-Denken, einer neuen, säkularisierten Art der Gläubigkeit ihren politischen Höhepunkt finden, ist weit verbreitet. Diese phylogenetische Regression macht den politisch desorientierten Subjekten das Zurechtfinden und den mit dem Regierungsgeschäft Beauftragten die Begründung ihres Verhaltens scheinbar leichter und kommt den verhaltenswissenschaftlichen Bemühungen, die Menschen auf geschlossene Funktionsabläufe festzulegen, gleichermaßen entgegen. Die eigentlich humanen Leistungen, der Aufschub der Triebbefriedigung und das Vermögen der Begriffsbildung, verlieren demgegenüber an Bedeutung.

Seit jener ersten Untersuchung über den autoritätsgebundenen Charakter haben sich entscheidende Veränderungen im Sozialisationsprozeß eingeschpielt. Zu nennen ist in erster Linie die gesellschaftliche Entwertung der Vaterfigur als Vermittlungsinstanz integrierter sachlicher und emotionaler Bildung sowie die Vereinnahmung der Frau für den Arbeitsprozeß und die damit verbundene Veränderung der Mutterrolle. Insgesamt muß man ein Abwandern von Erziehungsfunktionen aus der Familie verzeichnen; im Vergleich zu den tonangebenden Familien der bürgerlichen Gesellschaft finden wir

3 Gehlen, Arnold, Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft, rde Bd. 53, Hamburg 1957, S. 39.

4 Vgl. z. B. Talcott Parsons, Definition of Health and Illness in the Light of American Values and Social Structure, in: Jaco, E. Gartley, ed., Patients, Physicians and Illness, Sourcebook in Behavioral Science and Medicine, Glencoe, Ill., 1958, S. 165—187.

5 Arnold Gehlen, Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt, 7. durchgesehene Aufl., Frankfurt/M./Bonn 1962, S. 79. Siehe dazu auch die kritische Analyse eines auf diese innere Institutionalisierung zielenden spezifischen Erziehungskonzeptes, des ritualisierten Prügeln: Klaus Horn, Dressur oder Erziehung. Die Rolle von Schlagritualen im Sozialisationsprozeß, edition suhrkamp Bd. 199, Frankfurt/M. 1967.

heute allgemein eine relativ unvermittelte Konfrontation von Subjekt und Sozietät⁶.

Wie die neuere Forschung über den autoritätsgebundenen Charakter zeigt⁷, trat im Gefolge dieser Veränderungen im Sozialisationsprozeß das neurotische Element der Autoritätsgebundenheit gegenüber psychotischen Zügen deutlich zurück. Besonders auffällig ist das enge Angewiesensein des archaisch gebliebenen Über-Ichs auf Konventionen und die damit verbundene Unfähigkeit selbständigen Objektkontaktes und der Selbstwahrnehmung; damit einher geht die Kategorisierung alles Fremden unter zur Verfügung gestellter Stereotype. Diese gleichsam moderne Form der Autoritätsgebundenheit ist gegenüber der älteren eine bewußtseinsärmere; sekundär narzißtische Bedürfnisse und gesellschaftliche Abläufe scheinen auf eine Art legiert zu sein, die dem tierischen Reiz-Reaktionsmodell eher entspricht als moralischen Handlungen⁸. In dieser Autoritätsgebundenheit der Subjekte hat der sich selbst überlassene Produktionsapparat seine immer bereite funktionale Ergänzung gefunden⁹. Auf diese Zerstörung der Innerlichkeit — Innerlichkeit als gegenüber der Gesellschaft verselbständigter Instanz — müssen wir näher eingehen.

Zunächst scheint es, als ob die Veränderung des dem klassischen Modell der bürgerlichen Familie und Gesellschaft entsprechenden Sozialisationsprozesses¹⁰, auf den Freuds Kategoriensystem zugeschnit-

6 Zum Problemzusammenhang des veränderten Sozialisationsprozesses vgl. Alexander Mitscherlich, *Auf dem Wege zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie*, München 1963; *Soziologische Exkurse*, Bd. 4 der *Frankfurter Beiträge zur Soziologie*, Frankfurt/M. 1956, Artikel *Familie*; Herbert Marcuse, *Eros und Kultur. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud*, Stuttgart 1957.

7 Th. W. Adorno, E. Fraenkel-Brunswik, D. J. Lewinson, R. N. Sanford u. a., *The Authoritarian Personality*, New York 1950.

8 Vgl. dazu insbes. „The Crank“ und „The Manipulative Type“ in der *Typologie der Autoritätsgebundenen* in: Adorno u. a., *lit. cit.*, S. 765 ff. Ernest Dichter überschreibt ein Kapitel seines Buches „Strategie im Reich der Wünsche“, dtv 229/30, München 1964, S. 179 ff.: „Das psycho-ökonomische Zeitalter“. Das vorbewußte Ineinanderspielen von psychischen Energien und ökonomischer Autorität kommt in dieser Formulierung exakt zum Ausdruck.

9 „Dieser Apparat schließt die materielle Anlage von Produktion und Distribution als Ganzes ein, die in diesem Prozeß angewandte Technik, Technologie und Wissenschaft sowie die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die den Prozeß in Gang hält und beschleunigt. Natürlich wird dieser Prozeß von Menschen gelenkt und organisiert, aber deren Zwecke und die Mittel, sie zu erreichen, sind determiniert durch die Erfordernisse, den Apparat zu erhalten, zu vergrößern und zu schützen — ein Verlust an Autonomie, der qualitativ verschieden scheint von der Abhängigkeit von den verfügbaren ‚Produktivkräften‘, wie sie für vorangegangene historische Stufen charakteristisch ist.“ (Herbert Marcuse, *Das Veralten der Psychoanalyse*, in: *Kultur und Gesellschaft* 2, edition suhrkamp 135, S. 85 bis 106, hier S. 97 f.)

10 Vgl. Hegels Ausführungen in: *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, III. Teil, *Die Sittlichkeit*, §§ 142—360.

ten ist, eine andere innere Struktur und Dynamik der Subjekte zur Folge habe. Jene langsame Verinnerlichung der gesellschaftlichen Herrschaftsstruktur, die mit ihrem integrierenden Abschluß im Ödipuskomplex prinzipiell über die bloß oberflächliche Anpassung hinausführen konnte und vor allem die Chance bedeutete, daß das Individuum — zunächst in sich selbst, — eine neue Form, einen neuen Kompromiß zwischen gesellschaftlichen Zwängen und individuellen Ansprüchen finden und dann zu verwirklichen trachten könne, diese innerliche und damit tendenziell *begriffliche Integration* von Individuellem und Gesellschaftlichem ist im Verschwinden begriffen und mit ihr das Individuum, dessen Merkmal in erster Linie die potentielle Einsichtsfähigkeit in den gesellschaftlichen Vermittlungsprozeß zwischen Menschen und Natur hätte sein sollen¹¹. Diese langsame, auf einen spezifischen Abschluß hin angelegte Integration der Reifungsstufen¹² war zugleich eine Verflechtung von kategorialer und realer Arbeit an sich selbst und der Umwelt¹³. Der unmittelbare Anpassungszwang jedoch, der heute die Subjekte von früh an dirigiert, verhindert schon potentiell eine solche begrifflich und emotional integriert vermittelte Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, die nach der kollektiven Bewältigung der äußeren Natur den Subjekten geschlossener als früher, gleich einer „zweiten Natur“, gegenübersteht, die noch der Entmythologisierung harrt. Die Kommunikation der Subjekte untereinander ist wesentlich stereotypisiert.

Es will scheinen, als ob unter den vorliegenden Reproduktionsbedingungen vom Zustandekommen einer seelischen Agentur wie dem bürgerlichen Ich und Über-Ich nicht mehr gesprochen werden kann. Stattdessen werden isolierte Partialtriebe soziefunktional abgesättigt; evident ist dies insbesondere für die zum Sex zusammengeschrumpfte Psychosexualität¹⁴. Wenn aber Partialtriebe sozointegral verwaltet

11 Allen Wheelis spricht in seinem Buch: *Wer wir sind und was uns bleibt*. Der Mensch von gestern in der Welt von morgen, München 1965, vom Überhandnehmen des Problems des Identitätsverlustes, den auch der Psychoanalytiker in seiner Praxis erfährt in Gestalt von unendlichen Analysen. Die Entzauberung der Innerlichkeit hat nach Wheelis' Dafürhalten eine merkwürdig formale und leere Identität hervorgebracht, die im Grunde nur noch aus Anpassungsenergie besteht. Wheelis bezieht sich in seinem Buch auf amerikanische Verhältnisse.

12 Vgl. dazu Sigmund Freud, Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie, Werke Bd. V, S. 27—145, sowie: Der Untergang des Ödipuskomplexes, Werke Bd. XIII, S. 392—402. Besonders in der zweiten Arbeit wird der „Untergang des Ödipuskomplexes“ als eine quasi anthropologische Tatsache verstanden. Zur psychoanalytischen Entwicklungspsychologie vgl. auch Erik A. Erikson, *Identity and the Life Cycle*. Selected Papers. With an historical Introduction by David Rapaport. New York 1959 (Psychological Issues, Vol. 1, No. 1).

13 Vgl. dazu Stifters Roman „Nachsommer“, in dem noch einmal das Modell einer solchen bürgerlichen Ontogenese gezeigt wird; allerdings ist hier die emotionale Seite sehr verhalten geschildert.

14 Mitscherlich schreibt: „... der junge Mensch wird frühzeitig durch Lusterfahrungen domestiziert und manipulierbar gemacht; durch Lusterfahrung, die ihm als Freiheit angeboten werden. Freiheit, Suchtmittel zu

werden, dann ist diese Gesellschaft wesentlich gekennzeichnet durch eine phylogenetische Regression auf insgesamt präödiipale Verhaltensweisen¹⁵. Die Dialektik des Strebens nach Lust erscheint unter der Herrschaft des Leistungsprinzips¹⁶ als der Versuch, mit Hilfe magischer Mittel, die nur noch tiefer in die Entfremdung führen, sich der eigenen Interessen zu versichern.

Zu dieser Desintegration des bürgerlichen Ichs führt, wie Mitscherlich betont, die Verselbständigung der gesellschaftlichen Reproduktion gegenüber den Bedürfnissen, aus denen sie entstanden ist: Während das substantielle Einüben eines Heranwachsenden auf gesellschaftliche Verhaltensweisen wesentlich zeitextensiv ist und sich den von der Psychoanalyse gefundenen Entwicklungsstufen und deren biologischem Reifungsrhythmus anpassen müßte, ist der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß heute wesentlich zeitintensiver orientiert¹⁷. Die biologische, naturhafte Seite der Subjekte als Basis ihres Strebens nach Autonomie, nach „Ich-Integrität“¹⁸ wird zugunsten der gesellschaftlichen Zweckrationalität immer mehr zurückge-

benutzen, Freiheit, Sexualität als Suchtmittel zu erleben, und zunehmende Freiheit aggressiver Dissozialität in Subkulturen“. (Alexander Mitscherlich, *Das soziale und das persönliche Ich*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 18. Jg., 1966, H. 1, S. 21—36, hier S. 30).

15 Wenn neuerdings die traumatische Neurose soziogenetisch aufgefaßt wird (vgl. dazu: Alfred Lorenzer, *Zum Begriff der traumatischen Neurose*, in: *Psyche, Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen*, XX. Jg., H. 7, Juli 1966, S. 481—492; siehe auch Alexander Mitscherlich, *Das soziale und persönliche Ich*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie* 1/1966), könnte das zum Verständnis dieser neuen Sachverhalte ebenso entscheidend beitragen, wie die Untersuchung narzißtischer Probleme (Heinz Kohut, *Formen und Umformungen des Narzißmus*, in: *Psyche*, XX. Jg., H. 8, August 1966, S. 561—587). Interessant sind in diesem Zusammenhang auch: Bettelheim, Bruno, *Aufstand gegen die Masse. Die Chancen des Individuums in der modernen Gesellschaft*, München 1964, und Robert Waelder, *Characteristics of Totalitarianism in: The Psychoanalytic Study of Society*, Vol. I, New York 1960, S. 11—25. Im Prinzip wird jedoch eine phylogenetische Regression in ihren psychologisch auszumachenden Konsequenzen anders aussehen als eine ontogenetische, die man ja immer auf ihre Umgebung bezogen sehen muß. Hier muß die Psychoanalyse neue kategoriale Arbeit leisten.

16 Leistung, bzw. Leistungsprinzip wird hier verstanden als der individuelle Beitrag zur Produktions- und Produktivitätserhöhung unter dem absoluten Primat dieser Prinzipien. Vgl. dazu Lothar Hack, *Was heißt schon Leistungsgesellschaft?*, in: *Neue Kritik*, Nr. 35, April 1966, S. 23—32.

17 Vgl. Alexander Mitscherlich, *Pubertät und Tradition*, in: *Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages Bad Meinberg, Köln/Opladen 1957*, S. 65 ff., insbes. S. 69.

18 In der psychoanalytischen Entwicklungspsychologie von Erik H. Erikson wird die höchste Stufe der positiv verlaufenen Entwicklung so bezeichnet; sie kennzeichnet das Stadium der Reife und ist die Alternative zur Verzweiflung. Vgl. insbes. sein Buch *„Kindheit und Gesellschaft“*, Zürich 1957, S. 244 ff.

drängt und in zentrale Verwaltung genommen¹⁹, die Subjekte als leere Schalen begriffen, in die gesellschaftlich funktionale Reaktionsweisen als Reflexe plaziert werden müssen.

Die Verflechtung von Sach- und Affektbildung²⁰ wird aufgehoben — ein anderer Aspekt der mangelnden integrativen Differenzierung von Ich und Über-Ich: starre Konventionalität und emotionale Kälte bestimmen diesen Menschentyp²¹. Damit verliert die Verhaltensregulierung, die vom Individuum eben nur aufgrund einer inhaltlich formulierten Gewissensbildung selbst übernehmen werden kann, ihren potentiell substantiell rationalen Charakter; sie wird zweckrational, einseitig gesellschaftlich funktional bestimmt, ohne die Subjekte noch als atomistische Integrationszentren von Interessen zu berücksichtigen²². Integriert wird nur noch im Interesse des Funktionierens des Ganzen. Sachwissen für Funktionäre wird vermittelt, während das Affektive unintegriert bleibt und separat verwaltet wird²³. Unbedingt sozialtreue, psychisch infantile Spezialisten²⁴ sind die neuen sozialen Atome, vermittels derer sich Gesellschaft ohne Ausbildung und Inanspruchnahme eines integrierten individuellen Bewußtseins erhält. Gewissen wird, wie Anders schreibt, zur Gewissenhaftigkeit²⁵,

19 Vgl. dazu insbes. den nächsten Abschnitt dieser Arbeit: Die neue Weltanschauung...

20 Vgl. dazu Alexander Mitscherlich, *Auf dem Wege...*, lit. cit., S. 26 ff.

21 Vgl. Soziologische Exkurse, Artikel Familie, lit. cit., S. 125.

22 Daß dieses Interesse an der Selbstbestimmung verlöscht, könnte jedoch nur angenommen werden, wenn auch beim Menschen nicht nur quasiinstinktive gesellschaftliche Verhaltensweisen, sondern wirkliche Instinkte auftreten, d. h. also ausschließlich biogenetische, arteigene Verhaltensweisen das Sozialverhalten steuern. Solange aber die Menschen auf mehr als nur die bloße biologische Arterhaltung aus sind, wird jedes Institutionengeflecht irgendwann als veraltet der Kritik verfallen. Das wird auch dann der Fall sein, wenn die Vernunft sich partikular einem ganz spezifischen Fortschritt, dem erfahrungswissenschaftlichen, zum Zwecke der besseren Naturbeherrschung, ganz allein verschrieben hat und diese technischen Veränderungen auch das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen zueinander verändern. Solange es keine Instinkte im angegebenen Sinn gibt, wird Aufklärung immer ein Bedürfnis, wenn auch oft ein blindes, bleiben.

23 Ein Film „Das 10. Opfer“ mit Ursula Andress und Marcello Mastroianni) versucht, die Verwaltung und Verwertung der Aggression, die in der Gesellschaft nicht genügend berücksichtigt wurde, zu schildern. Es gibt dort eine internationale Behörde mit nationalen Abhängigkeiten, die Menschen — die in diese Organisation eingetreten sind, weil sie ihre Aggression legalisieren möchten — untereinander zum Umbringen auslost. Die genehmigten Morde werden, sofern es sich um schon berühmte Jäger und Opfer (die sich wehren dürfen) handelt, vom Werbefernsehen ausgenutzt.

24 Vgl. hier insbes. die Autobiographie des Auschwitzkommandanten Höss, der als hoher Funktionär diesen Typ verkörperte: Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höss. Hrsg. v. Martin Broszat, dtv dokumente Bd. 114, München 1963.

25 Günther Anders, *Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Seele im Zeitalter der zweiten technischen Revolution*. München 1961, S. 289.

Innerlichkeit wird, historisch gesehen, wieder der Äußerlichkeit überantwortet. Verhalten ist wesentlich ritualisiert und unmittelbar gesellschaftlich gesteuert. Die zweckrationalen Erfordernisse des technischen Naturbeherrschungssystems werden zur gesellschaftlichen Autorität: Blitzschnelles Reagieren auf deren uneinsehbare Veränderungen wird zum Ideal, Leistung im Sinne dieser spezifischen Herrschaftsform zum Kriterium für Elite²⁶. Jenes Funktionärsideal, welches das Bild des autonomen Bürgers abzulösen im Begriff ist, versteht die Menschen als schlecht funktionierende Teile des Produktionsapparates, in dessen Interesse versucht wird, das Menschenmaterial auch in der arbeitsfreien Zeit auf seine Bedürfnisse hin zu integrieren²⁷. Die Gratifikation, die das Subjekt dafür einhandelt, ist zum einen die hierarchisch gestaffelte Beteiligung an der Herrschaft über die Natur²⁸ — das Naturhafte der Menschen mit eingeschlossen; dieses investierte psychologische Interesse macht Herrschaft noch undurchsichtiger. Zum anderen drängt die zentrale Ver-

In einer Rede zum 20. Juli 1944 am 19. Juli 1954 in der Freien Universität Berlin (Dank und Bekenntnis, Tübingen 1954) erwähnt Theodor Heuss, daß es seines Wissens Himmler seinen Leuten untersagt habe, sich auf ihr Gewissen zu berufen. Nach Hermann Rauschning, Hitler m'a dit, Paris 1939, S. 98, beendete Göring eine Rede mit dem Aufruf: „Ich habe kein Gewissen! Mein Gewissen heißt Adolf Hitler!“ Auf diese Personalisierung der gesellschaftlichen Autorität in der Gestalt des Führers einer Masse kann hier nicht näher eingegangen werden.

26 In einer Arbeit von H. P. Dreitzel, Elitebegriff und Sozialstruktur. Göttinger Abhandlungen zur Soziologie, 6. Bd., Stuttgart 1962, wird Leistung im Sinne der Produktivitätssteigerung als „selbstverständlicher und unbefragter Wert“ (S. 80) akzeptiert. Jene, die alles auf seine Tauglichkeit für den Produktionsprozeß hin be- und verwerten, sind die „Besten“ (S. 65); sie haben kraft ihres Leistungswissens und -könnens als Funktionäre des Apparats die höchste Autorität, die „Leistungsautorität“ (S. 87).

27 Ernest Zahn nennt in seinem Buch „Soziologie der Prosperität“, Köln/Berlin 1960 den Konsum „Pflicht der Massen“ (S. 72) vgl. auch S. 80.

28 Statische Elemente treten immer deutlicher hervor. Soziologische Kategorien wie Status und Rolle, die Betonung des Besitzes gegenüber der Arbeit, verraten eine Entwicklung zu einer Gesellschaft, deren Dynamik nur noch in der Erhöhung der Produktivität, also in der Verbesserung der Naturbeherrschung, nicht aber der Beziehungen der Menschen zueinander besteht. Vgl. dazu insbes. die Arbeit von Th. W. Adorno: Über Statik und Dynamik als soziologische Kategorien, in: Neue Deutsche Hefte, 81, Mai/Juni 1961, S. 47—68. Eine Bemerkung Max Horkheimers, daß in unserem Wirtschaftssystem längst nicht mehr nach dem bürgerlichen Prinzip des Tausches, also unter dem Druck der Konkurrenz, getauscht wird, und diese Behauptung, daß es noch so sei, im Grunde ein Versuch, neue Formen der Herrschaft zu verschleiern (in: Philosophie als Kulturkritik, in: Sociologica II, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, hrsg. v. Th. W. Adorno und W. Dirks, Bd. 10, Frankfurt/M. 1962, S. 35), bestätigt Erich Schneider in seiner „Einführung in die Wirtschaftstheorie“, Teil II, Tübingen 1956. Auf S. 339 schreibt er: „Eine eingehende Darstellung der ganzen Lohntheorie ist überdies Aufgabe einer Sozialpolitik“ und bekräftigt damit, daß der Preis der Arbeitskraft ein politischer ist, einer also, in dem Macht und Ohnmacht eine Rolle spielen.

haltensregulierung zum Einsparen individueller kategorialer Arbeit, zur Ablösung eines umfassenden, am widersprüchlichen Verhältnis zur Realität orientierten rationalen Bewußtseins, das durch ein funktionales, stereotypisiertes Weltbild ersetzt wird²⁹. So reproduziert sich Herrschaft durch die Beherrschten hindurch, mit deren verständnislosem Einverständnis. Das gemeinsame Denken des vermeintlich Gemeinsamen, die Vereidigung auf zweckdienliche Vorurteile, bringt wohlthuende psychologische Wärme der Einmütigkeit, jedoch keine wirkliche Vermittlung der divergierenden Interessen, die auf der psychologischen, irrationalen Ebene verbleiben. So mündet die Säkularisierung der Gleichheit vor Gott zwar nicht in die unvollkommene vor dem Gesetz; sie wurde auch nicht überführt in Autonomie, sondern pervertierte in die Gleichheit der Menschen als Objekte naturwissenschaftlicher Manipulation. Gerade in dieser Verfeinerung der Herrschaftsausübung unterscheidet sich die Formierte Gesellschaft vom nationalsozialistischen Regime. Der Terror ist partiell humanisiert, d. h. rationalisiert: das ist das eigentlich Neue.

II. Die neue Weltanschauung:

Der identitätsstiftende konsumtive Besitz³⁰

Die intendierte behavioristische Vereidigung auf gesellschaftlich funktionale Reiz-Reaktionsschemata, in die der familiäre Sozialisationsprozeß tendenziell keine rational verselbständigungs-fähigen Symbolisierungen mehr hineinträgt, weil präödpale Verhaltensformen prämiert werden, hat eine ganz spezifische Tönung. Der Versuch, den technischen und moralischen Kodex mit einträglicher Produktivität zu einem effektiven Ganzen zu verschmelzen³¹, kann nur gelingen, wenn Innerlichkeit lediglich noch als Emanation, als Pseudopodium, als unselbständige Erscheinung eines Wesens, existiert: indem die gesellschaftliche Arbeit eine neue Stufe der Verdinglichung erreicht und der Fetischcharakter der Ware³² noch um die Dimension der nun wissenschaftlich erschlossenen, entsubstantialisierten Innerlichkeit vertieft wird — eine neue Art „Warenidentität“³³ substituiert

29 Vgl. dazu insbes. Th. W. Adorno, *Meinung Wahn Gesellschaft*, in: Th. W. Adorno, *Eingriffe, Neun kritische Modelle*, edition suhrkamp, Band 10, Frankfurt/M. 1963, S. 147—170, sowie Th. W. Adorno, *Theorie der Halbbildung*, in: *Sociologica II*, Frankfurter Beiträge zur Soziologie Bd. 10, Frankfurt/M. 1960, S. 168—192.

30 Vgl. dazu Erich Cramer und Klaus Horn, *Reklame und Vorurteil*, Wuppertal-Barmen, im Druck.

31 Vgl. dazu Herbert Marcuse, *Das Veralten der Psychoanalyse*, lit. cit., S. 98.

32 Vgl. Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. I, 7. Aufl., Berlin 1957, S. 76 ff.

33 Als „Warenidentität“ wird hier verstanden das primär oder lediglich aus der Ware gezogene Selbstverständnis eines Menschen, der dadurch seine Rolle als Produzent nicht nur verliert, sondern ihr, weil sein Bewußtsein der kategorialen Arbeit entwöhnt ist, auch nicht mehr gerecht werden kann: Er ist nur noch Reproduzent und erscheint in einer neuen Form der Versklavung durch das Produkt seiner gesellschaftlichen Arbeit.

die Identität als begriffliche Einheit der Widersprüche, aus der die säkularisierte Innerlichkeit einmal wesentlich bestehen sollte.

Die Marktstrategien³⁴ gehen bei der Planung dieser Zustände von jenem bereits umrissenen Menschenbild aus: einem irrational determinierten³⁵, wesentlich auf soziale Orientierungshilfen verwiesenen, unselbständigen Subjekt, das seine Hilflosigkeit zu kollektiver Ritualisierung treibt, deren soziale Konsequenzen sich eben diesem schlichten Stereotypbewußtsein entziehen. Diese angstvollen, freien psychischen Energien sollen strategisch verplant werden³⁶, die Schlacht ist die des produktionsorientierten Konsums³⁷. Der Fortschritt gegenüber den alten Konjunkturtheorien ist unübersehbar: Man hat einen neuen Schuldigen entdeckt, den „Konsummuffel“³⁸.

Alle wesentlichen Probleme der Wohlstandsgesellschaft sollen derart ihre Lösung finden: Konsumieren wird zur „Weltanschauung“ erklärt³⁹, Reklame geht über die bloß antipuritanische Einstellung, über die Ermunterung zum Genuß, hinaus. Gesellschaftliche Unsicherheit und die soziale Orientierungslosigkeit⁴⁰ werden, „selbst auf Kosten der Wahrheit“, — die eben das Bewußtsein des Widerspruchs zwischen Individuum und Gesellschaft wäre — beseitigt⁴¹.

Der Warenfetischismus erreicht heute erst seinen Höhepunkt: „*Die Dinge haben eine Seele*“⁴², verkündet der Motivanalytiker Dichter; Waren schlechthin, nicht mehr Kleider, machen Leute, wie man einst, allerdings ironisch noch, konstatierte. Nicht nur als entfremdetes, äußeres gesellschaftliches Quasinaturereignis, sondern nun auch als gesellschaftliche Innenausstattung der Subjekte soll die Ware dominieren: Persönlichkeit wird ge- und verkauft⁴³. In einer neueren deutschen Untersuchung wird dieser weitere Schritt in die

Am 24. Juni 1963 erschöß ein Frankfurter Kraftfahrzeugmeister einen Tankstellenpächter in Notwehr nach einem längeren Streit über Wert oder Unwert der von beiden gefahrenen Automobile. (Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Juli 1966). „Warenidentität“ heißt, daß Waren als Statussymbol, wie sie z. B. von Schelsky begriffen werden (vgl. Helmut Schelsky, *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*, 3. Aufl., Düsseldorf-Köln 1958, S. 380 f.), sich zum Symbol für die gesamte Identität aufschwingen und die Verhältnisse der Menschen zueinander auch unmittelbar zu bestimmen beginnen.

34 Vgl. die Besprechung des Buches von Ernest Dichter in diesem Heft. Dessen Überlegungen sind nicht absurd und vereinzelt. Vgl. z. B. George Katona, *Der Mensch — noch lange ein Rätsel? Die neuere ökonomische Verhaltensforschung*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Juli 1966.

35 Vgl. Dichter, lit. cit., S. 10 f.

36 Lit. cit., S. 9.

37 Lit. cit., S. 13 f.

38 Vgl. dazu Erich Cramer und Klaus Horn, lit. cit.

39 Dichter, Lit. cit., S. 181.

40 Lit. cit., S. 179, S. 221 f., S. 271.

41 Lit. cit., S. 213, vgl. auch S. 211.

42 Lit. cit., S. 89 f.

43 Lit. cit., S. 182 f.

Entfremdung gar als „,Versöhnung‘ des Individuums mit der Gesellschaft“ gefeiert⁴⁴.

Nicht nur die Arbeitskraft, sondern das Subjekt als Träger gesellschaftlich strukturierbarer Energie überhaupt⁴⁵ — als Ganzes, aber nicht als Einheit — soll Warencharakter bekommen. Hier hat das Tabu der Kathexis seinen Sinn: Rationale individuelle Integrationsfähigkeit, die wesentlich postödipale Eigenschaft ist, wird in dieser Gesellschaft gar nicht erst entwickelt. Interessant ist, daß das genetische Moment, begrifflich als Arbeit zu fassen, gegenüber den statischen Elementen des Besitzes im allgemeinen Bewußtsein zurückzutreten scheint, weil diesem Bewußtsein seine eigene Vermittlung verschlossen bleibt. Aus eben diesem Grunde tritt durch die Vorstellung von Herrschaft⁴⁶ tendenziell zurück gegenüber einer Gemeinschaftsideologie (z. B. der von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft), die jedoch selbst im naiven Horizont der Motivforschung noch sich streng hierarchisch gegliedert darstellt: Jede Ware, mit der jemand sich identifiziert, weil er sie sich kaufen kann, vermittelt — eine am Einkommen orientierte — Konsumidentität⁴⁷; die einzige, die gestattet sein soll. So soll das Subjekt mit genormter gesellschaftlicher Inneneinrichtung zu einem genau kalkulierbaren Bestandteil der bestehenden Produktionsapparate, des fixen Kapitals gemacht werden⁴⁸.

Dichter ist sich der Gefahr eines stereotypisierten Denkens, insbesondere über dessen Auswirkungen im Bereich des Politischen, als Amerikaner aber bewußt⁴⁹; er weiß, daß Politik sich so verkaufen läßt wie jede andere Ware. Doch hier fließt sein eigenes Vorurteil ein: das immer bessere Funktionieren der bestehenden Gesellschaft als einzige Richtschnur des Handelns anzuerkennen⁵⁰. Gerade die Absicht, kollektive Verhaltensschemata in den Subjekten zu verankern, widerlegt Dichters Vorstellung vom Neuerwachen der Individualität; er kann sich immer nur auf neue kollektive Idole berufen⁵¹.

Jene Neugier, die Adam verführte, den Apfel anzunehmen, und auf die sich der Motivforscher beruft⁵², führte zu neuer Erfahrung; eine solche erhofft sich Dichter vergebens vom identitätsstiftenden

44 Achim Schrader, Die soziale Bedeutung des Besitzes in der modernen Konsumgesellschaft. Folgerungen aus einer empirischen Untersuchung in Westdeutschland. Dortmund Schriften zur Sozialforschung, Nr. 39, Köln-Opladen 1966, S. 48.

45 Vgl. Th. W. Adorno, *Minima Moralia*, Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt/M. 1957, S. 445 f.

46 Verschleiert wird durch die Betonung des Konsums vor allem, daß die Möglichkeit, wie jemand daran teilnehmen kann, allein bestimmt wird von der Einkommenseite her. Vgl. Fußnote 28.

47 Dichter, lit. cit., S. 93 ff.

48 Vgl. dazu auch Hans Magnus Enzensberger, *Bewußtseins-Industrie*, in: Einzelheiten, Frankfurt/M. 1962, S. 7—15.

49 Dichter, lit. cit., S. 207 f., S. 221 f.

50 Lit. cit., S. 245 f.

51 Lit. cit., S. 250 f.

52 Lit. cit., S. 9.

Konsum. Bei ihm geht es gar nicht mehr um das Bilden neuer Bewußtseinsstrukturen, denn der sekundäre Konsum ist, wie Riesman betont, eine „Begierde ohne konkreten Gegenstandsbezug“⁵³. Dieser Konsum ist eine Sucht und legt, wie Mitscherlich es formuliert, Zeugnis ab von der „Friedlosigkeit in der Suche nach Ersatzbefriedigung“⁵⁴. So reproduzieren die Subjekte im Rahmen dieser technokratischen Lösung politischer Probleme auf dem Umweg über die emotionalisierte und stereotypisierte Innerlichkeit die über sie ausgeübte Herrschaft: Zu allem haben sie eine nur formale, äußerliche Tauschbeziehung; der Gebrauchswert hat ganz im Tauschwert aufzugehen.

Demokratie wird ausdrücklich zum bloß psychologischen Problem erklärt, zur Aufgabe, die als Verwaltungseinheit lebende Gruppe emotional zu bändigen. Demokratie ist nicht mehr der Versuch von Bürgern, rational diskutierend eine Integration formulierter Interessen zu suchen, sondern deren gleichlautende manipulierte Reaktion auf den hierarchisch genormten Auslösereiz. Wer sich dem vermeintlich oder wirklich nicht einfügt, muß bei Dichter nicht mit Vergasung rechnen — die Gesellschaft im Überfluß wird auf klinischem Wege heilen, anpassen können⁵⁵. Es lohnt sich und ist im Sinn der herrschenden Zweckrationalität sicher ein Fortschritt, wenn der ganze Mensch als Arbeits- und Konsumkraft zurückgewonnen wird, und nicht bloß seine geschwächte Arbeitskraft, seine Haare oder sein Zahngold verwertet werden können⁵⁶. Der „Konsumismus“⁵⁷ macht sich bezahlt.

III. Erziehung zur Unmündigkeit?

Der Aufwand an Bewußtsein, der in das Gefüge einer Gesellschaft eingegangen ist, muß in der ihm eigenen Vermittlung den darin Lebenden gegenwärtig bleiben — auch wenn die gesellschaftliche Vermittlung individueller Befriedigung immer weitere Umwege geht und sich in komplizierte Widersprüche verstrickt⁵⁸ —, wenn die Mit-

53 David Riesman, *Die Einsame Masse*, rde 71/72, Hamburg 1959, S. 92.

54 Alexander Mitscherlich, *Meditationen zu einer Lebenslehre der modernen Massen*, in: *Merkur*, März 1957, S. 201—213, *Merkur*, April 1957, S. 335—350, hier S. 338.

55 Dichter, *lit. cit.*, S. 52, S. 54 f.

56 Die Konzentrationslager, zuerst als Umerziehungslager konzipiert, wurden im Jahre 1942 im Rahmen der Kriegsanstrengungen in Arbeitslager umgewandelt. (Vgl. dazu Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen und Helmuth Krausnick, *Anatomie des SS-Staates*, Bd. I: *Die SS — das Herrschaftsinstrument. Befehl und Gehorsam*, S. 215). Der Begriff Menschenmaterial wurde durchaus wörtlich genommen, vgl. Reimund Schnabel, *Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS*, Frankfurt/M. 1957, z. B. S. 245 ff.

57 Aldous Huxley, *Brave New World Revisited*, Bantam Books, New York 1960, S. 246.

58 Zum Problem, daß sich individuelles Interesse durch seine gesellschaftliche Vermittlung und nur gesellschaftlich mögliche Befriedigung in

glieder einer Gesellschaft nicht, wie der Zauberlehrling, der verselbständigten Dynamik der eigenen Produkte hilflos ausgeliefert sein wollen. In der Realität, so lehrte die Erfahrung, ist der Ruf nach dem alten Zauberer, dem Führer, vergebens; er als Retter ist eine säkularisierte Illusion. Jeder Versuch, sich eine Gesellschaft *unter* diesem Preis der Differenzierung des Bewußtseins verständlich machen zu wollen, trägt wahnhaftige Züge; er muß auf der Ebene der Horoskope liegen und droht Hexenjagd an. Deswegen muß es das Bestreben einer demokratischen Gesellschaft sein, allen ihren Bürgern Verständnismöglichkeiten zu öffnen, die sie auch zu Subjekten der Politik, nicht nur zu ihren Objekten werden lassen. Bewußtseinsdifferenzierung darf sich also nicht nur auf die unmittelbaren Reproduktionsfähigkeiten, auf eine Trivialbildung, beschränken, wie es das Programm der deutschen Volksschule einst vorsah⁵⁹, und wovon es — insbesondere wenn man die Verkomplizierung unseres gesellschaftlichen Lebens in Rechnung stellt, noch nicht wesentlich abgerückt ist. Hier ist nicht von der aus technischen Gründen bedauerten Bildungskatastrophe die Rede, sondern von „Sozialbildung“⁶⁰, politischer Mündigkeit oder Sozialanalphabetismus. Da das deutsche Schulwesen deutlich von der politischen Situation der deutschen Bürgertums⁶¹ bestimmt ist, also von politischer Ohnmacht und ästhetisierender Differenzierung abstrakter Innerlichkeit, hätte ein Demokratisierungsversuch nach 1945 wesentlich anders verlaufen müssen, als wir heute aus einer Bilanz erfahren müssen. Das aus dem klassischen Bildungsideal fließende Selbstverständnis der deutschen Schule, insbesondere des Gymnasiums, näherte sich der gesellschaftlichen Realität nicht. Die Schule, die im Gefolge des Funktionsverlustes der

Widersprüche verstrickt, vgl. z. B. Herbert Marcuse, *Trieblehre und Freiheit*, in: *Sociologica I*, Aufsätze, Max Horkheimer zum 60. Geburtstag gewidmet, Frankfurter Beiträge zur Soziologie Bd. 1, hrsg. von Th. W. Adorno und W. Dirks, Frankfurt/M. 1955, S. 50 f.

59 In der königlich-preußischen Circularverordnung von 1799 zum Unterricht an Volksschulen heißt es: „Wahre Aufklärung, soviel zu seinem und dem allgemeinen Besten erfordert wird, besitzt unstreitig derjenige, der in dem Kreise, worin ihn das Schicksal versetzt hat, seine Verhältnisse und seine Pflichten genau kennt, und die Fähigkeit hat, ihnen zu genügen. Auf diesen Zweck sollte daher der Unterricht in allen Volksschulen eingeschränkt werden.“ Nach: August Rucker, *Bildungsplanung. Versagen auch in der Zukunft?* Göggingen 1965, S. 57.

60 Vgl. Alexander Mitscherlich, *Auf dem Wege zur ...* lit. cit., S. 32 ff.

61 Vgl. Charlotte Lützens, *Die Schule als Mittelklasseninstitution. Non scholae sed vitae*, in: *Soziologie der Schule, Sonderheft 4 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, hrsg. v. Peter Heintz, Köln-Opladen 1959, S. 22—39. Vgl. auch Heribert Adam, *Bildungsprivileg und Chancengleichheit*, in: *Das Argument* Nr. 31, 6. Jg. 1964, H. 4, S. 203—209. Objektive, z. B. sprachliche Barrieren einer Demokratisierung der Bildung rücken in Deutschland gerade erst in den Problemhorizont. Vgl. Ulrich Oevermann, *Soziale Schichtung und Begabung*, in: *Zeitschrift für Pädagogik*, 6. Beiheft, *Psychologie und Soziologie im Studium der Erziehungswissenschaft. Bericht über den 6. Pädagogischen Hochschultag vom 25.—28. Okt. 1965 in Berlin, Weinheim/Bergstr. 1966*, S. 166—186.

Familie Aufgaben der Sozialbildung hätte übernehmen müssen, begreift sich immer noch als autoritäre und lebensfremde Ergänzung der heute notwendigerweise lebensfremden Erziehung in der Familie. Die Erfahrung des Bösen, der Gesellschaft, muß sich ein junger Törlers noch immer selbst holen⁶².

Neuere, systematische Untersuchungen⁶³ bestätigen eine ältere⁶⁴:

62 Es ist interessant, daß in einer Inhaltsanalyse von Sozialkundebüchern hervorgehoben wird, daß „für die Autoren der meisten Bücher die Austragung von Konflikten besonders problematisch“ sei. Bericht von Dr. K. Bungardt über ein Referat von Dr. Nitzsche auf den Kulturtagen in Recklinghausen, in: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung, Nr. 8/1966, S. 5.

63 Reinhard und Annemarie Tausch, Erziehungspsychologie, 2. erw. Aufl., Göttingen 1965; Reinhard Tausch, Soziale Interaktion Lehrer-Schüler und Sozialklima in Schulen — Erziehungsfaktoren für Diktatur und Demokratie? In: Politische Erziehung als psychologisches Problem, Politische Psychologie Bd. 4, Frankfurt/M. 1966, S. 107—116. Hier sind eine ganze Reihe unmittelbarer und langfristiger Auswirkungen des autoritativen Unterrichts hervorgehoben, die allesamt das Nichtfunktionieren einer Demokratie fördern (S. 110 f.). Es ist charakteristisch für das herrschende politische Bewußtsein in der Bundesrepublik, daß auf die Darlegung dieser Forschungsergebnisse auf einer Tagung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (29. Juni 1966) ein Kommentar folgenden Wortlauts erschien: „Befehle. In Recklinghausen endete die ‚Woche der Wissenschaft‘. Sie endete mit einem Bericht einer Psychologin, die anscheinend Erschreckliches aus unseren Schulen mitteilte. Wenn den Nachrichten zu trauen ist, stellte sie fest: Neun von zehn Lehrern reagierten autokratisch, wenn sie Konfliktsituationen im Klassenzimmer begegnen müssen. Der westdeutsche Lehrer erteilt (nach einer Repräsentativumfrage) in der Stunde 50 Befehle, er stelle nur 56 Fragen. 80 Prozent der Worte spreche er, nur zwanzig alle Schüler zusammen. Jedermann wird daraus folgern, unsere Schulen seien autoritär. Sie können das Kommandieren und Gehorchen nicht lassen. Nun ist freilich zu verstehen, daß wir gegen die Befehlshaberei allergisch sind, weil wir zu große Befehlshaber hatten.“ Wenn man sie dauernd vor Augen hat, entdeckt man ihre Nachfolger überall, selbst da, wo ein Lehrer in ein schwätzendes Knäuel von Quintanern „Ruhe“ brüllt. Ruhe ist zum Beispiel entweder eine Ellipse von „Bitte Ruhe“. Oder eine Aufforderung. So wie „Wisch mal die Tafel ab!“ Aber was ist an einem solchen Satz autokratisch? Was macht ihn rubrizierungsfähig unter die erwähnte Befehls-Statistik? Das Ausrufungszeichen? Der Tonfall? Die grammatikalisch fixierbare Befehlsform. Die Sprache in der Schule reflektiert auch die Schulsituation. Das Schüler-Lehrer-Verhältnis ist nicht nur ein Lehrverhältnis. Auch eines des Sich-Messens, Sich-Anlegens, des Miteinander-Kämpfens. Die aufwachsende Gruppe formiert sich dort auch gegen einen erwachsenen einzelnen. Sie wird lernunwillig aus den verschiedensten Gründen. Sie stört die beste Absicht. Ein Brüller um „Ruhe“ sagt noch gar nichts gegen den Charakter des Lehrenden oder die Qualität des Unterrichts. Uns scheint, Untersuchungen wie diese werden von Prinzipien initiiert, die auf eine automatische Demokratie aus sind. Wie viele dieser ‚Befehle‘ sind Funktionsanordnungen, wie sie überall nötig sind, wo Menschen zusammen arbeiten. Schließlich ruft auch die Feuerwehr: „Spring!“.

64 H. H. Anderson, G. L. Anderson, I. H. Cohen and F. D. Nutt, Image of the Teacher by adolescent children in Four Countries: Germany, Eng-

Der Unterrichtsstil ist immer noch wesentlich autoritär geprägt; gefordert wird Vertrauen statt Einsichtsfähigkeit, Gehorsamsbereitschaft statt Diskussionsvermögen. Die Folgen sind, im Vergleich mit anderen Erziehungstraditionen: Realitätsverleugnung, größere Bereitschaft zum Lügen und deutliche Straferwartung und aggressives Verhalten auch bei unbedeutenden, sachlich begründeten Differenzen mit der Autoritätsperson⁶⁵. Wenngleich technologische Verfahren in der Schule die Lernsituation normalisieren können, weil dadurch irrationale Stressmomente wegfallen⁶⁶, so ist doch diese technokratische Lösung nicht ohne Problematik: Autoritäre Lernschule und behavioristische Unterrichtstechnologie lassen sich durchaus miteinander in eine historische Kontinuität bringen⁶⁷. Ist dies der Fall, dann leistet auch die Schule keinen Beitrag mehr zur integrierten Sach- und Affektbildung. Ob das überhaupt noch beabsichtigt ist, scheint zweifelhaft, denn die sich dafür anbietende Gruppendynamik hat weder an der Schule selbst, noch in der Lehrerbildung und -fortbildung einen wesentlichen Platz erhalten. Wird zudem die fällige Schulreform im Sinne des Leistungsprinzips, also unter primär ökonomischen Gesichtspunkten betrieben⁶⁸, so darf man diese Dressur technologisch gefuchster Sozialanalphabeten als das auf die Formierte Gesellschaft zugeschnittene Erziehungsprogramm betrachten.

Zu den Unterrichtsformen und dem Selbstverständnis des Bildungssystems passen die Lehrmittel, auf welche sich die mangelhaft ausgebildeten Lehrkräfte verlassen müssen. Wenn die Lesebücher sich auch nicht durchweg auf dem Niveau katholischer Erbauungsliteratur⁶⁹ bewegen (wie etwa das bayerische Lesebuch „Junge

land, Mexico, United States, in: *The Journal of Social Psychology*, 1959, 50, S. 47—55.

65 Vgl. Anderson u. a., lit. cit.

66 Vgl. Wolfgang Edelstein, *Technologie in der Schule*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 12, Jan./Febr. 1965, H. 1, S. 550—556.

67 „Der Umschlag einer empirisch rückständigen pädagogischen Theorie in eine technokratische Praxis, die zugleich als avancierte rezipiert werden kann, liegt wissenschaftssystematisch wie historisch nahe: Die behavioristische Lerntheorie Skinners läßt sich ohne viel Mühe oder Umwege mit den Dressurgewohnheiten der Lernschule versöhnen.“ Lit. cit. S. 550.

68 Claus Offe, *Bildungsökonomie und Motive der Bildungspolitik*. Statt einer Rezension von Friedrich Eddings Buch „Ökonomie und Bildungswesen“, in: *Neue Kritik*, Nr. 35, April 1966, S. 32—38.

69 In einem Vorwort zu Hannes Schwenger, *Das Weltbild des katholischen Vulgärschrifttums*, Sonderreihe aus: *gestern und heute* Nr. 16, München o. J. (1965/66), schreibt Heinz Maus: „Die Analyse der ‚niedrigen‘ Literatur — übrigens nicht nur der kirchlich gebundenen —, wie sie in den Groschenheften, den Illustriertenromanen und dgl. tagtäglich und unermüdlich angeboten und verzehrt wird, ist bisher, auch von den Soziologen, den Sozialpsychologen und Politologen, noch kaum unternommen worden. Sie dürfte, wie ich fürchte, schmerzlich bewußt machen, in welchem Ausmaße die antidemokratischen Tendenzen in der Bundesrepublik als ‚natürliche‘ Verhaltensweisen dargestellt werden“ (S. 2).

Welt⁷⁰), so ist doch das vorindustriell-hierarchische Weltbild, das dort vorherrscht, zumindest nicht geeignet, substantielles Verständnis für die Prozesse einer hochindustrialisierten Gesellschaft zu ermöglichen. Die kürzlich vorgetragenen Ergebnisse einer Untersuchung über politische Bildung an deutschen Schulen zeigen, daß das alte deutsche Mittelklassenverhältnis zur Sphäre der Gesellschaft ohne wesentliche Modifikationen weiter tradiert wird⁷¹. Nicht einmal die noch am besten abschneidende institutionelle Seite der bundesrepublikanischen Politik war in allen von 42 untersuchten sozialkundlichen Unterrichtsbüchern richtig dargestellt⁷². Das politische Verständnis dieser Bücher bewegt sich insgesamt⁷³ entweder auf der Ebene der traditionellen staatsbürgerlichen Unterrichtung im Sinne der Institutionenkunde oder aber besteht im Versuch, „mitbürgerliche Gefühle“⁷⁴ zu wecken.

Die beiden Momente der schulischen Vorbereitung auf politische Manipulierbarkeit, das Zurüsten aufs verdinglichte Funktionieren eines gegenüber der Verfassung verselbständigten Staatsbetriebes und die Pflege mitmenschlicher Sentimentalität, illusionistische Vor Spiegelung von Unmittelbarkeit menschlicher Beziehungen, retten die deutsche unpolitische Tradition. Der politische Nihilismus⁷⁵ und das psychologisierende, personalistische Pseudoverständnis für Politisches, die daraus hervorgehen — ersteres demonstrieren die politischen Debatten, das zweite geht aus allen Jugenduntersuchungen hervor⁷⁶ — ist das Ergebnis falscher Erziehung. Sie bietet die Vor-

70 Vgl. dazu Gertrud Bienko, Die schiefe „Junge Welt“ — Analyse eines katholischen Lesebuches, in: Humanistische Union, Informationen, München o. J., Bearbeitung und Dokumentation Rainer Haun.

71 Vgl. Manfred Teschner, Politische Bildung an höheren Schulen, in: Zeugnisse. Theodor W. Adorno zum 60. Geburtstag. Hrsg. im Auftrag des Instituts für Sozialforschung von Max Horkheimer, Frankfurt/M., 1963, S. 402—409, sowie Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung Nr. 8/1966, S. 5, Bericht von Dr. K. Bungardt. In seiner Untersuchung über „Situation und Wirksamkeit politischer Bildung an Volksschulen“ (Dissertation, Darmstadt 1966) kommt Sebastian Herkommer zu dem gleichen Ergebnis. Vgl. auch die Untersuchung des Themas „Land“ in Schulbüchern: Alfred Oberlack, Schulbücher unter dem Dreschflegel, Bad Godesberg 1965.

72 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Juni 1966.

73 Ausnahmen machen z. B. die jetzt im Wochenschau-Verlag in Frankfurt-Höchst erscheinende Reihe Gesellschaft—Staat—Wirtschaft, die von Manfred Bayer und Ralf Zoll in Verbindung mit Dr. Kurt Debus herausgegeben wird sowie die Reihe B, Struktur und Wandel der Gesellschaft, im Leske Verlag Opladen und Claessens, Klönne und Tschoepe, Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf/Köln 1965.

74 Arno Klönne und Armin Tschoepe, Sozialkundliche Unterrichtsbücher. Ein Bericht, in: Soziale Welt. Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, Jg. 15, 1964, H. 4, S. 344 ff., hier S. 344.

75 Für diesen Ausdruck an dieser Stelle danke ich Herrn Dr. Herbert Schnädelbach, Frankfurt/M.

76 Eine zusammenfassende Darstellung findet man z. B. bei L. von Friedeburg und Peter Hübner, Das Geschichtsbild der Jugend, Überblick

aussetzung, daß Politik heute als bloße Öffentlichkeitsarbeit, als Manipulation psychologischer, d. h. irrationaler Bedürfnisse betrieben wird. Herrschaft schließt heute ein psychologisches Potential als gesellschaftlich wirksame Kraft ein, das über seine ehemals sekundär begriffene Rolle zu einem verselbständigten Faktor geworden ist. Politik als primärprozeßhaftes Geschehen reproduziert Herrschaft auch unmittelbar.

Schelsky stellt fest, daß die gut angepaßte Jugend gute Funktionäre abgibt⁷⁷. Ein latentes, über technokratische Belange hinausgehendes politisches Interesse ist bei den meisten Jugendlichen überhaupt nur anzutreffen, wenn unmittelbare persönliche Interessen im Spiel sind. Der Stand des (un)politischen Problembewußtseins gestattet aber den Subjekten gar nicht, ihr Interesse wahrzunehmen. So muß von Friedeburg das Fazit der politischen Bildung an unseren Schulen auch für die Studierenden im Hinblick auf die politische Praxis ziehen: „Die Verwandlung des demokratischen Systems in einen Obrigkeitsstaat antikommunistischer Prägung würde vermutlich auch bei der studentischen Jugend wenig Widerstand finden“⁷⁸.

*

Dieser Beitrag entstand im Rahmen einer größeren Arbeit, die in absehbarer Zeit im Szczesny Verlag erscheint als Teil einer von C. Nedelmann und G. Schäfer herausgegebenen „Analyse der Bundesrepublik“.

Joachim Bergmann

Konsensus und Konflikt

Zum Verhältnis von Demokratie und industrieller Gesellschaft

I.

Josef Schumpeters Bestimmung der Demokratie ist heute in der politischen Wissenschaft und der politischen Soziologie weithin akzeptiert. Demokratische Herrschaft wird als Arrangement von Institutionen und Regeln definiert, nach denen in periodischen Wahlentscheidungen der Staatsbürger bestimmt wird, wer politische Herr-

zur wissenschaftlichen Jugendkunde, Bd. 17, herausgegeben vom Deutschen Jugendinstitut, München 1965.

⁷⁷ Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, 3. Aufl., Düsseldorf/Köln 1958.

⁷⁸ L. v. Friedeburg, Zum Verhältnis von Jugend und Gesellschaft, in: Jugend in der modernen Gesellschaft, hrsg. v. L. v. Friedeburg, Neue Wissenschaftliche Bibliothek — Soziologie, Köln/Berlin 1965, S. 176 ff., hier S. 184.

schaft ausüben soll¹. Im Gegensatz zur älteren Fassung des Begriffs als Herrschaft des Volkes im Sinne einer Befreiung von allen undurchsichtigen und unkontrollierten Machtverhältnissen werden nun, formal und pragmatisch, einzig die institutionellen Regeln der Auswahl von Führungseliten zum konstitutiven Moment der demokratischen Herrschaftsform. Schumpeter glaubte sich durch die politische Praxis in den klassischen parlamentarischen Demokratien der angelsächsischen Länder zu dieser Umformulierung berechtigt. Vor allem die Kategorien des Gemeinwohls und der *volonté générale* hatten sich nach seiner Auffassung angesichts der vorhandenen gesellschaftlichen Interessengegensätze und des Pluralismus von rational nicht auflösbaren Wertvorstellungen als Fiktionen erwiesen. Demokratie, verstanden als verbindlich geregelte Gruppenkonkurrenz um die politische Macht, sei den Realitäten der bürgerlich-kapitalistischen Industriegesellschaften angemessener. Die kritische Frage, wie weit die demokratischen Postulate in einer Gesellschaft jeweils erfüllt sind, transformiert sich mit der neuen Bestimmung des Begriffs in die technische Frage nach der Angemessenheit der Institutionen und Normen des politischen Systems der Demokratie an die Erfordernisse einer rationalen und kalkulierbaren Herrschaftsausübung unter den Bedingungen einer industriellen Gesellschaft. Sofern die sozialen Bedingungen der Funktionsfähigkeit und Stabilität der politischen Institutionen erkannt sind, läßt sich der gesellschaftliche und politische Prozeß so steuern, daß die Kontinuität demokratischer Herrschaftsformen garantiert ist.

Dieses Problem soll an den Texten von zwei Soziologen — S. M. Lipset und T. Parsons —, die als repräsentativ für die gegenwärtige Soziologie gelten können, näher untersucht werden. Lipset ist als Vertreter einer Auffassung anzusehen, nach der die industrielle Gesellschaft durch Interessengegensätze und strukturelle Konflikte charakterisiert wird. Seine „Soziologie der Demokratie“² sucht den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und dem politischen System der parlamentarischen Demokratie zu erhellen und die gesellschaftlichen Voraussetzungen stabiler Demokratien zu bestimmen. Parsons ist der bekannteste Vertreter der strukturell-funktionalen Theorie, die jede Gesellschaft — auch die industrielle — als kohärenten und integrierten Funktionszusammenhang begreift. Seine Überlegungen zur politischen Soziologie³ gelten vor allem den Beziehungen zwi-

1 J. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1950, S. 427 ff.

2 Seymour M. Lipset, *Soziologie der Demokratie*, Soziologische Texte, Bd. 13, hrsg. von H. Maus und F. Fürstenberg, Neuwied/Berlin 1962, deutsche Übersetzung von: *Political Man. The Social Basis of Politics*, NY 1960. Die deutsche Ausgabe enthält einige Kürzungen, die Übersetzung ist nicht immer befriedigend. Zum Vergleich wurde daher die amerikanische Originalausgabe herangezogen; die Zitate wurden, wo es angebracht schien, neu übersetzt. Die angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf die deutsche und die amerikanische Ausgabe.

3 Parsons' Interesse gilt vor allem der Ausarbeitung einer allgemeinen Theorie der sozialen Systeme; daneben hat er aber wiederholt versucht,

schen politischem und ökonomischem System der industriellen Gesellschaften. Die empirischen Analysen und theoretischen Erwägungen der beiden Autoren bieten einen geeigneten Ansatz zur Diskussion der Probleme im Verhältnis von politischer Demokratie und industrieller Gesellschaft.

II.

Wie Schumpeter so bestimmt auch Lipset Demokratie als geregelten Konkurrenzkampf um die Macht. Die Funktionsfähigkeit und Stabilität von demokratischen Systemen hängt daher von der Balance zwischen politischem Konflikt und Konsensus ab. Der Konsensus betrifft die verbindliche Geltung der gesetzten Regeln der Konkurrenz um die verfügbaren Machtpositionen; Minimalbedingung ist das Organisationsrecht oppositioneller Gruppen und ihre Legitimierung, an der politischen Konkurrenz teilzunehmen. Innerhalb dieses durch den politischen Konsensus definierten Rahmens können beliebige Zielsetzungen und Interessen Gegenstand der politischen Auseinandersetzung sein. Werden diese Bedingungen eingehalten, so fördern die Konflikte die Funktionsfähigkeit des politischen und gesellschaftlichen Systems⁴. Die in der Gesellschaft wirksamen gegensätzlichen Interessen können sich dann artikulieren, organisieren und — sofern sie stark genug sind — auch durchsetzen; sie fördern damit die Anpassung der Sozialstruktur und der gesellschaftlichen Normen an die ständig sich wandelnden „Erfordernisse des industriellen Systems“⁵.

Die Akzentuierung des politischen und sozialen Konflikts und seine konstitutive Funktion für die Demokratie ist durch Lipsets Auffassung motiviert, die westlich-kapitalistische Industriegesellschaft stelle eine Klassengesellschaft dar. Lipset sieht, wie Marx, im Konflikt zwischen Feudalaristokratie, industriellem Großbürgertum und Proletariat das entscheidende Problem der kapitalistischen Gesellschaft im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Die langen Auseinandersetzungen um gesellschaftliche und politische Mitbestimmungsrechte der bislang rechtlosen Unterklassen, um Koalitionsfreiheit und Wahlrecht, versteht Lipset als Klassenkämpfe. Aus ihnen ging die gegenwärtige Form der parlamentarischen Demokratie der industriellen Gesellschaften hervor; ihre charakteristische Ausprägung in den angelsächsischen Ländern bildet für Lipset das Modell der Analyse ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen.

Notwendige gesellschaftliche Bedingungen einer stabilen Demokratie sind nach Lipset: (1) Die Institutionalisierung eines „egalitären Wertsystems“, das politische und gesellschaftliche Vorrechte prinzipiell ausschließt und die vollen Staatsbürgerrechte für alle garantiert. (2) Ein „offenes Klassensystem“, das für die Prozesse der sozia-

die entwickelten theoretischen Kategorien in der Analyse von konkreten gesellschaftlichen Phänomenen anzuwenden. Hierzu gehören auch seine Überlegungen zur politischen Soziologie; sie sind in zahlreichen Aufsätzen und größeren Arbeiten enthalten. Siehe unter Abschnitt VI und VII.

4 A.a.O., S. 14 f./S. 21 f.

5 A.a.O., S. 77/S. 92.

len Mobilität durchlässig ist und die Konsolidierung einer herrschenden Klasse verhindert. (3) Ökonomische Prosperität und materieller Wohlstand für die große Mehrheit, auch der Abhängigen, was ein Abgleiten größerer sozialer Gruppen in politischen Radikalismus und Extremismus unwahrscheinlich werden lasse. (4) Ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, dessen Funktionsweise auf der Auseinandersetzung und dem Kompromiß von Interessen bestehe und daher den institutionellen Spielregeln der Demokratie entgegenkomme. Und (5) ein relativ hoher Bildungsstand der Bevölkerung (mindestens das Fehlen von Analphabetismus), Urbanisierung und die weite Verbreitung von Massenmedien, die die Information über politische Vorgänge, die Teilnahme aller Staatsbürger am Prozeß der politischen Willensbildung und damit demokratische Entscheidungen ermöglichen⁶. Sofern diese Bedingungen gegeben sind, wie in den angelsächsischen und auch in den skandinavischen Ländern, ist die Zukunft demokratischer Herrschaftsformen nach Lipsets Auffassung gesichert.

Lipsets Analyse des politischen Prozesses eines demokratischen Systems geht davon aus, daß die dominierenden und politisch relevanten Konflikte in den westlichen Industriegesellschaften auch heute noch Klassenkonflikte sind; wenngleich nicht mehr in ihren früheren unversöhnlichen Formen, bestehen sie fort und werden von sozialen Ungleichheiten, vor allem von Einkommensunterschieden, stets erneut produziert. Ihren manifesten politischen Ausdruck finden sie in Parteien mit alternativen Programmen, ihre Auseinandersetzungen sind „ihrem Wesen nach eine demokratische Version des Klassenkampfes“⁷. An umfangreichem statistischen Material kann Lipset belegen, daß alle politischen Parteien, sofern sie nicht kurzfristige Zusammenschlüsse darstellten, sich auf die besonderen Interessen bestimmter Klassen und sozialer Gruppen beriefen und beanspruchten, sie zu vertreten, und auch von der großen Mehrzahl ihrer Anhänger als ihre politische Interessenvertretung anerkannt wurden; dies gilt auch für das amerikanische Zwei-Parteien-System⁸.

Kein Parteiensystem ist indessen nach Lipset eine einfache Projektion der Klassenverhältnisse in die politische Sphäre: ethnische und konfessionelle Loyalitäten, Generationsunterschiede, regionale Wählertraditionen, sozio-kulturelle Differenzen zwischen industriellen Zentren und agrarischen Regionen, Unterschiede der sozialen Her-

6 Vgl. a.a.O., Kapitel II und III, S. 31 ff./S. 70 ff., S. 45 ff./S. 77 ff. Dahrendorfs Auffassungen zum Verhältnis von Gesellschaft und Demokratie sind mit denen Lipsets identisch. Seine neueste Publikation, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, ist an Lipsets Thesen orientiert. Dahrendorf zeigt, daß die genannten gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie in Deutschland fehlten, was notwendig das Scheitern der Weimarer Republik zur Folge hatte.

7 A.a.O., S. 242/S. 220. „Obwohl viele Parteien dem Prinzip des Klassenkampfes oder der Klassenloyalität abschwören, zeigt die Analyse ihrer Programme und ihrer Anhängerschaft, daß sie eben doch die Interessen verschiedener Klassen vertreten.“

8 Siehe vor allem das Kapitel IX, *Klassen und Parteien in der amerikanischen Politik*, a.a.O., S. 317/S. 285.

kunft und der Aufstiegschancen, besondere Berufstraditionen und relativer Bildungsstand sind Momente, die den Zusammenhang von Klassenstatus und Parteipräferenz weniger deutlich erscheinen lassen⁹. Diesen Umständen kommen nach Lipset entscheidende Bedeutung zu. Die besonderen Gruppenloyalitäten und Wählertraditionen fungieren als Stabilisierungsmechanismen im politischen System, denn sie verhindern, daß das Parteiensystem als unvermittelter Ausdruck von Klassenantagonismen sich organisiert und die Gesellschaft damit in bürgerkriegsähnlich sich bekämpfende Lager spaltet. Über die klassenspezifischen Differenzen der Parteien hinweg bleibt der demokratische Konsensus bestehen¹⁰. Die gesellschaftlichen Konflikte werden nicht beseitigt oder „gelöst“, sondern bleiben in ihrer konstitutiven Funktion im politischen Prozeß der Demokratie wirksam.

Vermöge dieser Balance von politischem Konsensus und Konflikt wird das Erscheinungsbild von funktionsfähigen und stabilen Demokratien dadurch charakterisiert, „daß zwischen der demokratischen Rechten und Linken kein großer Unterschied besteht, daß die Sozialisten gemäßigt sind und die Konservativen den Wohlfahrtsstaat akzeptieren. In hohem Maße reflektiert diese Situation die Tatsache, daß in diesen Ländern die Arbeiter ihren Kampf um volles Bürgerrecht gewonnen haben“¹¹. Der wirtschaftspolitische Interventionismus verhindert nach Lipset Arbeitslosigkeit und sichert die ökonomische Prosperität und den technisch-industriellen Fortschritt, die staatliche Wohlfahrtspolitik garantiert den Abhängigen und ökonomisch Schwachen die notwendige Sicherung. Die Sozialisten haben erkannt, daß keynesianische Wirtschaftspolitik und fiscal policy Sozialisierungen unnötig machen. Politische Auseinandersetzungen sind daher heute keine Weltanschauungskämpfe radikalierter Parteien mit utopischen oder blind reaktionären Programmen. Politik in den hochindustriellen Gesellschaften des Westens ist „entideologisiert“ und versachlicht¹².

III.

Lipsets theoretische Konstruktion umschreibt eine gesellschaftliche und politische Verfassung, in der durch die institutionell garantierte Auseinandersetzung der verschiedenen sozialen Klassen und politi-

9 Siehe besonders die Kapitel VII und VIII, a.a.O., S. 242 ff./S. 290 ff., S. 220 ff./S. 264 ff.

10 Vgl. besonders: a.a.O., S. 332 f./S. 303 f.

11 A.a.O., S. 89/S. 92.

12 Siehe dazu besonders das in der deutschen Ausgabe nicht enthaltene letzte Kapitel, Chap. XIII, *The End of Ideology? A Personal Postscript*, a.a.O., S. 403 ff. — Lipsets „Soziologie der Demokratie“ ist aus einer Sammlung von Aufsätzen entstanden. Nicht alle wesentlichen Bestimmungen des sozialen und politischen Prozesses fügen sich in einen kohärenten Zusammenhang. So ist etwa schwer abzuschätzen, ob dem wirtschaftspolitischen Interventionismus für die Stabilität eines demokratischen Systems größere Bedeutung beizumessen ist als den beschriebenen Mechanismen des Wahlprozesses.

schen Parteien die freie Entwicklung einer „offenen Gesellschaft“ ermöglicht und gefördert wird. Seine Auffassungen sind zwar sympathisch liberal, doch ihre Begründung ist unsicher und die Schlußfolgerungen scheinen allzu optimistisch. Die Analyse bleibt einseitig an vordergründigen empirischen Phänomenen orientiert und ihre theoretische Verarbeitung unzulänglich. Vor allem werden dem zentralen Theorem von Konsensus und Konflikt heterogene gesellschaftliche Inhalte subsumiert. Im Hochkapitalismus bezeichnet Konsensus nach Lipsets Darstellung ein temporäres politisches Arrangement antagonistischer Klassen. Die verbindliche Regelung der Konkurrenz der verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Klassen und Gruppen um die politische Macht ist sedimentierte historische Erfahrung, daß die strukturellen Antagonismen in institutionelle Schranken gewiesen und kanalisiert werden müssen, wenn anders die Gesellschaft an ihnen nicht zerbrechen soll. Der Klassenkonflikt ist damit nicht beseitigt und seine Wirksamkeit bedroht ständig die jeweilige Form des politischen Konsensus, d. h. die konkrete politische Verfassung einer Gesellschaft.

Der Inhalt der theoretischen Kategorien und der Stellenwert des Theorems verschieben sich in Lipsets Analyse der gegenwärtigen spätkapitalistischen Industriegesellschaft in charakteristischer Weise. Die stabile Balance von Konsensus und Konflikt bezeichnet nun eine Konstellation der gesellschaftlichen und politischen Gruppen durch die der status quo, die Verteilung von sozialer Macht und ökonomischer Verfügungsgewalt, zementiert wird; eine Situation, in der die Klassenantagonismen von beschränkter Wirksamkeit sind, weil sie nicht mehr in manifesten ökonomischen Widersprüchen in Erscheinung treten und daher auch nicht mehr in eigentlich politischen Formen sich zu organisieren vermögen. Zwar hält Lipset noch am Klassenantagonismus als an dem entscheidenden Konfliktphänomen fest und glaubt, daß er in den Parteien noch seinen angemessenen Ausdruck finde. Aber konkret heißt Klasse nun nicht mehr als soziale Schicht, die durch gewisse Merkmale des sozial-ökonomischen Status definiert wird. Der Klassenkonflikt, das „innenpolitische Schlüsselproblem“, besteht nach Lipset „heute in den Kollektivverhandlungen der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände (collective bargaining) über die Differenzen in der Verteilung des Sozialprodukts innerhalb des konstitutionellen Rahmens des keynesianischen Wohlfahrtsstaates“¹³. Das heißt, der Klassenkonflikt erscheint nicht eigentlich mehr in politischer, auf das Gemeinwesen bezogener Gestalt, sondern einzig in den Auseinandersetzungen von unpolitischen Interessenverbänden. Notwendige Voraussetzung dafür ist, daß die staatliche Vollbeschäftigungspolitik erfolgreich ist und Krisen vermieden werden. Die Konflikte zwischen den Parteien beziehen sich unter diesen Bedingungen nicht mehr auf die Klassenantagonismen, sondern auf die Angemessenheit und möglichen Konsequenzen der anzuwendenden Mittel der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit dem

erklärten Ziel, die Dynamik des kapitalistischen ökonomischen Prozesses zu sichern und von ihm verursachte Benachteiligungen sozialer Gruppen auszugleichen.

Die Relevanz von Klassenkonflikten wird des weiteren beschränkt durch die Wirksamkeit von heterogenen Gruppenloyalitäten. Nach Lipsets Analyse schirmen sie die Parteien vom unmittelbaren Druck materieller Interessen ab. Die Erhaltung des politischen Konsensus setzt voraus, daß ein großer Teil der Abhängigen, die in industriellen Gesellschaften die Mehrheit darstellen, stets eine konservative Partei wählen müssen, obwohl ihre klassenspezifischen Interessen doch von linksorientierten Parteien vertreten werden. Dieser zutreffende Befund von Lipsets Wahlanalysen bleibt indessen ohne Bezug auf die Sozialstruktur der Industriegesellschaften. In jenen heterogenen Gruppenloyalitäten sind wirksame Ideologien enthalten, die partikularen Interessen von mächtigen sozialen Gruppen entgegenkommen und daher von ihnen gestützt werden. Lipset zählt die Verbreitung von Massenmedien zu den gesellschaftlichen Bedingungen der Demokratie; unter den gegenwärtigen Bedingungen sind sie nicht minder Instrumente der Manipulation von politischen Einstellungen.

Das Resultat der Analyse Lipsets dementiert seine These von der konstitutiven Funktion des Klassenkonflikts in stabilen Demokratien. Wenn die Parteien sich an heterogenen Gruppenloyalitäten ihrer potentiellen Wähler orientieren müssen, sind ihre politischen Programme kaum mehr als der kleinste gemeinsame Nenner der divergenten Ziele und Wünsche dieser Gruppen. Wenn der Klassenstatus für das politische Verhalten nur noch von geringer Bedeutung ist, können Klasseninteressen kaum mehr die praktische Politik bestimmen. Die Politik der Parteien ist auf den Umkreis des gesellschaftlichen *statu quo* festgelegt, ihre Auseinandersetzungen sind — so stellt Lipset fest — „legitime“, „zulässige“ Konflikte¹⁴. Inhalt des politischen Konsensus sind nun nicht mehr allein die Regeln demokratischer Machtkonkurrenz, sondern auch die praktische Anerkennung der gegebenen Struktur der spätkapitalistischen Gesellschaften mit ihrer ungleichen Verteilung von Macht, Einfluß und Reichtum.

IV.

Lipsets Theorem von Konsensus und Konflikt ist kaum mehr als eine anspruchsvolle Formulierung der bekannten Behauptung vom „pluralistischen“ Charakter der industriellen Gesellschaften. Diese Auffassung wurde in der Soziologie und der politischen Wissenschaft akzeptiert, da die gegenwärtige spätkapitalistische Industriegesellschaft durch die ökonomisch definierten Klassenverhältnisse nicht mehr zureichend begriffen und erklärt werden konnte; obwohl die Klassenstruktur nicht völlig verschwand, bestimmt sie offensichtlich nicht mehr unmittelbar, wie im Hochkapitalismus, Gesellschaft und Politik. Die pluralistische Gesellschaft hat die Nachfolge der

Klassengesellschaft angetreten¹⁵. An die Stelle der durch Eigentum an den Produktionsmitteln bestimmten Klassen sind eine Vielzahl von organisierten Gruppen und Verbänden getreten mit heterogenen, gegensätzlichen und sich ergänzenden Interessen und Ideologien. Ihr Verhältnis zur politischen Sphäre, zu Regierung, Verwaltung und Parteien ist pragmatisch orientiert; es ist abhängig von der Art der jeweils vertretenen Interessen, den organisationsinternen Beziehungen zwischen Mitgliedern und Führungsspitzen und deren Interesse an der Erhaltung der Organisation. Ihr notwendiges politisches Korrelat ist die repräsentative Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht, Koalitions- und Organisationsfreiheit; damit sind die Voraussetzungen für vielfältige Einflüsse, Pressionen und Interessenverbindungen organisierter Gruppen gegeben. Da allen vorhandenen sozialen Interessen die Chance der Organisation freisteht, gelten alle organisierten Gruppen als gleichberechtigte Partner in der pluralistischen Interessenkonkurrenz. Politische Entscheidungen sind notwendige Kompromisse, denn keine der beteiligten Gruppen vermag uneingeschränkt ihre Zielsetzungen zu realisieren. Die Machtverteilung in der Gesellschaft ist amorph; durch die als „Vetogruppen“ (D. Riesman) fungierenden divergenten Interessenorganisationen wird Macht gleichsam paralytisiert.

Erklärungskraft und Reichweite der Pluralismuskonzeption sind begrenzt; sie gibt lediglich eine Beschreibung von Strukturelementen der industriellen Gesellschaft, nicht aber eine Strukturanalyse. Wie die verschiedenen Interessen zueinander stehen, welche Funktion ihnen im gesellschaftlichen Prozeß und welcher politische Stellenwert ihren Auseinandersetzungen zukommt, bleibt ungeklärt. Nur ihre Erscheinungsweise in der Öffentlichkeit wird zum Gegenstand der Betrachtung, ihre Wirkung wird schematisch in offensichtlicher Analogie zur traditionellen Theorie des Parlamentarismus verstanden: die Funktion der gewählten Repräsentanten des Volkes wird in einem fragwürdigen Verfahren auf die Ebene der organisierten gesellschaftlichen Interessengruppen transponiert; was sich als Resultat aus dem Pluralismus von Konflikt und Konsensus durchzusetzen vermag und in den politischen Entscheidungen zutage tritt, ist als Optimum des Möglichen mit dem Gesamtinteresse gleichzusetzen.

Sowohl der älteren Auffassung des Parlamentarismus als auch der jüngeren des Pluralismus liegt das liberale Modell eines Marktes von Anbietern und Nachfragern zugrunde. In einem Falle fungiert das Parlament, im anderen die Auseinandersetzungen der organisierten Gruppen als „politischer Markt“. Aber wie schon am Beispiel des ökonomischen Marktes gezeigt werden kann, besteht selbst bei vollkommener Konkurrenz aller am Markt Beteiligten kein einfaches und stabiles Gleichgewicht, das mit den Interessen der Partner zusammenstimmen müßte. Der Marktpreis bestimmt sich nach der

15 Vgl. zum folgenden H. Pross, Zum Begriff der pluralistischen Gesellschaft, in: M. Horkheimer, Hrg., Zeugnisse, Festschrift für T. W. Adorno, Frankfurt/Main, 1963, S. 439 ff. Dem Begriff der pluralistischen Gesellschaft entspricht im Individuell-Besonderen der Begriff der sozialen Rolle.

Kaufkraft — nicht den Bedürfnissen — der Nachfragenden und der ökonomischen Potenz der Anbietenden; in Preisen zeigen sich gesellschaftliche Machtverhältnisse. Analoges gilt für den „politischen Markt“ der pluralistischen Gesellschaft. Weder ist zu unterstellen, (1) alle beteiligten Interessengruppen verfügen über die gleiche Macht und den gleichen Einfluß, noch ist (2) gesichert, daß alle sozialen Gruppen, die dem demokratischen Prinzip der Gleichheit zufolge berechnete Interessen haben, in dem pluralistischen Interessenkampf überhaupt vertreten sind und schließlich (3) besteht keine Garantie, daß die ausgehandelten Kompromisse dem Interesse der Gesamtheit der Staatsbürger nahekommen oder es gar darstellen.

Lipsets Behauptung, die Verteilung des Sozialprodukts sei Ergebnis von Kollektivverhandlungen, ist irreführende Metaphorik. Sie impliziert, zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften bestünden keine strukturellen Machtdifferenzen und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums beruhe auf dem Kompromiß der relevanten Interessenverbände. Diesen Anschauungen widersprechen einfache ökonomische Überlegungen. Sieht man von staatlichen Interventionen, Steuern und Redistributionen ab, so setzt sich in jeder kapitalistischen Wirtschaft das Sozialprodukt aus Löhnen und Profiten zusammen. Diese Größen sind nirgends Gegenstand von Verhandlungen, sondern ergeben sich aus der Mechanik des ökonomischen Systems. In Kollektivverhandlungen werden die Löhne der Beschäftigten einzelner Industriezweige und Wirtschaftsbranchen ausgehandelt, nicht aber die Lohnquote. Es ist anzunehmen, daß der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Sozialprodukt über bestimmte Grenzen hinaus — die durch Kapitalausstattung und die Gewinnerwartung der Unternehmen definiert sind — nicht verschoben werden kann; in der Praxis erwies sich jedenfalls, daß trotz des permanenten Lohndrucks der Gewerkschaften und trotz steigender Reallöhne die Lohnquote über Jahrzehnte nahezu konstant blieb. Die Unternehmen und Kapitaleigentümer bestimmen über die Investitionen, deren Umfang von ihren Gewinnerwartungen festgelegt wird, den Beschäftigungsgrad und entscheiden so über den Spielraum und möglichen Erfolg der gewerkschaftlichen Aktivität; insofern verfügen sie über die größere gesellschaftliche Macht. Nach der Pluralismus-These sind Gewerkschaften und Unternehmerverbände gleichberechtigte Partner, sie scheinen daher auch gleich mächtig. Zwar sind beide in der Lage, den ökonomischen Prozeß zu blockieren, aber es ist ein Gleichgewicht auf einer schiefen Ebene. Zwar können die Gewerkschaften in Phasen der Vollbeschäftigung Lohnerhöhungen erzwingen, nicht aber können sie die Lohnquote dem Profitmechanismus entziehen.

Daß selbst in einer prosperierenden „Überflußgesellschaft“ Sozialpolitik und Wohlfahrtspolitik notwendig sind, deutet auf die strukturellen Ungleichheiten in der Verteilung des Sozialprodukts. Auch in den reichsten der industriellen Gesellschaften gibt es unterprivilegierte Gruppen, Sozialrentner, diskriminierte ethnische Minoritäten, Arbeitslose mit niedrigem Bildungsgrad und Alte, deren ma-

terielle Situation kläglich ist. Dies erklärt sich daraus, daß jene Gruppen in dem pluralistischen Interessenkampf gar nicht vertreten sind, weil sie über keine Machtmittel verfügen. Zudem sind sie, wie etwa die Armen der amerikanischen Unterklassen, in heterogene Gruppen zerfallen und unfähig, für sich selbst zu sprechen und ihre Interessen zu artikulieren; und weil sie politisch unsichtbar sind, sind ihre gesetzlichen sozialen Sicherungen unzureichend¹⁶.

Die angeführten Phänomene gesellschaftlicher Ungleichheit demonstrieren die beschränkte Gültigkeit der Pluralismus-These. Irrig ist vor allem die Auffassung, die Struktur des ökonomischen Systems sei pluralistisch und ökonomische Entscheidungen seien Resultat von Kompromissen. Nach wie vor gehorcht der ökonomische Prozeß kapitalistischen Prinzipien, nicht heterogenen sozialen Interessen; nur sofern jenen Genüge getan ist, können diese mit Erfolg intervenieren. Die Wirksamkeit des Pluralismus von Interessengruppen beschränkt sich auf die Sphäre der öffentlichen Auseinandersetzungen um bestimmte Maßnahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik; sie tangiert indessen nirgends die Struktur der Gesellschaft.

Lipsets theoretische Konstruktion unterstellt, daß die privaten Kapitalinteressen den Interessen der großen Mehrheit der Abhängigen und den Funktionsbedingungen einer Demokratie nicht entgegenstehen. Durch geld- und währungspolitische Steuerungsmaßnahmen und staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozess ließen sich Krisen vermeiden. Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung sichern. Sowenig indessen die Verteilung des Sozialprodukts Ergebnis eines rationalen Interessenkompromisses ist, sowenig ist der wirtschaftspolitische Interventionismus ein Problem von Sachgesetzmäßigkeiten, das nach der Art eines Rechenexempels zu lösen sei. Jede wirtschaftspolitische Maßnahme tangiert soziale und ökonomische Interessen; ihre Auswirkungen lassen sich daher meist nicht in allem vorhersehen, oft widersprechen sie bestimmten politischen Zielen einer herrschenden Partei und nicht selten auch demokratischen Postulaten. Nur schwer lassen sich die vielen notwendigen Eingriffe und Steuerungsmaßnahmen aufeinander abstimmen. Ein regressiv wirkendes System indirekter Steuern neutralisiert die beabsichtigten Ziele der Einkommensumverteilung, Investitionsanreize durch Steuerbegünstigungen kompensieren die Einkommensteuerprogression, steigenden Löhnen folgen in der Regel steigende Preise, Mittelstandssubventionen beschränken den Konkurrenzmechanismus, und Agrarsubventionen fördern landwirtschaftliche Überproduktion — in den „Antinomien interventionistischer Wirtschaftspolitik“ (F. Neumark) setzen sich die gegensätzlichen sozialen und ökonomischen Interessen fort.

Bei all dem bleibt der Staat selbst nicht neutrale Instanz, sondern wird notwendig in den Interessenpluralismus hineingezogen. Voraussetzung jeglicher Politik ist die Erhaltung des Wirtschaftswachs-

16 Vgl. M. Harrington, *The Other America, Poverty in the United States*, New York 1962.

tums; erst damit ist Spielraum für die Realisierung von politischen Zielen gegeben. Die ständigen interventionistischen Maßnahmen zur Steuerung des Wirtschaftsprozesses provozieren die Reaktionen der organisierten Interessenverbände. Die Regierung als Repräsentant der stärksten Parteien im Parlament gerät mit diesen in den Sog der jeweils mächtigsten Interessengruppen. An begrenzten Zielsetzungen orientiert, drängt deren Politik auf kurzfristig wirksame Maßnahmen, Steuervergünstigungen, Subventionen oder Mitspracherechte. Einen ähnlichen Charakter haben zunehmend auch die Einflüsse der Parteien auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik; gezielte Steuernachlässe und Wahlgeschenke sollen unzufriedene Wähler bei der Stange halten und neue dazugewinnen. Offensichtlich ist, daß unter diesen Bedingungen ein rationales und ausgewogenes Zielprogramm aller politischen Maßnahmen schwerlich sich festlegen und einhalten läßt. Die Regel ist daher in den meisten westlichen Industrieländern, daß die innenpolitische Aktivität der Regierungen sich in der Förderung des Wirtschaftswachstums und der Sicherung der Vollbeschäftigung erschöpft, die ergänzende soziale Strukturpolitik aber weit hinter den Erfordernissen zurückbleibt. J. K. Galbraith hat diesen Mißstand als Ungleichgewicht von „privatem Reichtum“ und „öffentlicher Armut“ beschrieben. Die Höhe des privaten Konsums und der Lebensstandard der großen Mehrheit kontrastiert zu den handgreiflichen Mängeln der öffentlichen Einrichtungen, der Straßen, Schulen, Krankenhäuser, dem Chaos der Städte und dem kulturellen Rückstand ländlicher Regionen. Die Sozialinvestitionen bleiben hinter den Anforderungen, die an eine humane Ordnung des menschlichen Zusammenlebens zu stellen sind, zurück, da die Gesamtinteressen nicht wirksam vertreten sind. Im etablierten Pluralismus organisierter Gruppen setzen sich die stärksten partikularen Interessen durch; ihre Politik ist kaum auf eine nachhaltige Verbesserung der öffentlichen Einrichtungen gerichtet und ihrem Druck können sich Regierung und Parteien nur schwer entziehen. Zudem ist das spätkapitalistische System auf einen hohen privaten Verbrauch angewiesen; Sozialinvestitionen müssen durch Steuern finanziert werden und verzinsen sich nur in langen Zeiträumen.

V.

Trotz der vorhandenen sozialen Ungleichheiten und der strukturellen Mängel einer von Interessengruppen abhängigen Politik und trotz der Widersprüchlichkeit der praktizierten Wirtschafts- und Sozialpolitik war die ökonomische Entwicklung in allen westlichen Ländern seit dem Ende des zweiten Weltkrieges durch ein permanentes Wirtschaftswachstum, geringe Arbeitslosigkeit und steigenden Lebensstandard gekennzeichnet. Erst die Erklärung der Ursachen für die andauernde ökonomische Prosperität kann über die Entwicklung der westlichen Industriegesellschaften und damit über die Chancen der parlamentarischen Demokratie Aufschluß geben. In der politischen Soziologie und auch bei Lipset wird diese Frage als innerökonomische Problematik aus der soziologischen Analyse ausgeschlossen.

Die methodische Isolierung des ökonomischen Prozesses vom sozialen und politischen System ist indessen kaum gerechtfertigt.

Von entscheidender Bedeutung ist der Ost-West-Konflikt. Schwerlich läßt sich bestreiten, daß heute irgendeine politische Entscheidung in den westlichen Ländern ohne Bezug auf die Existenz des kommunistischen Staatensystems getroffen wird. Die Konkurrenzsituation erzwingt eine ständige aktive Wirtschaftspolitik, und der Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen muß zumindest soweit gefördert werden, daß Unzufriedenheit in den unteren sozialen Schichten nicht ernstlich virulent werden kann. Vor allem aber dient die Konfliktsituation als Rechtfertigung der hohen Rüstungsausgaben, durch die das langanhaltende Wirtschaftswachstum gefördert wurde¹⁷. Daß in allen spätkapitalistischen Ländern seit dem Koreakrieg die Rüstungsausgaben kontinuierlich anstiegen, läßt sich kaum durch die Entwicklung der internationalen Beziehungen und militärischen Überlegungen allein rechtfertigen. Ob dies die marxistische These bestätigt, das System des Spätkapitalismus bedürfe aus strukturellen Gründen der Verschwendung von produktiven Leistungen, bleibt dahingestellt; kaum aber ist zu leugnen, daß die Rüstungsausgaben in den USA die objektive Funktion hatten, das Wirtschaftswachstum zu stimulieren, und größere Arbeitslosigkeit verhinderten. Was durch den technologischen Fortschritt, der durch Rüstungsforschung vorangetrieben wird, für die zivile Produktion abfällt, ist minimal; zudem läßt er die jeweils errichteten Waffensysteme rasch veralten und schafft sich so stets erneut eine wachsende Nachfrage nach kostspieligeren Rüstungsgütern. — Den gleichen ökonomischen Effekt wie Rüstung haben die Ausgaben für Weltraumforschung; auch sie werden durch die Konkurrenzsituation zwischen Ost und West gerechtfertigt. Soweit sie von militärischen und rüstungstechnischen Überlegungen motiviert sind, sind sie den Rüstungsausgaben zuzurechnen. Was darüber hinausgeht und durch das Argument vom unumgänglichen technischen Fortschritt begründet wird, ist angesichts der „öffentlichen Armut“ in den westlichen Industrieländern nicht legitimiert.

Der Konflikt zwischen dem westlichen und dem kommunistischen Gesellschaftssystem und seine sozialen und ökonomischen Folgen beseitigen die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für innere strukturelle Veränderungen im Spätkapitalismus. Da ökonomische Krisen vermieden wurden, fehlte die objektive gesellschaftliche Situation, in der oppositionelle Alternativen sich ausbilden konnten; die traditionellen innenpolitischen Konflikte verloren ihren klassenkämpferischen Charakter. Zugleich vollzog sich jenseits der pluralistischen Gruppenkonkurrenz eine früher unbekannte Organisierung und Mobilisierung aller sozialen und ökonomischen Kräfte zur Erhaltung des gesellschaftlichen Systems und seiner Stabilität. Index

¹⁷ Der Zusammenhang zwischen Rüstungspolitik und Vollbeschäftigung ist hinreichend dokumentiert. Siehe F. Vilmar, *Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus*, Frankfurt 1965, besonders Kapitel I, S. 27 ff.

dafür ist die allenthalben zu beobachtende Tendenz in Parteien und Interessengruppen, die Politik — theoretisch und praktisch — auf den Umkreis der gegebenen gesellschaftlichen Verfassung zu beschränken und mögliche Alternativen innerhalb des Systems zu unterbinden. Gewerkschaften orientieren ihre Lohnpolitik am Produktivitätsfortschritt nach Maßgabe von Gutachtergremien, nicht aber an der ungleichen Verteilung des Sozialprodukts; Unternehmen sind bereit, Preisdisziplin zu üben, ihre Exportpläne politischen Direktiven unterzuordnen, Investitionen aufzuschieben, um Ungleichgewichte in der Volkswirtschaft zu vermeiden; als Gegenleistung übernimmt der Staat die Finanzierung von großen Forschungsvorhaben, die privaten Unternehmen schließlich zugute kommen; er sichert hohe Abschreibungssätze für gesellschaftlich notwendige, aber private Investitionen zu, garantiert Exporterlöse und unterstützt private Unternehmen bei Anpassungskrisen durch Subventionen und die Vergabe von Staatsaufträgen. Kennzeichnend für diese Kooperation von Staat, Interessenverbänden und privaten Unternehmen sind die Versuche einer Programmierung und teilweisen Planung des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses; offensichtlich sind sie den Erfordernissen der gegebenen Konkurrenzsituation angemessener als eine Politik, die von den divergierenden Zielsetzungen eines Pluralismus von Interessenverbänden abhängig ist.

Die Entwicklungstendenz der industriellen Gesellschaften ist zwieschlächtig: einerseits dominieren nach wie vor die partikularen, an Profit orientierten Interessen; andererseits verhindert die Konkurrenz zum kommunistischen Gesellschaftssystem, daß die dominierenden Interessen mit den materiellen Interessen der übergroßen Mehrheit in einen unlösbaren Konflikt geraten. Signatur dieser Situation ist einerseits die permanente Steigerung des technischen Fortschritts, der Produktivität und des Lebensstandards, andererseits die Verschwendung von Produktivkräften und Produktionsmitteln für Rüstung und aufwendig-unsinnige Weltraumprojekte¹⁸.

Wenn diese Charakterisierung der industriellen Gesellschaften zutrifft, sind wesentliche Resultate von Lipsets Analyse überholt. Was in seiner Soziologie der Demokratie an Klassenkonflikten, politischen Auseinandersetzungen, Wählerreaktionen und der politischen Praxis der Parteien analysiert und als gesellschaftliche Voraussetzungen der Demokratie interpretiert wird, ist eine einseitige Selektion von Einzelphänomenen der traditionellen Innenpolitik. Das Theorem von Konsensus und Konflikt wird inhaltslos, wenn ökonomische Krisen mit Gewißheit nicht eintreten werden, denn dann ist die Kategorie des Klassenkonflikts hinfällig. Und die These vom pluralistischen Charakter der industriellen Gesellschaften ist überholt, wenn abseits der vordergründigen öffentlichen Auseinandersetzungen und einer manipulativ bestimmten Propaganda die gesell-

18 H. Marcuse umschrieb diesen Widerspruch als Konvergenz von „welfare state“ und „warfare state“. Siehe *One-Dimensional Man*, London 1964.

schafflich mächtigsten Gruppen und Interessen kooperieren, um die gegenwärtige gesellschaftliche Struktur zu stabilisieren. Parsons' Theorie ist den Realitäten ungleich angemessener.

VI.

Parsons' Gesellschaftstheorie entspricht zwar noch nicht in allen ihren Verzweigungen dem integrativen Charakter der spätkapitalistischen Industriegesellschaften. Seine erklärte Absicht indessen, die Theorie eines stabilen und das Gleichgewicht wahren sozialen Systems zu geben, stimmt mit den Entwicklungstendenzen überein. Wie Lipset und Schumpeter definiert auch Parsons noch Demokratie durch die verbindliche Institutionalisierung von Spielregeln der Gruppenkonkurrenz um die Macht. Das angelsächsische Modell des Zweiparteiensystems ist auch für ihn die optimale politische Organisationsform einer industriellen Gesellschaft: die alternativen Zielsetzungen einer gemäßigt reformerischen und einer konservativen Partei, die sich periodisch im Regierungsamt ablösen, gestatten die funktional notwendigen Anpassungen des gesellschaftlichen Systems an die Erfordernisse einer expandierenden industriell-kapitalistischen Wirtschaft, ohne daß dessen Grundstruktur in Frage gestellt würde. Und wie für Lipset, so garantiert auch für Parsons die unvollständige Korrelation zwischen sozial-ökonomischem Status und Parteipräferenz wie in prästablierter Harmonie die Erhaltung des demokratischen Konsensus über die Parteigrenzen hinweg¹⁹.

Mit diesen am Pluralismus-Modell orientierten Überlegungen zur politischen Soziologie hat Parsons' allgemeine Theorie der sozialen Systeme nur wenig gemeinsam. Nach ihr ist die Gesellschaft ein System von funktional aufeinander bezogenen, notwendig kooperativen Rollen, das seine Einheit von einem verbindlichen System von Normen und Werten empfängt. Die Funktion des gesellschaftlichen Wertesystems versteht Parsons — in Analogie zu den Rechenprogrammen der Computer — als Funktionsprogramm der Gesellschaft²⁰, das sie in allen ihren Bereichen, Teilsystemen und Rollenkomplexen determiniert und kontrolliert. Im Prozeß der Sozialisierung den Individuen eingegeben, gelernt und von ihnen internalisiert, durch Ideologie, Religion und Moral bestärkt und abgesichert, bestimmt es das Verhalten der Menschen in allen Dimensionen des Handelns.

Der zentrale Wert der industriellen Gesellschaft — als ihre reifste Form gilt Parsons die amerikanische Gesellschaft — ist die universale Leistungsnorm²¹: zweckrationale Aktivität („instrumental acti-

19 Vgl. besonders den Aufsatz, T. Parsons, „Voting“ and the Equilibrium of the American Political System, in: E. Burdick, A. J. Brodbeck, eds., *American Voting Behavior*, Glencoe, Ill., 1959, S. 80 ff.

20 Vgl. T. Parsons, N. Smelser, *Economy and Society*, London/New York, 1956, S. 69.

21 Vgl. besonders den Aufsatz T. Parsons, W. White, *The Link Between Character and Society*, in: Parsons, *Social Structure and Personality*, New York/London, 1964, S. 183 ff.

vism“), die Beherrschung von Natur und Gesellschaft, stellt Ziel und Zweck der gesellschaftlichen Organisation dar. Das System der gesellschaftlichen Beziehungen ist auf die Realisierung dieses obersten Wertes ausgerichtet. Arbeit, Leistung und der berufliche Erfolg bestimmen den gesellschaftlichen Ort des Individuums, seinen sozial-ökonomischen Status und seine Autoritätsbefugnisse. Das System der Sozialschichtung²² ist eine Rangskala des Leistungserfolgs, der durch die korrespondierenden Kriterien Einkommen und Prestige bestimmt wird. Strukturelle Hindernisse der sozialen Mobilität bestehen nicht; die sozialen Schichten sind Gruppen verschiedener Leistung, vorhandene Unterschiede des ökonomischen Status, des Einkommens und der Autorität sind notwendige Konsequenzen des gesellschaftlichen Funktionszusammenhangs. Sein Zentrum ist das ökonomische System der Produktion und Verteilung, seine Normen und Ziele sind Konkretisierungen der universalen Leistungsnorm: Produktivitätssteigerung, stetiges Wirtschaftswachstum und permanenter technischer Fortschritt. Die vorherrschende und angemessene Organisationsform der Wirtschaft sind die Großunternehmen mit der ihnen charakteristischen Trennung von Besitz an Produktionsmitteln und Kontrolle des Produktionsprozesses durch die Leistungselite der Manager. Profit ist nach Parsons' Auffassung nur „Symbol“ des ökonomischen Erfolges, nicht aber Antrieb des ökonomischen Systems. Die Verpflichtung des Individuums zur Leistung bezieht sich vor allem auf die sachgerechte und funktionsgemäße Erfüllung seiner Berufsrolle: denn der Zusammenhang zwischen seiner konkreten Tätigkeit und dem allgemeinen Wertsystem der Gesellschaft ist Parsons zufolge für den Einzelnen nicht gegeben, sie werden ihm durch das ökonomische System und seine Zielsetzungen vermittelt. Demnach entscheiden die Großunternehmen über das ökonomische und soziale Schicksal des Individuums und zugleich bestimmen sie auch, welche konkreten Formen die Beherrschung von Natur und Gesellschaft annimmt.

Parsons' theoretischer Konstruktion zufolge sind in der sozialen und ökonomischen Organisation des Spätkapitalismus keine strukturellen Widersprüche und Gegensätze am Werk. Da nach seiner Auffassung dem Profit nur eine symbolische Funktion zukommt, sind Konflikte zwischen partikularen und Gesamtinteressen ausgeschlossen; denkbar sind lediglich gewisse Störungen im Systemprozeß, die sich durch eine geschickte Politik vermeiden lassen. Selbst die Unterscheidung zwischen partikularen und Gesamtinteressen ist nach seiner Denkweise sinnwidrig. Einleuchtend demonstriert dies seine Analyse des Verhältnisses von ökonomischem und politischem System²³: Parsons unterscheidet zwischen dem technischen Apparat der Produktion und Verteilung und den Funktionen der Leitung und Planung des ökonomi-

22 Vgl. den Aufsatz T. Parsons, A Revised Analytical Approach to the Theory of Social Stratification, in: Parsons, Essays in Sociological Theory, rev. ed., Glencoe, Ill., 1954, S. 386 ff.

23 Vgl. besonders *Economy and Society*, a.a.O., S. 72 ff.

schen Prozesses, die er als auf die gesamte Gesellschaft bezogen und daher als politische bestimmt. Die Entscheidungen des Managements von Großunternehmen und Banken über Kreditschöpfung und Investitionen sind politische Entscheidungen und daher denen der Regierung und Verwaltung gleichgeordnet. Wie jene, sind diese in „kollektivem Interesse“, denn sie dienen der Steigerung der Produktivität, dem technischen Fortschritt und dem Wirtschaftswachstum. Die Interessen von Wirtschaft, Politik und der Gesamtheit fallen zusammen.

Ergänzt wird diese Modellkonstruktion durch Parsons' Bestimmung der Funktion von Herrschaft und Macht im Gesellschaftsprozess²⁴. Jede Herrschaftsausübung ist legitimiert durch den faktisch bestehenden gesellschaftlichen Funktionszusammenhang, der im gesellschaftlichen Wertsystem seine Einheit und Begründung findet. Macht, mit legitimer Herrschaft identisch, ist das Vermögen, sachliche Mittel und menschliches Handeln für die effektive Realisierung von Zielen des gesellschaftlichen Systems zu mobilisieren und einzusetzen; sie ist ein notwendiger, integrativer Systemmechanismus. Die Inhaber von politischer Herrschaft und gesellschaftlicher Verfügungsgewalt sind stets legitimiert durch die Erfordernisse der Systemerhaltung und den in diesen sich reflektierenden Wertkonsensus der Gesellschaft, den die Beherrschten durch ihren Gehorsam stets erneut bestätigen. Herrschaft ist ex definitione auf kollektive Interessen bezogen; die Drohung mit Sanktionen und die Anwendung von Gewalt richtet sich nur gegen jene, die den funktionsnotwendigen Gehorsam verweigern. Als Störenfriede des kooperativen Zusammenhangs der Gesellschaft und „Abweichler“ von den gesetzten Normen verneinen sie den Wertkonsensus der Gesellschaft und gehören daher nicht mehr zur „moralischen Gemeinschaft“²⁵ des Kollektivs.

VII.

Der harmonisierende Charakter wesentlicher Behauptungen von Parsons liegt auf der Hand: Profit sei nur „Symbol“ ökonomischen Erfolges; private, durch das Eigentum an Produktionsmitteln begründete Interessen fungierten immer im „kollektiven Interesse“; das System der Sozialschichtung sei Ausdruck der individuellen Leistung und Gesellschaft als ganze finde ihre Begründung und Einheit in einem Wertkonsensus — solche Thesen beruhen auf definitorischen Tricks und ihre apologetische Funktion ist leicht zu durchschauen. Indessen fungieren sie im Kontext von Parsons' Gesellschaftstheorie nicht als Ursachenkomplexe, durch die der gesellschaftliche Zusammenhang erklärt würde; es sind vielmehr abstrakte Schemata der Funktionsweise der westlichen Industriegesellschaften; ohne Bezug

24 Vgl. die Aufsätze: T. Parsons, On the Concept of Political Power, in: Proceedings of the American Philosophical Society, vol. 107,3 (1963), S. 232 ff., und T. Parsons, Some Reflections on the Place of Force in Social Process, in: H. Eckstein, ed., Internal War, New York/London 1964, S. 33 ff.

25 Vgl. T. Parsons, Some Reflections on the Place of Force in Social Process, a.a.O., S. 34.

auf eine historische Genesis ratifizieren sie bedingungslos ihre gegenwärtige Verfassung. Daß Parsons die Funktionen des Managements in Privatunternehmen zum politischen System der Gesellschaft rechnet, ist mit der Marxschen Auffassung vom Staat als dem Exekutivorgan der Kapitalistenklasse identisch; offen konzediert Parsons, eine Politik gegen die Interessen des „big business“ sei in den USA „zur Wirkungslosigkeit“ verurteilt²⁶. Die Theorie bestätigt damit, daß die Politik in den spätkapitalistischen Gesellschaften die Respektierung und notfalls die aktive Förderung von Profitinteressen zur systemnotwendigen Voraussetzung hat. Realitätsgerecht verweist Parsons in „Economy and Society“²⁷ auf die Existenz des Kalten Krieges, der ein ständiges Wirtschaftswachstum, die Steigerung der Produktivität und den technischen Fortschritt erzwingt. Unideologisch ist auch seine Bestimmung der Funktion der Wirtschaft: Wohlstand, Nutzen und Einkommen sind „Eigenschaften der sozialen Systeme und ihrer Einheiten“, sie beziehen sich auf Individuen nur insofern, als sie dem sozialen System angehören: „es sind Mittel zur Lösung der Anpassungsprobleme der sozialen Systeme“²⁸. Zweck der Wirtschaft ist nicht die Befriedigung von individuellen Konsumwünschen, sondern die Stabilität der institutionellen Struktur der Gesellschaft. In formalistischen Kategorien ratifiziert die Theorie, daß das ökonomische System sich von den Bedürfnissen der Menschen emanzipiert hat. Und schließlich ist Parsons' Bestimmung des amerikanischen Wertesystems nur eine verklausulierte Umschreibung des Slogans „bigger and better“ und „What's good for GM is good for the US“.

Parsons' Theorie konzipiert weniger das Trugbild einer gesellschaftlichen Harmonie, als eine Gesellschaft totaler Integration, in der alle gesellschaftlichen Funktionen und Bereiche, alle sozialen Gruppen und Individuen auf ein verbindliches Programm festgelegt werden. Die allgemeine Geltung der universalen Leistungsnorm — konkret: der permanenten ökonomischen Expansion — ist den Interessen der ökonomischen und gesellschaftlichen Machtgruppen dienlich, sie steht aber gegenwärtig den Interessen der Individuen auch nicht direkt entgegen. Der Konflikt zwischen spätkapitalistischem und kommunistischem Gesellschaftssystem bestimmt die innere Situation und das allgemeine Bewußtsein; die Stabilisierung der gesellschaftlichen Struktur mit ihrer gegebenen Verteilung von Macht und Reichtum, die Anspannung aller sozialen Kräfte und die Mobilisierung aller Leistungsreserven ist systemnotwendig.

Einer total integrierten Gesellschaft sind die abstrakten und schematisierenden Begriffe der Theorie Parsons' angemessen, es sind Kategorien der Verwaltung von Individuen und Gesellschaft. In seiner Modellanalyse wird die Ausübung von Macht und Herrschaft als Folge von sachnotwendigen Entscheidungen und Handlungen begriffen, die durch die Mechanik des Gesellschaftsprozesses — die funk-

26 Vgl. T. Parsons, *Structure and Process in Modern Societies*, Glencoe, Ill., 1960, S. 247.

27 Vgl. *Economy and Society*, a.a.O., S. 59.

28 A.a.O., S. 296 ff. und S. 22.

tionalen Erfordernisse der Systemerhaltung — diktiert werden. Herrschaft und ökonomische Verfügungsgewalt beabsichtigen nicht die Durchsetzung spezifischer Interessen, sondern das reibungslose und effektive Funktionieren des sozialen und ökonomischen Prozesses — womit freilich jene Interessen zu ihrem Recht kommen. Herrschaft im System des Spätkapitalismus ist die Organisation und Verwaltung der sozialen Beziehungen zum Zweck der Realisierung des vorgegebenen Funktionsprogramms der Gesellschaft; sie ist bloßer Vollzug ihrer Teleologie. Das System regelt und steuert sich selbst nach den gesetzten, nicht diskutierten Zielsetzungen, denen sich die Individuen unterzuordnen haben und diesem Erfordernis auch bereitwillig nachkommen²⁹. Herrschaft als Verwaltung verlangt die Konzentration der politischen Macht in den Händen von kompetenten Eliten, die den komplexen Mechanismus des Systems beherrschen können und die Konvergenz der Widersprüche in produktive Leistungen umzusetzen verstehen. Parsons hat auch hierfür die Modellkonstruktion gegeben.

In seinem Aufsatz über den McCarthyismus, den er als „pathologische Erscheinung“ und „anomische Reaktion“ gewisser sozialer Gruppen auf die raschen ökonomischen und technologischen Wandlungen im Gefolge des Koreakrieges bestimmt, beschreibt Parsons eine politische Elite³⁰; sie soll die notwendige Anpassung des sozialen Systems an die Erfordernisse der Situation des Kalten Krieges herbeiführen. Die „politische Führungsschicht“ besteht nach Parsons' Vorstellungen aus Vertretern des „big business“, aus „Politikern“, fähig zum „Management der öffentlichen Meinung“ und aus „Administratoren“ zur Steuerung der „Zivil- und Militärverwaltung“. Diese Konstruktion verbindet in einzigartiger Weise Paretos Elitentheorie mit der Marxschen These vom Staat als Exekutivorgan der bürgerlichen Klasse: Paretos „Füchse“ werden zu den „Managern der öffentlichen Meinung“, seine „Löwen“ zu den „Administratoren“; die Ziele der Politik und Verwaltung werden vom „big business“ bestimmt. Marx glaubte mit seiner These die bürgerliche Demokratie zu kritisieren, und Pareto meinte, die Zirkulation der beiden elitären Gruppen schaffe den gesellschaftlichen Wandel. Bei Parsons sind sie zur integralen Einheit einer herrschenden Klasse geworden, die die Gesellschaft organisieren, formieren und integrieren. — Den vielen, die nicht der politischen Führungsschicht angehören, empfiehlt Parsons „Vertrauen“ in die nationale Stärke, „Verantwortungsbereitschaft“ und die getreue Erfüllung ihrer Berufspflichten, also Ideologie und Arbeit, die Voraussetzungen für die Herrschaft der Elite. Parsons legitimiert seine Forderungen nicht mit demokratischen Idealen.

29 Parsons' Konzeption eines sich selbst regulierenden Systems ist soziologisch, nicht technokratisch wie Schelskys Theorie vom „wissenschaftlichen Staat“, die sich in wesentlichen Momenten leicht widerlegen läßt. Vgl. H. Schelsky, *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, in: Schelsky, *Auf der Suche nach Wirklichkeit*, Düsseldorf/Köln, 1965, S. 439 ff. und die Kritik H. P. Bahrdts, in: *Atomzeitalter*, 1961, H. 9, S. 195 ff.

30 Vgl. *Structure and Process in Modern Societies*, a.a.O., S. 246 f.

Es geht ihm um die Stabilität der amerikanischen Gesellschaft im Konflikt mit der kommunistischen Herausforderung.

VIII.

In einer Gesellschaft, die zur umfassenden Integration tendiert, kommt demokratischen Herrschaftsformen keine konstitutive Funktion mehr zu; sie werden überflüssig und irrelevant. Dieses Resultat ist die logische Konsequenz von Parsons' Modellanalyse der industriellen Gesellschaft des Spätkapitalismus. Demokratie ist nur sinnvoll als politische Organisationsform einer Gesellschaft, die strukturelle Interessenantagonismen und manifeste soziale und politische Konflikte enthält. Wie Lipset zeigt, entstand politische Demokratie in den Klassenkämpfen zwischen Feudalaristokratie, kapitalistischem Bürgertum und Proletariat. Die demokratischen Postulate, Freiheit und Gleichheit, waren stets das Programm von machtlosen oder ausgebeuteten Klassen. Schumpeters formale Bestimmung der Demokratie sieht von diesen ihren gesellschaftlichen Inhalten ab. Lipsets Versuch, die Gruppenkonkurrenz um die politische Macht soziologisch zu interpretieren, ist von der Einsicht bestimmt, daß demokratische Herrschaftsformen funktionslos werden, wenn nicht mehr divergente soziale Interessen die politischen Auseinandersetzungen bestimmen. Doch die formulierten Bedingungen stabiler Demokratie setzen die Sistierung der Klassenantagonismen voraus; notwendig ist die Anpassung der Gesellschaft an die „Erfordernisse des industriellen Systems“. Die vorherrschende Tendenz zur Integration wird bei Parsons zum Thema der Soziologie. Wenn die Entwicklung der Gesellschaft nur mehr der Schwerkraft der mächtigsten Interessen folgt, wenn Politik nur noch die Aufgabe hat, das Funktionieren des ökonomischen Prozesses zu garantieren, wenn strukturelle Konflikte überflüssig werden, weil die Produktivität des Systems trotz der Vergeudung von Produktivkräften es gestattet, die materiellen Interessen der großen Mehrheit zufriedenzustellen — dann ist Demokratie ohne Sinn und die Konkurrenz von Parteien mit alternativen Programmen unnötig. Um die kompetentesten Organisatoren, Planer und Verwalter an die Schaltstellen der Macht zu bringen, sind auch andersgeartete Selektionsprinzipien denkbar. Demokratische Institutionen und Prozeduren werden zwar nicht notwendig zu systemwidrigen Elementen, die durch neue autoritäre Herrschaftsformen ersetzt werden müßten, aber ihre Funktion schrumpft auf die von kollektiven Ritualen. Obwohl Wahlen von der Ideologie des Kalten Krieges zur entscheidenden Differenz zwischen westlicher Demokratie und östlicher Einparteiensherrschaft erklärt werden, sind sie schon gegenwärtig von geringer praktischer Relevanz: von ihren Ergebnissen bleiben die sozial-ökonomischen Herrschaftsverhältnisse unberührt.

Besprechungen

I. Philosophie

Seume, Johann Gottfried: *Apokryphen*. Mit einem Essay von Hermann Schweppenhäuser. Sammlung Insel, Bd. 18. Insel Verlag, Frankfurt a. M. 1966 (180 S., Ln., 6,— DM).

Schweppenhäuser, Hermann: *Verbotene Frucht*. Aphorismen und Fragmente. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1966 (221 S., kart., 12,— DM).

Die Neuausgabe der „Apokryphen“ Seumes, von Schweppenhäuser mit einem bedeutenden Nachwort versehen, gibt die beste Propädeutik zu dessen eigenen Aphorismen ab. 1806 und 1807 niedergeschrieben, 1811, nach Seumes Tod, zunächst verstümmelt, 1869 endlich vollständig publiziert, haben diese bitteren Aufzeichnungen aus dem europäischen Panoptikum des sich formierenden Nationalismus an Aktualität nicht verloren. Anders als die Aphorismen der französischen Moralisten oder diejenigen Nietzsches, taugen die Seumeschen Texte wenig, die autonome literarische Form des Aphorismus zu repräsentieren; in ihrer Not des Ausdrucks — die selten den Gedanken ausformuliert, an Wiederholungen sich nicht stößt und die Sprache nimmt, wo sie sie findet — kehrt nur die reale Not wieder, der sie ohnmächtig und unbeirrt zum Ausdruck verhelfen wollen. „Eine gute That, wenn sie wirklich die Probe hält, ist besser als Millionen guter Worte; aber manchmal ist das Wort die That selbst, und dann hat es hohen Werth.“ (Apokryphen, 116). Daß seinem Wort versagt blieb, gute Tat zu werden, hat Seume doch nicht zur schlechten vermocht: er blieb Parteigänger der französischen Revolution, während Bonaparte ihr Erbe liquidierte und die deutsche Gegenrevolution ihn um patriotische Gesänge anging. Unentschieden zwischen Skeptik und Stoizismus auf der einen Seite, politisch-revolutionärem Engagement andererseits, befähigte sein idiosynkratischer Blick für alles Faule im Staat Seume zur hellstichtigsten Kritik sowohl der gesellschaftlichen Basis wie ihres Überbaus. Gleichermaßen dringt er hinter die Fassaden der Politik und der Ökonomie, der Gesetzgebung wie des bürgerlichen Sozialcharakters; Erkenntnisse des dialektischen Materialismus antizipierend, entziffert er an Religion und Philosophie das Ideologische, das sie enthalten; am frapierendsten geraten ihm Einsichten in die Sprache, die diese als gesellschaftliches Produkt und zugleich Gesellschaftliches produzierend erweisen. Sehr früh schon sah Seume, daß die bürgerliche Gesellschaft, kaum vom Feudalsystem emanzipiert, sich anschickte, im Zeichen der nationalistischen Allianz gegen Napoleon in einen neuen Feudalismus umzuschlagen. Schwep-

penhäuser charakterisiert eindringlich Voraussicht und Grenzen von Seumes Denken: „ Im anbrechenden nachrevolutionären Liberalismus, den er streng gegen die menschen- und naturrechtliche Liberalität abhebt, vermag er nur den Sieg neuer Privilegierter zu erblicken, und wie sehr auch die eigene historische Schranke ihn die Notwendigkeit zu verkennen nötigt, daß erst die liberalistische Entfaltung der menschlichen Produktivkraft die volle gesellschaftliche Emanzipation der Menschen absehbar macht, so prophetisch deutet er doch auf die zerstörerische Bahn, die der Liberalismus nimmt, der die Emanzipation der bürgerlichen Klasse bereits mit der Emanzipation der Menschheit gleichgesetzt hatte.“ (ebd., Nachw., 149). Noch nicht recht artikuliert, aber unüberhörbar doch beginnt Seume neben der Position der Bourgeoisie eine plebejische anzumelden. Sohn eines depossedierten, Frondienste leistenden Bauern und selber in seinen letzten Jahren proletarisiert, ehe es in Deutschland ein Proletariat überhaupt gibt, gilt Seumes Solidarität vor allem dem kleinen abhängigen Landmann; auf sein, von unmäßigen Abgaben und Intermediärleistungen bedrängtes, Dasein reflektieren seine Aphorismen energischer fast als auf das des freien, ökonomisch selbständigen Stadtbürgers. — Immer wieder sucht Seume, der in fünf Sprachen formulierende Humanist, Auskunft bei der griechischen und römischen Geschichte; vergeblich: „Wer von Freiheit und Gerechtigkeit kein besseres Ideal kennt, als ihm die Geschichte zeigt, ist sehr arm an Trost für die Menschheit.“ (ebd., 104). Die festgehaltenen Ideen der Freiheit und Gerechtigkeit, mehr noch die der Gleichheit — im Privilegienunwesen erblickt er die Wurzel der gesamten deutschen Misere — weisen Seume als legitimen Nachfolger der Aufklärung aus, dem alles Licht von dem aus reiner Vernunft gezeugten Naturrecht scheint. Der Ton des Nüchternen, Prosaischen aber, in welches das aufklärerische Pathos von Seume übersetzt wird, stellt ihn in eine Reihe mit Forster, Jochmann, den Grafen Schlabrendorf und Garlieb Merkel. Der Essay Schweppenhäusers zu seinen „Apokryphen“ trägt dazu bei, diesen vergessenen „Vorkämpfern des deutschen Bürgertums die Schuld ab[zustatten, die seine heutigen Nachfahren insolvent findet“ (W. Benjamin, Jochmann-Einleitung, Das Argument 26, 2).

Seume ist kein Philosoph. Er vertritt den in Deutschland nahezu unbekanntem Typ des *homme de lettres*, des politisch-moralistischen Schriftstellers, der den gesellschaftlichen Zuständen mit pragmatischer Vernunft, wenn man will: mit gesundem Menschenverstand zu Leibe rückt, bis ihre Krankheiten offenbar liegen; dabei allerdings gelangt er zu Einsichten, deren beste philosophisch schwerer wiegen als Systeme. Schweppenhäusers Buch ist das eines Philosophen, aber eins, das aus dem Zwangsverband systematischen Denkens ausbricht: „Systeme, wo sie nicht das versteckte der Gesellschaft selber denunzieren, eifern nur blind administrativer Integration nach, spiegeln sie bloß wieder zurück.“ (Verbotene Frucht, 7). Solcher Verdopplung des Daseienden im Denken hält Schweppenhäuser den Anspruch vernünftigen Denkens auf Realisierung der Vernunft entgegen; die offe-

nen Formen des Aphorismus und des Fragments treten bei ihm folgerecht an die Stelle des Systems. Ausdruck von Not freilich bleiben auch Schweppenhäusers Aphorismen, aber bloßes Reagieren wird in ihnen umfunktioniert zur List. „Der Aphorismus ist die Philosophie in äußerster Nähe zur Herrschaft — der Hofnarr unter den literarischen Gattungen, aber von der Art des Hop-Frog bei Poe.“ (ebd., 116). Um das Wesen der Herrschaft zu entlarven, bedient etwa der Aphorismus sich gelegentlich selber imperativischer Gesten. Sein Isoliertes und Isolierendes, das vorzeitige Abbrechen und stete Neuansetzen opponieren der falschen Ordnung einer Welt, in der alles zu totenhafter Starre verkrustete. In ihre Risse und Schründe dringt der Aphoristiker mit Giftstoffen ein, sie zu vergrößern, auch schon schockhafte Durchblicke auf ihr Anderes zu bieten, das real erst durch die Revolution hergestellt würde. „Man hat oft den keimhaften, anfänglichen Charakter der aphoristischen Form betont, ihn aber fast immer mißverstanden als eine Art von Organismus, als ‚Gedanke im Werden‘, ein Vorläufiges, das der zusammenhängenden Ausführung im System bedürfe. Anderswo wird der Aphorismus als das bestimmt, was beim Denken übrigblieb, abfiel, doch Namen wie ‚Gedankensplitter‘ und ‚Gedankenspäne‘ sind keine Synonyma für Aphorismen. Das Buch Schweppenhäusers lehrt, daß der Aphorismus, weit entfernt eine Form subjektiver Unzulänglichkeit zu sein, vielmehr die Objektivierung gesellschaftlicher Bedürftigkeit, des realen Ungenügens darstellt: weder unausgeführter noch liegengebliebener Gedanke, drückt er mimetisch bereits aus, daß jeder Gedanke, der einer ist, nicht Gedanke bleiben will. Daß der Aphorismus so wenig wie irgendeine Gestalt des Denkens vernünftige Praxis selber schon ist, sie nicht einmal unmittelbar plakativieren wollen darf, verhält ihn in jener Trauer, die Theorie und Kunst unter den Bedingungen der Entfremdung teilen. „Das Elend, das objektive wie das subjektive, das sich ästhetische Form gibt, verrät sich selbst und erhebt sich — im Doppelsinn des Verratens — darin zugleich erst zum Bewußtsein. In dieser Zweideutigkeit schwankt aller Ausdruck, der theoretische wie der künstlerische. Man weiß nicht, ob ein Aphorismus mehr das Abrupte der Bestürzung über die Sache ausdrückt, oder ob er mehr das Bestürzende durch Pointierung assimiliert. Man muß sich damit abfinden, daß im Ausdruck Mittel und Zweck coinzidieren, daß die Distinktion zwischen engagiertem und purem Ausdruck fiktiv und kein Ausdruck legitim ist, der nicht kraft seines Selbstzwecks, seiner Autonomie zum Mittel der Veränderung taugte, und der nicht kraft seines Engagements die Reife einer autonomen Gestalt erlangen würde.“ (ebd., 165). Aphorismen sind Philosophie, die die Maske der Kunst anlegen mußte. „Wahrheit heißt Kunst da, wo sie unter dem eigenen Namen gefährlich ist. Aber: die Kunst, indem sie die Maske der Philosophie ist, ist zugleich als die Maske das eigene Gesicht“ (ebd., 163). Wie dem Kunstwerk so läßt man dem Aphorismus, als bloßem Witz oder geistreichem mot, gerade noch durchgehen, was die gesellschaftliche Zensur der verbindlichen diskursiven Entfaltung nie erlaubte; sie merken nicht, daß Künstler

wie Aphoristiker es ganz wörtlich, wörtlicher als meist die Philosophen, intendiert haben. Die Form des Aphorismus drückt aus, was dem philosophischen Ausdruck sich entzieht: die Aufhebung der Philosophie um der endlichen Verwirklichung des Philosophischen willen.

Gleich Seume visiert Schweppenhäuser „die Zerstörung des Zerstörerischen“ (Apokryphen, Nachw., 142). Dieses aber ist immer noch das alte, wenn auch mittlerweile fortgeschrittenere, die Gesamtverfassung der bürgerlichen Gesellschaft und ihre Dialektik. „Jetzt, da die Bourgeoisie die letzten Hüllen abwirft, ist keiner mehr da, der sie schamlos nennt. Ihre Feinde knöpfen wie sie sich auf, und durch die allgemeine Marscherleichterung, die sie ihnen als Emanzipation und Fortschritt einzureden weiß, hält sie sich noch eine ganze Weile beweglich.“ (Verbotene Frucht, 201). Was dem allgemeinen Bewußtsein in der Ära von Konzentrationslagern und nuclear armament sich polarisierte in ein absolutes Böses, für das Faschismus und Genocid entstehen, hier, in technologischen Progreß und Wohlstandsgesellschaft dort, das wird bei Schweppenhäuser von wahrhaft avanciertem als die zwei Seiten der Medaille erwiesen. Gegenstand seines Philosophierens ist die Gesellschaft in dem prägnanten Sinn, daß jenes auf diese nicht nur angewandt, sondern aus ihr entwickelt wird. Darin liegt ihre Differenz sowohl zum etablierten Wissenschaftsbetrieb, der Gesellschaft als Objekt des Denkens neutralisiert, indem er sie der Sparte Soziologie zu steriler Deskription überläßt, als auch zur akademischen Philosophie, welche — soweit sie nicht, erhaben über das gesellschaftliche Dasein der Menschen, überhaupt ausweicht ins Reservat reinen Seins — Gesellschaft allenfalls in einer Rubrik Sozialphilosophie als Gegenstand unter anderen abhandelt. Ein Fragment wie das Schweppenhäusersche über Entwicklungshilfe zum Beispiel (vgl. ebd., 202 ff.) trägt mehr als ganze Bibliotheken soziologischen researchs zur dialektischen Theorie der Gesellschaft bei. Auf deren Instrumentarium, der begrifflichen Zueignung der konkreten Negation der Negation, von Seume in wenigen Passagen ingenios vorweggenommen (vgl. Apokryphen, 26 und 64; dazu ebd., Nachw., 142), bei Schweppenhäuser in den Schulen Hegels und Marx' zu höchster Präzision ausgebildet, wird den versteinerten Verhältnissen ihre eigene Melodie vorgespielt, um sie wenn nicht zum Tanzen zu bringen, so doch ihnen die falschen Schritte nachzurechnen. Wohl die Mehrzahl von Schweppenhäusers Aphorismen versucht das dort, wo die Subjekte dem objektiven Verhängnis scheinbar ferngerückt, in der Tat am unmittelbarsten an ihm mitweben: in der Vermittlungssphäre von Ideologie. Pädagogik, alte und neue Tabuierung von Sexualität, Kritik der religiösen Vorstellungen, Wissenschaftstheorie sind einige Zentren, um die Schweppenhäusers Reflektionen ankrystallisieren. Vielleicht die gelungensten gelten ästhetischen und kunstsoziologischen Fragen; wenigstens ließe sich neben seine Erörterungen der gesellschaftlichen Funktion des Films (Verbotene Frucht, 76 ff.) stellen, nichts neben seine Theorie der impressionistischen Malerei (ebd., 135 ff.). Traditionellerweise ist dem Aphorismus die Praxis menschlichen Lebens selber zugeordnet. Seit den Anfängen

der Form in den „Aphorismoi“ des Hippokrates, ärztlichen Handlungsregeln, war diese vorab der Möglichkeit richtigen Lebens gewidmet; in der „Verbotenen Frucht“ — wie in der „Einbahnstraße“ von Benjamin, der „Dämmerung“ von Heinrich Regius und in Adornos „Minima Moralia“, deren Tradition Schweppenhäuser fortsetzt — wurde daraus freilich eine Lehre von seiner objektiven Unmöglichkeit. Dennoch lassen diese Texte nicht ab von dem Versuch, den Menschen auch Mut zu machen, hinter einem jeden steht immer noch das ‚Fürchtet euch nicht‘, auf das seit je der Aphorismus hinauswollte.

Rolf Tiedemann (Berlin)

Weimann, Robert: „New Criticism“ und die Entwicklung bürgerlicher Literaturwissenschaft, VEB Max Niemeyer Verlag, Halle (Saale) 1962 (364 S., Leinen, 25,50 DM).

Jede zeitgenössische Theorie der Interpretation literarischer Texte, die aus der Tradition dialektischer Ästhetik ihre Position zu bestimmen versucht, hat dies, will sie den Anspruch auf konsequente Selbstreflexion nicht aufgeben, in Auseinandersetzung mit der Methodenlehre des sog. „New Criticism“ zu tun, ihrer avanciertesten und interessantesten Gegenposition. Der „New Criticism“ ist die angelsächsische — vor allem amerikanische — Variante phänomenologisch-positivistischer Ästhetik und zugleich der großangelegte Versuch einer Anwendung rein phänomenologischer Hermeneutik auf die literaturkritische Praxis. In ihm gelangt der Ästhetizismus in der Literaturwissenschaft zu Reife und Selbstbewußtsein. Gemeinsam mit verwandten Positionen ist ihm die Überzeugung, die „allein mögliche Gestalt von Ästhetik heute“ sei „die Fähigkeit, Kunstwerke von innen, in der Logik ihres Produziertseins zu sehen“¹. Er stellt den Anspruch, durch Konzentration auf den „Werk-Charakter der Werke“ und Ausklammern jeder inhaltlichen und geschichtlichen Bestimmung von Literatur objektive, ja „zeitlose“ Kategorien für ihre Interpretation und Wertung gefunden zu haben.

Die Auseinandersetzung mit dieser Bewegung ist umso dringender, als hier mehr als die bloß theoretische Selbstbehauptung der dialektischen Methode auf dem Spiel steht. Die Neue Kritik beherrscht heute die Schulen, Universitäten und Zeitschriften Amerikas, ja sie scheint sich auch in England und Westdeutschland als allein verbindliche Methode, Literatur zu interpretieren und Interpretation zu lehren, durchzusetzen. Sie stellt sich in den unterschiedlichsten Gewändern und unter variierenden Titeln vor, an ihrem Siegeszug kann kaum ein Zweifel bestehen. Sie besitzt daher so etwas wie repräsentative Bedeutung, ja stellt mit Recht den Anspruch auf eine solche. Was die Neue Kritik zu repräsentieren vorgibt, ist die literarische Kultur der liberalen Demokratien.

Die Aufgabe einer solchen Auseinandersetzung vom Standpunkt marxistischer Literaturwissenschaft kann mit dem Erscheinen von

1 Adorno, *Noten zur Literatur II* (Frankfurt a. M., 1961), S. 43.

Weimanns Buch als gelöst angesehen werden. Wie W. bescheiden schreibt, geht es ihm darum, „den Einfluß der Neuen Kritiker nicht nur zu konstatieren, sondern diese gesamte literaturwissenschaftliche Strömung historisch zu beleuchten und kritisch zu bewerten“ (13). In Wahrheit ist das Buch weit mehr: ein Modellbeispiel differenzierter dialektischer Ideologiekritik und ein Prolegomenon zu jeder künftigen marxistischen Literaturtheorie.

W. gliedert seine Arbeit in vier Kapitel. Das erste ist eine kritische Geschichte der Neuen Kritik, deren Entstehung in der „Krise viktorianischer Literaturkritik“ angesetzt wird. In einer an Detailkenntnis kaum zu übertreffenden historischen Analyse verfolgt W. die Entwicklung der Bewegung von ihren „ideologischen Wegbereitern“ Babbitt und Hulme über eine „Frühphase“ (Eliot) bis zu ihrer „neueren Entwicklung“, die in der Radikalisierung des Autonomie-Gedankens gipfelt und den endgültigen Bruch mit dem positiven Erbe des Liberalismus und Humanismus zur Folge hat. Der Siegeszug der Neuen Kritik wird dabei im Sinne der marxistischen Methode aus der Bewegung des gesellschaftlichen Unterbaus verständlich gemacht. Von diesem Gesichtspunkt her erscheint die neukritische Reaktion als ideologisches Rückzugsgefecht, als Flucht in ein für autonom erklärtes, jeder Geschichte angeblich transzendentes Reich reiner Formen: die aus ihrem organischen Zusammenhang mit der Totalität des gesellschaftlich-kulturellen Lebens herausgerissenen literarischen Texte. Die Rückkehr „zur ältesten aller kritischen Methoden, zum genauen Lesen“ (Peter Demetz) ist bei Licht gesehen eine Flucht der bürgerlichen Intelligenz vor den Antinomien und Ansprüchen der geschichtlichen Wirklichkeit. Was dem naiven Betrachter als rein wissenschaftsgeschichtlicher, ja „wissenschaftsimmanenter“ Prozeß erscheint, enthüllt sich der kritischen Analyse als gesellschaftliches Schicksal.

Das zweite Kapitel („Zur Kritik der Methode“) trägt den theoretischen Aspekt der Untersuchung. Es ist der Versuch einer *systematischen* Analyse der neukritischen Methodologie. W.s Kritik ist dialektische Ideologiekritik im besten Sinne marxistischer Tradition. Worum es ihm geht, ist das Wahrheitsmoment im kritisierten Gegenstand ebenso wie dessen Unwahrheit. Die Antwort auf Dogmatismus darf kein zweiter Dogmatismus sein. W. erkennt die methodische Berechtigung des „close reading“ „als Ausgangspunkt jedweder Deutung“ (94) und „unerläßliche Voraussetzung intensiver Textinterpretation“ (99) vollauf an, wendet sich jedoch umso entschiedener gegen die „folgeschwere Einengung der kritischen Aufgabenstellung“ (94 f.), die aus dem Autonomie-Postulat notwendig hervorgeht. Die ausschließliche Konzentration auf die formale Seite des Kunstwerks (der undialektisch konzipierte Autonomie-Gedanke) hat die „Realitätsentfremdung“ von Literatur und Literaturwissenschaft zur Folge: Die Kritik wird der Vielfalt ihrer Aufgaben, die Literatur „ihres Beziehungsreichtums und ihrer Wirklichkeitsbezogenheit beraubt“ (97): „Das Programm eines Johnson, Lessing, Heine, Belinski wird als altmodisch abgetan“ (97). Die Leugnung jeder Beziehung zwischen ästhetischer und gesellschaftlicher Wirklichkeit führt konsequent zur

„Negation der Wirklichkeit als literaturkritisches Kriterium“ überhaupt (131). „Die neukritische Grundanschauung vom Kunstwerk als einem in sich ruhenden Phänomen . . . verwirft dreierlei: die historische Wirklichkeit, damit aber zugleich das Publikum und schließlich auch den Künstler als Bezugspunkte der Dichtung. Dementsprechend ist auch ihre Frontstellung eine dreifache: sie wendet sich gegen das aristotelische Prinzip der *mimesis* oder Nachahmung, gegen das Horazsche Prinzip *aut prodesse aut delectare* und schließlich gegen die letzte von der Romantik geduldete . . . außerästhetische Bestimmung — die biographische Beziehung zum Schöpfer des Werks. Sie negiert also die abbildend-verallgemeinernde, die didaktisch-unterhaltende und die Ausdrucksfunktion der Kunst. Sie verwirft damit die Kunstauffassung der größten Dichter der Vergangenheit“ (131).

W. deckt die immanenten Antinomien der neukritischen Position auf. Er mißt diese an ihren eigenen Ansprüchen. Er trifft den Gegner mit dessen eigenen Waffen, indem er zeigt, daß die hermeneutische Entsagung jeder geschichtlichen und geschichtsphilosophischen Fragestellung — mit dem Anspruch, den „Werk-Charakter der Werke“ vor jedem Eindringen außerästhetischer Kriterien reinzuhalten und vor der Besudelung mit der Realität zu bewahren — das Spezifische individueller literarischer Formen gerade verfehlt. — Dieser Aufgabe sind vor allem die beiden letzten Kapitel des Buches gewidmet. Sie sind eine Probe aufs Exempel, der Test der kritischen Theorie. W. analysiert hier repräsentative Beispiele neukritischer Interpretations-artistik auf dem Gebiet der Kritik des Dramas und des Romans. Überzeugend gelingt ihm der Nachweis der Richtigkeit seiner Hauptthese: Daß die Leugnung des kritischen Postulats jeder realistischen Poetik, die aristotelische Vorstellung von Literatur als Mimesis (was bedeutet, daß die mimetische Qualität der Werke auch das wesentliche Konstituens ihrer ästhetischen Qualität ist), mit Notwendigkeit in unauflösbare Aporien in der Frage nach der ästhetischen Physiognomie literarischer Formen führt und vor allem das für jede Formal-ästhetik vorrangige Problem der spezifischen Differenzen der literarischen Hauptgattungen (Lyrik, Epik und Drama) nicht zu lösen, nur zu nivellieren vermag. Das Resultat der neukritischen Antinomien sind die — innerlich verbundenen — Extreme eines geistlosen Positivismus auf der einen, einer irrationalistischen Spekulation auf der anderen Seite — „von deskriptiver Textanalyse zu immanenter Interpretationskunst, von der Interpretationskunst zu semantisch-symbolischer Spekulation, von Semantik und Symbolismus zu agnostischer Mehrdeutigkeit, von der Mehrdeutigkeit zu subjektivistischer Entstehung des literarischen Textes“ (117). Das Postulat der Weltlosigkeit der literarischen Form, gebraucht, um die Literatur vor der Welt zu retten, schlägt wie ein Bumerang zurück. Es richtet sich gegen seine eigene Intention. Es verhindert jede präzise Bestimmung des Formbegriffs als einer poetischen Grundkategorie. Der Begriff der Form verflüchtigt sich vielmehr zu einem abstrakten Gespenst, statt als vielfältig vermittelter Inbegriff des Ästhetischen, als individueller Imitationsmodus, als sinnlich-anschauliche Konkretion gefaßt zu wer-

den. Der „Teufelskreis des Ästhetizismus“ schließt sich: Positivistischer Formalismus mündet in weltlosen Subjektivismus aus. Weltlos geworden aber ist „nicht der ‚Geist an sich‘ . . . , sondern der Geist einer Literaturkritik, die die ‚Weltlosigkeit‘ der Literatur zu ihrem ersten kritischen Postulat erhoben hat. Kein Zweifel: Was sich hier als ‚neue‘ Kritik offeriert, steht auf dem Boden alter, erschütterter Realitäten und geht auf sehr gebrechlichen Stelzen einher“ (139).

W.s kritische Argumentation besitzt — und das ist vielleicht ihr größtes theoretisches Verdienst — eine Dimension, die über ihren unmittelbaren Gegenstand hinausführt. Und zwar legt sie am Beispiel der Neuen Kritik die innere Beziehung zwischen Positivismus, Phänomenologie und Irrationalismus frei (s. bes. 129 ff.). Die Neue Kritik, die — in ihrem methodologischen Ansatzpunkt — als ästhetizistischer Positivismus beginnt (der Text selbst als autoritatives Faktum und ausschließliches Kriterium — als „Datum“ in der Sprache der Positivisten), endet mit der „Abschaffung verifizierbarer wissenschaftlicher Forschungsweisen“ überhaupt (128), die „agnostische Verzweiflung“ des Positivisten wird zum „Vorwand symbolischer Willkür“ (109) und führt namhafte Vertreter der Bewegung in eine bedenkliche Nähe zur Lebensphilosophie, Existentialontologie und anderen Formen eines geschichtsfeindlichen Irrationalismus.

Die theoretische Anwendung liegt auf der Hand: Der Gegenstand des Positivismus, das isolierte Faktum, ist inhaltslos. Er kann nur formale Gültigkeit besitzen. Einen rationalen Inhalt hätte er allein von einem vorgegebenen oder postulierten Ganzen her — der Geschichte. Soll er lediglich von sich selbst her Inhalt oder „Bedeutung“ erhalten, so muß ihm diese magisch zugesprochen werden. Der Gegenstand des Positivismus muß dämonisiert werden, um ohne Bezug auf Geschichte Bedeutungsträger sein zu können. Er verwandelt sich in einen Fetisch. Die Neue Kritik endet daher folgerichtig als Fetischisierung der literarischen Form. Die Antwort darauf ist allein Geschichtsphilosophie. Diese aber ist — heute mehr als je vorher — nur als Aufklärung möglich. Thomas Metscher (Belfast)

Kesting, Marianne: Vermessung des Labyrinths, Studien zur modernen Ästhetik. Bd. 20: Fischer doppelpunkt, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M., 1965 (182 S., kt., 7,80 DM).

Ionesco, Eugène: Argumente und Argumente, Schriften zum Theater. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin, 1964 (265 S., Pb., 19,80 DM).

Marianne Kestings Veröffentlichung enthält materialreiche Studien zum ästhetischen Absurdismus von Flaubert bis Beckett. Unkritisch vorausgesetzter Ausgangspunkt ist der „Zusammenbruch des harmonisierenden Weltbildes der Aufklärung“, den die manieristische Metapher des Labyrinthes „registriere“. „In der unendlichen Verschachtelung und Verrätselung der labyrinthischen Gänge drückt sich die Unüberschaubarkeit des modernen Weltgeprägtes aus.“ Zwei Mo-

mente bestimmen die ästhetische Position der Verfasserin und damit zugleich die Grenze der ihr möglichen Einsichten: zum einen ihr Bekenntnis zur „absoluten, autonomen Kunst“, zum andern ihre Aneignung der Theorie vom „Ende der Geschichte“. Dieses Ende — dessen Verkündung dem Fortschritt die schneidendste Absage erteilt — erfüllt sich im widersinnigen Reich der „Industriegesellschaft“, die sich „unter der Maske des Kapitalismus wie des Sozialismus, auf die Stagnation ihrer Position, auf Befestigung und Erstarrung“ zubewegt. Indem die Verfasserin so, in vulgärsoziologischen Klischees sich bewegend, den Widersinn geschichtsphilosophisch auf den Thron gehoben hat, beraubt sie sich aller Möglichkeit, die ästhetischen Konstruktionen des Absurden ihrer ideologischen Relativität und Heteronomie zu überführen. Ohne Vermittlung mit ihrer geschichtsphilosophischen „Rahmenhandlung“ bleiben aber so die bei den absurdistischen Autoren aufgeführten „Gleichnisse des Daseins überhaupt“. Die Vermittlung hätte gezeigt: der Absurdismus geht im Grunde konform.

Unterm Gestus einer beißenden Kritik, die nichts Bestehendes verschont, kommt in Jonescos „Argumente und Argumente“ ein zynischer Konformismus hervor. Sein Haß gilt der Vernunft, den Intellektuellen, den „Papierbarrikaden der Ideologie“, der Politik, der Geschichte, vor allem aber dem Marxismus. Wenn nicht über den Tod gesprochen wird, „das wesentliche Merkmal des Menschen“ (224), „die offensichtlich ewige Realität“ (27), versteht keiner den andern. Immer ist jeder allein. Wer die Dinge in der Welt ernst nimmt, ist „Marionette“ oder „Papagei“. Denn zumal die politische Wirklichkeit wird „von den Büros aus gemacht“. „Von versteckten Orten aus, an denen einige Eingeweihte die Sache ausgeheckt haben, werden Parolen in Umlauf gesetzt“ (221). Geschichte ist für Jonesco „eine ununterbrochene Folge von Verirrungen . . . Sobald sich eine Idee oder Absicht in der Geschichte verwirklichen will, verwandelt sich diese Idee oder Absicht in ihr Gegenteil. Sie wird ungeheuerlich“ (228). „Hielte man sich an die Geschichte, gäbe es keinen Halt. Wir würden vom Sog der geschichtlichen Fluten hin- und hergerissen. Wir wären den Winden und Gezeiten ausgeliefert und ohne Richtung. Oder aber bewegungslos in der versteinerten Geschichte. Ich glaube, es gibt einen Polarstern, der uns hilft, uns zu orientieren. Er steht weit über den Fluten“ (229). „Allein die Kunst und die Wissenschaft sind wahr“ (263). Aber was können Kunst und Wissenschaft, wenn alles andere unwahr ist, jetzt noch bedeuten? Jonesco verweist jene auf den Positivismus, diese auf die Mythologie der „Grundgegebenheiten“ Tod, Konflikt („aber man würde seine Ursache nicht erfahren“ 213), Spaltung der Menschen, Subjektivismus auf jeder Ebene, Angst. Die derart von Grund auf parteiisch aufgefaßte Kunst nennt Jonesco „unparteiische Aktivität, so wie sie jedem bekannt ist, der Fußball, Karten, Mensch-ärgere-dich-nicht usw. gespielt hat“ (7). Die Bauformel der Wirklichkeit, wie sie im Kunstwerk erscheinen soll, das den Blickpunkt „von außerhalb“ aufs Dasein bezeichnet, basiert auf der Unmöglichkeit von Vereinigung und Aufhebung: „Abstrakte These gegen abstrakte

Antithese. Ohne Synthesen“ (227). Es ist dies die Formel für die Konstruktion des Absurden.
Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

Mordstein, Friedrich: Menschenbild und Gesellschaftsidee. Zur Krisis der politischen Ethik im 19. Jahrhundert. Kohlhammer Verlag, Stuttgart-Berlin 1966 (248 S., Pb., 27,50 DM).

Die Fiktion einer allgemeinen „Bedrohung“ durch „Terror und Gewaltvergötzung“, die 1789, 1917 und 1933 geschichtlich wirksam geworden sein soll, möchte der Verfasser durch die These einer zunehmenden „Entartung“ des „Menschenbildes“ und der „Gesellschaftsidee“ und zwar „im Verlauf der letzten 150 Jahre europäischen Denkens“ begründet wissen. Demgegenüber entwirft der Verfasser die Vorstellung einer „übergreifenden Menschenlehre“, derzufolge „politischer Ethik“ das „Recht und die Pflicht zum unbeirrten Widerstand“ gegeben sein soll. Dieser Zusammenhang wird nicht eigens bestimmt, er bleibt im Hintergrund einer Kritik der Theorien des 19. Jahrhunderts. Diese haben einen „Zustand der Krise“ gesellschaftlicher Wirklichkeit beschrieben und befördert, der dadurch „gefährlich“ ist, daß „in ihm etwas ist, das nicht sein sollte und etwas nicht ist, das sein sollte“. Nietzsche, Saint-Simon, Marx und Treitschke gelten dem Verfasser als exemplarisch: „sie alle stoßen nicht zum Ganzen vor, d. h. zu einer integralen Gesellschaftsidee“ und ihr Menschenbild ist „pervers“. Allen voran habe Marx hinsichtlich einer Gesellschaftstheorie „keine Vorstellung präziser Art, kein Ordnungsbild, sondern nur eine Utopie von ihr. Dieses merkwürdige Vakuum hat seinen Grund im Marx'schen Menschenbild, das beherrscht ist vom Prinzip der Verantwortungslosigkeit des einzelnen Menschen gegenüber der Übermacht der Verhältnisse um ihn, die er ja doch nie durchbrechen kann“. Der Verfasser lehrt seit 1960 an der P. H. Augsburg Philosophie.

Bernhard Heidtmann (Berlin)

II. Soziologie

Bahrtdt, Hans Paul: Wege zur Soziologie. Sammlung Dialog, Nymphenburger Verlagshandlung, München 1966 (295 S., Pb., 14,80 DM).

Nach Schelsky (Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf-Köln 1965) nun eine Art Bahrtdt-Retrospektive. Nach Dahrendorf (Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. Vgl. Argument 39), Claessens-Klönne-Tschoepe (Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland. Vgl. Argument 37) und Bolte (Deutsche Gesellschaft im Wandel, Opladen 1966) ein weiteres Deutschlandbuch eines Soziologen auf Nachkriegs-Lehrstühlen, das zugleich mit einer Beschreibung oder Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik soziologische Denkweise vermitteln will. Ausdrück-

licher noch als jene möchte die vorliegende Schrift über die Zunft der Soziologen hinaus wirksam sein: geradezu als „Soziologie für Nichtsoziologen“ fungieren, „an die Soziologie heranführen“ diejenigen, die „nach Feierabend“, aber „nicht nur aus bloßer Neugier oder Bildungsbeflissenheit“ wissen wollen, was Soziologie ist und was nicht (10 ff.).

Ungemein flüssig geschrieben und sehr materialreich — so, daß es dem Lehrer für den politischen Unterricht und dem gewerkschaftlichen Bildungssekretär für den Wochenendlehrgang auch als brauchbare Stoffsammlung dienen kann — bietet das Buch Informationen und Reflexionen zu den meisten Themen an, die heutzutage von der sogenannten interessierten Öffentlichkeit diskutiert werden. Am raschen Bevölkerungswachstum etwa und an der fortschreitenden Verstädterung, an der Änderung der Erwerbsstruktur und den modifizierten Arbeitsverhältnissen in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft, an den wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen „einer entfalteten Industriegesellschaft“ wie am Bildungsnotstand soll immer wieder das Verfahren einer „praktisch verwertbaren Tatsachenswissenschaft“ (13) vorgeführt und mit dem Leser exerziert werden.

Für die gesellschaftliche Entwicklung Zentrales und Epiphänomene erregen dabei gleichermaßen das Interesse des Autors, ohne daß doch immer dem Leser klar werden dürfte, welche Stellenwerte die beschriebenen Tatsachen haben, ohne daß auch — wie es prismatischem Verfahren eher gelänge — am Detail jeweils die spezifische Erfahrung von Gesellschaft zwingend aufginge. Gleichwohl besticht die durchgängige „soziologische Vernünftigkeit“ und Humanität des Pragmatisten gerade am entlegenen Detail: wenn Bahrdr z. B. nach einer kritischen Analyse der auch in der Soziologie akzeptierten Auffassung von den vorherrschenden Familienformen und -Funktionen die krassen „Fehlkonstruktionen im Wohnungsbau“ aufspießt und eine genaue betriebswirtschaftliche Untersuchung des großstädtischen Arbeitnehmerhaushalts fordert, „und zwar im Hinblick auf seine Rationalisierungs- und Technisierungsmöglichkeiten“ (91), so spürt man das Engagement für ein menschenwürdigeres Leben. Das gilt erst recht für die Passagen über die innerbetriebliche Herrschaftsausübung und die „Demokratie als Bildungs- und Informations-Problem“. Will man schätzen, daß nicht *ad calendae Graecas* vertagt werde, was ohne „großartige, aber unbeweisbare Zukunftsvision“ (12) auch heute schon in den realen Lebensverhältnissen zu verbessern ist, so muß man sich doch der Systemimmanenz gegenwärtig sein, worin die kleinen Schritte vom großen Sprung nach vorn sich unterscheiden.

Bahrdrd liebt es, die verbreiteten, oft genug auch wissenschaftlich „untermauerten“, Vorurteile so lange statistisch aufzubrüseln und „zum Teil auch ganz einfachen Alltagserfahrungen“ auszusetzen (94), bis eine verfälschende Simplifizierung differenziert, eine ideologische Verklärung verdunstet ist. Das ist die unbestreitbare Stärke dieses Buches. Die Schwäche — es ist die gegenwärtiger Soziologie überhaupt — liegt keineswegs in der bewußten Popularisierung, um die

man ihres praktischen Potentials wegen nur froh sein sollte, sondern in der Abkapselung von ökonomischer Analyse. Auch wenn bei Bahrndt der Klassenbegriff nicht schlankweg zugunsten der Kategorie sozialer Schichtung aufgegeben ist, so hat er doch den wesentlichen Inhalt eingebüßt, den Marx im Sinn hatte: daß unterm Kapitalismus die Menschen bloße Personifikationen ökonomischer Kategorien, sie des gesellschaftlichen Prozesses selber nicht mächtig sind. Ohne einen derart aufschließenden methodischen Ansatz ist es fraglich, ob über bloße Beschreibung sozialer Tatsachen weit hinauszukommen ist.

Ein von H. P. Dreitzel sehr sachkundig geschriebenes bibliographisches Kapitel gibt „für den Anfänger“ einen ausgezeichneten Überblick über die soziologische Literatur, der auch im Studium schon Fortgeschrittenen empfohlen sei. Sebastian Herkommer (Berlin)

Thomas, William I.: Person und Sozialverhalten. Hrsg. v. Edmund H. Volkart. Luchterhand Verlag, Neuwied, Berlin 1965. Soziologische Texte 26. (426 S., kart. 18,— DM).

Social Behavior and Personality. Contributions of W. I. Thomas to Theory and Social Research. Ed. by Edmund H. Volkart. Social Science Research Council. New York 1951. (VII, 338 S.).

Coser, Lewis A.: Theorie sozialer Konflikte. Luchterhand Verlag Neuwied, Berlin 1965. Soziologische Texte 30. (195 S., kart., 14,80 DM).

Coser, Lewis A.: The Functions of Social Conflict. The Free Press of Glencoe. New York 1964. (188 S., paperback., 1,95 \$).

William Isaac Thomas (1863—1947) gehört zu den Begründern einer streng erfahrungswissenschaftlichen Soziologie. Nach Auflösung der universalistischen Gesellschaftslehren Comtes und vor allem Spencers hatte die amerikanische Soziologie den Gegenstand der Disziplin zunächst in einem „pluralistischen“ Handeln und Verhalten gesehen, eine Konzeption, die die alte Ideologie nur scheinbar hinter sich ließ und zudem eine empirisch nachvollziehbare klare Identifizierung solcher Interaktionen kaum zuließ, somit auch ihre Absicht, verwertbares Wissen zu liefern, abstrakt ließ. In der Überwindung dieser älteren Theorien ist Thomas, neben G. H. Mead, bahnbrechend. Was in der neuesten wissenschaftstheoretischen Kontroverse zwischen „Positivisten“ und „Dialektikern“ von dieser Seite differenziert entwickelt werden muß und von jener zuweilen abgewehrt wird, daß eine nur empirisch-analytisch verfahrenende Soziologie und die sozialtechnische Verwertbarkeit ihrer Informationen wahlverwandt sind, tritt hier naiv und unmittelbar zutage: „Wenn... die Entwicklung der Gesellschaft schneller wird und die Krisen häufiger und mannigfaltiger, dann muß einer jeden von ihnen mehr oder weniger adäquat begegnet werden, denn sie sind allzu verschieden und häufig, um nicht das soziale Leben zu gefährden, wenn sie nicht rechtzeitig kon-

trolliert werden“ (63 f dt. Ausg.). „Wir müssen in der Lage sein, zukünftige Situationen vorzusehen und uns auf sie vorzubereiten . . . Das bedeutet, daß wir eine empirische und exakte Sozialwissenschaft für die mögliche Anwendung bereithalten müssen“ (70). „Wenn wir zu wissenschaftlichen Erklärungen kommen wollen, dann müssen wir bedenken, daß unsere Tatsachen so bestimmt werden müssen, daß sie allgemeinen Gesetzen untergeordnet werden können . . . [Nur dann kann Sozialtheorie] Grundlage einer Sozialtechnik werden“ (80). Thomas geht in seinen prinzipiellen Aussagen über menschliches Tun vom empirisch zu fassenden Sinnmoment eines Handelns aus, in dem sich subjektive Einstellungen und objektivierte, handlungsleitende Werte verknüpfen. Im Anschluß daran formuliert er ferner Postulate über intersubjektives Handeln, das er als situatives bestimmt, derart, daß sich subjektive Situationsdefinitionen miteinander verschränken und als gemeinsame objektive Definitionen der Handlungssituation hervorbringen, welche sich zu allgemeinen Normen verselbständigen, die ihrerseits in subjektive Lagedefinitionen eingehen. Dieser Ansatz, der für die Hauptphase Thomas'cher Theoriebildung charakteristisch ist und dessen immanente Widersprüche sich in vielfachen begrifflichen Äquivokationen und häufigen, behavioristisch oder normativistisch durchwirkten Inkonsequenzen ausdrücken, ist im vorliegenden Sammelband gut dokumentiert. Endlich gibt die Sammlung, die mit Ausnahme der frühesten Arbeiten von Thomas einen Querschnitt durch sein Gesamtwerk bietet, darüber Auskunft, daß die empirischen Studien und Skizzen von Thomas (und seinen Mitarbeitern, besonders Znanieckis) nur sehr begrenzt seinen methodologischen Forderungen gefolgt sind, durchaus zum Vorteil der Akkumulation von Erfahrung. Sie stellen im Grunde meist Selbstverständigungsversuche des Amerikaners im Angesicht gesellschaftlicher Problemscheinungen (der Einwanderung, der Fehlanpassung z. B.) dar. Dererlei ist mit empirischem Material, das der „introspektiven“ Methode dient (Lebensgeschichten nichtangepaßter Mädchen z. B.), gut, ja geradezu süffig dokumentiert: „Fall Nr. 37 zeigt Verzweiflung, Nr. 38 Revolte und Nr. 39 ein ungewöhnlich wildes Verhalten“ (316). Die Einleitung von Volkart ist informativ, die Übersetzung problematisch. Wir sehen ab vom fast durchgängigen Wegfall der häufigen Auslassungshinweise der Originalsammlung, der Kürzung und Unzuverlässigkeit des Sachregisters, der willkürlichen Verwendung von Auszeichnungsschrift — was möglicherweise alles Schuld des Verlags ist —, ferner von weniger problematischen Übersetzungs- und offenkundigen Satzfehlern und weisen nur auf einige sinnverändernde Übertragungsfehler hin, die sich, neben anderen dieser Art, auf 10 Textseiten finden: aus einer „activity of the individual“ wird eine „Behandlung des einzelnen“ (50 engl., 75 dt. Ausg.); hält Thomas es für das Ideal der Sozialtheorie, besondere (gesellschafts- und geschichtsspezifische) „Gesetze“ allgemeinen sozialwissenschaftlichen Gesetzen unterzuordnen, den Zwang der historischen Veränderung, nach zusätzlichen Gesetzen zu suchen, in Rechnung stellend („taking into account“), so formuliert die Über-

setzung ein wenig sinnvolles methodologisches Postulat: „Dabei (beim Unterordnen) „soll die historische Entwicklung . . . berücksichtigt werden“ (55/82). Wenn Thomas zugesteht, daß außer der subjektiv rationalen Konstruktion von Handeln „it happens, indeed, that a certain value imposes itself immediately“, so macht die Übersetzung daraus eine Identität beider Verhaltensarten: „So kommt es schließlich dazu, daß ein bestimmter Wert . . .“ (58/85). Für wissenschaftliche Arbeiten benutze man daher besser die Originalausgabe.

Das Buch von Coser, erstmals 1956 erschienen, liegt jetzt auch in einer amerikanischen Paperback-Ausgabe und in einer deutschen Ausgabe vor. Die Übertragung durch Sebastian und Hanne Herkommer, die sich der mühevollen Arbeit der Identifizierung ursprünglich deutschsprachiger Zitate unterziehen mußte, ist ungleich zuverlässiger als die Thomas-Übersetzung. Eine Inhaltsanzeige des bekannten, inzwischen sozusagen schon „klassischen“ Werks ist eigentlich überflüssig. Coser zeigt zunächst auf, daß der Wandel der gesellschaftlichen Rolle der Soziologie zu einer Wissenschaft, deren Ergebnisse administrativ genutzt werden, eine Vorherrschaft integrationsorientierter Forschung nach sich gezogen hat, und widmet den Hauptteil des Buches der Untersuchung von Konfliktfunktionen in sozialen Systemen, wobei Simmels Arbeit über den Streit reinterpretiert wird. Durchaus im Anschluß an die kritisierte Integrationsorientierung der Soziologie konzentriert sich Coser auf die systemerhaltenden Typen und Funktionen sozialer Konflikte, wobei Gedanken, die den strukturalistisch-funktionalistischen Ansatz sprengen könnten, auftauchen, aber keine zentrale Bedeutung gewinnen.

K. H. Tjaden (Marburg)

Regau, Thomas: Menschen nach Maß. Werkstoff Mensch im Griff einer seelenlosen Wissenschaft. Bechtle Verlag, München und Eßlingen 1965 (208 S., Ln., 16,80 DM).

Das Buch setzt ein mit der Frage Kästners, was von einer Epoche zu halten sei, die „eisern“ von der Wissenschaft und ihrem „Fortsturz“ regiert werde. Diese als „seelenlos“ qualifizierte Wissenschaft führe „einen permanenten Angriff auf den Menschen“ (87); solcher technischer Barbarei müsse daher eine Anthropologie entgegengestellt werden, welche die „Unantastbarkeit des Menschen“ und das „dem Menschen eigene Wertesystem“ (184) zu retten vermöge.

Was damit gemeint ist, wird nie recht klar. Die Richtung weist, was der Verfasser in seinen leidenschaftlich, mitunter aber genauso dunkel formulierten Gedanken angreift: die Genetiker, die den Menschen nach Maß und nach dem Maß der Technik schneiden wollen (22); die Behavioristen, deren mechanistische Auffassung vom „Antrieb“ und vom Glück die manipulative Verwendung von Beruhigungsmitteln oder aber Stimulantien in der Kriegführung vorbereitet habe (56); die technische Produktion und die Industrialisierung der Freizeitphase — „die Fabrik, die ihm Zeit schenkt, hilft dem Menschen, die Zeit auch wieder zu verbrauchen“ —; die Astronautik, weil

sie Kriegsvorbereitung bedeute (145); aber auch pauschal die Methoden der empirischen Sozialforschung. Regau verfällt in bekannte Klischees, wenn er die Fragebogentechnik als „moderne Inquisition“ bezeichnet, und Kinsey („Produktionsstatistik über den Orgasmus“) den Vorwurf macht, seine Befragten nach ihren intimsten Sexualgewohnheiten ausgeschnüffelt zu haben (91).

Technik, absolut gesetzt, steht absolut gesetzter humanitärer Norm unvermittelt und absolut böse gegenüber. Es bleibt dem Verfasser der gute Wille eines Kulturkritikers zu bescheinigen, der viel von der Verselbständigung der Wissenschaft und ihrer manipulativen Verwendbarkeit, aber wenig von den gesellschaftlichen Verhältnissen weiß, die solches hervorbrachten und immerzu perpetuieren.

Rolf Czeskleba (Berlin)

III. Psychologie

Dichter, Ernest: Strategie im Reich der Wünsche. Ungekürzte Ausgabe, (Lizenzausgabe des Econ Verlages) dtv Bd. 229/30, München 1964, (353 S., kart., 4,80 DM).

Dichters Strategie ist eine der entwaffnend naiven Anpassung an Gesellschaft als Naturgeschehen: „Also bedeutet korrekte Lebensweise eine ständige Anpassung an die Welt . . . Es gibt nur eine richtige Lebensweise, in kraftvollen Zügen mit dem Strom zu schwimmen. Dazu bedarf man keiner besonderen Hilfsmittel, man ist Teil des Lebens und zieht mit ihm weiter. Dieser Einstellung entspringt eine völlig neue, unbekannte und dynamische Form der Sicherheit. Es ist die einzig wahre Lebensweise, die mit den Grundgesetzen menschlicher Art — ewiges Reifen und Wachsen — harmonisiert. Sie ist korrekt, denn sie stimmt mit der restlichen Welt und ihrer wahren Bedeutung überein, geht Hand in Hand mit ihr. Der einzelne schöpft daraus Kraft und Stärke, um den ihm zugewiesenen Platz zu akzeptieren und die unveränderlichen Eigenwerte zu erkennen. Aus dem Anfangsstadium einer gottähnlichen Kreatur fördert die richtige Lebensweise ein glorreiches Endprodukt zutage: den Menschen“ (245 f).

Dichter geht von der Undurchsichtigkeit der Gesellschaft aus, zu der er, sicher mit bestem Wissen und Gewissen, beiträgt: „Wir wissen nicht mehr, sind wir Herren oder Sklaven unseres Geschickes“ (179). Da diese Undurchsichtigkeit zur „Furcht vor der Realität“ (221) führt, muß der Sozialforscher etwas dagegen tun. Dabei soll er sich des bewährten Prinzips von „Ordnung und Vereinfachung“ (221) bedienen. Die Desorientierten greifen nach der produzierten Warenwelt und staffieren sich damit aus. Die Brücke zwischen dem vorbegrifflichen Interesse der Subjekte und dem gesellschaftlichen Funktionsablauf schlägt die Motivanalyse. Dichters Traum (vom „psycho-ökonomischen Zeitalter“ [179 ff.]) sind Menschen, die ihr Selbstbewußtsein aus dem Sich-Einkaufen in eine Warenhierarchie beziehen (93 ff.):

„Oft übersehen wir die Tatsache, daß in Amerika die Markenartikel beinahe ein Ersatz für Adel und Stammbaum geworden sind“ (93).

Das Ideal dieser ökonomischen Verhaltensforschung ist die endgültige Funktionalisierung der Menschen auf dem Wege der Verwertung ihrer Emotionalität. Der bedingte Reflex soll das durch Reflexion vermittelte potentiell autonome Verhalten ersetzen: „Im Endeffekt beeinflussen Gegenstände unser Leben im motivlicher Hinsicht mindestens ebenso stark wie ein Ödipuskomplex oder Kindheitserlebnisse“ (95). Das „Motivationsdenken“ (15), die soziefunktionale Manipulation der kurzfristigen, emotional determinierten Interessen der Subjekte, ist der Kitt dieser Gesellschaft, das irrational-narzißtische Subjekt „das Rohmaterial, mit dem wir arbeiten“ (9). Denn: „Im Endeffekt kommt dies doch der Wirtschaft des ganzen Landes und der schöpferischen Zufriedenheit des einzelnen zugute“ (13). Das ist das „anständige Ziel“ (13), welches diese Anthropologie des homo consumans verfolgt; die schöpferische Zufriedenheit erschöpft sich in dem geschlossenen Funktionskreis Bedürfnis — Ware, der das beglückende Dazugehörigkeitsgefühl vermittelt.

Freilich ist Dichter die politische Gefahr des stereotypisierten Bewußtseins bekannt, und er hält politische und psychologische Unabhängigkeit eigentlich für wünschenswert (307). Doch kann er sich Reste von Skrupeln, die ihm bei dieser Menschenbehandlung kommen (z. B. 282), dadurch ausreden, daß er sich von seiner Gesellschaft den Wert, der gute und schlechte Stereotype unterscheidet, vorgeben läßt, das Ökonomisch-Funktionale ist gut.

In Dichters Gesellschaftsbild ist für ein integriertes Bewußtsein, das die Einheit der Widersprüche symbolisch bewahrt, kein Platz. Er sagt das in seiner Sprache, eine „Neuformung unserer Moralbegriffe“ fordernd, indem er auf die mythologische Vorstellung von der Entstehung des Bewußtseins rekurriert: „Wir müssen unsere Urschuld, die Erbsünde, vergessen“ (286 f.). Dichter braucht als moralische Grundlage seiner Gesellschaft infolgedessen nur noch ein „psychologisches Credo“: „Die wichtigste Botschaft, die ein Psychologe verkünden kann, lautet: auch innerhalb menschlicher Grenzen, in der Treitmühle von Fabrik, Büro, Konferenzraum, ja selbst in den scheinbar sinnlosen Strapazen gesteigerten Wettbewerbs hat das Leben einen tiefen und reichen Sinn. In jedem von uns ist dieser Sinn verborgen. Wir müssen uns ganz bewußt bemühen, ihn zutage zu fördern, damit sein tiefes Leuchten all unser Tun und Denken überstrahle. Zu wissen, daß hinter unserem Mühen, Streben, unseren Sorgen und schwachen Versuchen ein hoher Sinn steht, daß wir Angst, Niedergeschlagenheit, Leere und Enttäuschung mit eigener Kraft überwinden können, ist die größte Offenbarung auf dieser Erde. Nur wenn ein Mensch sich dessen sicher ist, wird er zum Herrn des eigenen Lebens“ (296).

Ohne gesellschaftlich organisierte Hilfsstellung ist diese moralische Aufrüstung nicht möglich; das Ökonomisch-Funktionale soll sich z. B. des Patriotismus als Integrationsmoment bedienen. Daß leider „das Symbol der Freiheitsstatue . . . durch viele Ereignisse befleckt“ wur-

de (302), ist insofern nur eine Herausforderung des beruflichen Ehrgeizes und Sendungsglaubens: „Wir müssen positive Auslegung schaffen“ (303). Die emotionale Vermittlung ist auch schon vorgesehen: „Amerika braucht personifizierte Helden“ (303); diese schaffen, das wissen wir aus eigener Erfahrung, die für Dichters Gesellschaft vorgesehene unmittelbare Verbindung von Emotion und Ökonomie am wirkungsvollsten. Vielleicht sollte man auf Dichter, den Pionier der Motivforschung, zurückkommen, wenn die Formierung hier — psychologische — Schwierigkeiten macht, die sich klinisch heilen lassen (54). Oder er verkauft uns jene Helden, die, an Vaterimagines anknüpfend, Opfer fordern und erhalten, weil ihnen die säkularisierte Heilandsrolle mit der Elle des psychologischen Credo auf den Leib geschneidert wird; personifiziert verkauft sich die verdinglichte Autorität besser.

Dichter hat die Bewußtseinsstufe, deren Manager er ist, bereits erreicht. Die gleiche (Zweck-)Rationalität, die er als „Maschinenungeheuer“ verketzert: sie sei „Illusion“ (116 ff.), in ihr läge kein Glück, ist der herrschende Zug seines eigenen Denkens, das die Reflexion auf sich selbst schon geopfert hat. Klaus Horn (Frankfurt/Main)

IV. Soziale Bewegung und Politik

Arendt, Hannah: Über die Revolution. R. Piper & Co. Verlag, München 1965, (426 S., Ln., 24,80 DM).

Man hätte sich das Problem gestellt, ein Buch zu schreiben, das gegen die französische Revolution, die ihr nachfolgenden und gegen die russische Revolution aufs schärfste polemisiert, gleichwohl aber „Revolution an sich“ gut heißt, und man verfare wie Hannah Arendt. Revolution wird wie folgt definiert: „... nur wo durch Wechsel ein Neuanfang sichtbar wird, nur wo Gewalt gebraucht wird, um eine neue Staatsform zu konstituieren, einen neuen politischen Körper zu gründen, nur wo der Befreiungskampf gegen den Unterdrücker die Begründung der Freiheit wenigstens mitintendiert, können wir von einer Revolution im eigentlichen Sinne sprechen“ (41/42). Die für Arendt bedeutsamsten Kriterien sind „Neuanfang“ und „Freiheit“; konsequent wird im Laufe des Buches „interpretierend dargestellt“, daß in der französischen und russischen Revolution einerseits etwas „schon Dagewesenes“ wiederhergestellt wurde, andererseits Freiheit wegen der „Vorherrschaft der sozialen Frage“ durch die „Kategorie der Notwendigkeit“ ersetzt wurde.

Besonders „verderblich“ war der „Einfluß“ Marxens „auf den konkreten Ablauf aller Revolutionen im 20. Jahrhundert“. „In der Geschichte der menschlichen Freiheit wird Marx' Platz so zweideutig bleiben wie die Revolutionen, die durch seine Lehren inspiriert wurden. Zwar hat niemand so überzeugend die soziale Frage politisch gedeutet wie der junge Marx, niemand auch so zündend von dem Elend der Massen als dem Resultat menschlichen Unrechts, von Un-

terdrückung und Ausbeutung gesprochen wie er; aber es war schließlich der gleiche Marx, dem in eigentlich allen Schriften nach dem *Kommunistischen Manifest* der echt revolutionäre Elan seiner Jugend in pseudowissenschaftlichen, ökonomischen Begriffen erkaltete. Wo man bisher nur die ewig gleichen Naturbedingungen menschlichen Lebens auf Erden gesehen hatte, hat er als erster die Willkür der Gewalt und Unterdrückung entdeckt; aber dies hat ihn am Ende auch nur dazu geführt, das eiserne Gesetz historischer Notwendigkeit in jede Gewalttat und jede Vergewaltigung hineinzuzinterpretieren. Und da er noch . . . die Notwendigkeit im Sinne der zwingenden täglichen Notdurft des Lebensprozesses verstand, hat er schließlich mehr als irgend jemand sonst dazu beigetragen, der politisch jedenfalls verderblichsten Lehre der Moderne, daß das Leben der Güter höchstes und daß der Lebensprozeß der Gesellschaft Zweck und Ende aller Politik sei, zu einem endgültigen Siege zu verhelfen“ (79). Dialektik kann kurz aus Marx'scher Eitelkeit erklärt werden: „Es war schließlich noch der Wissenschaftler in Marx, der Ehrgeiz, seine ökonomische Wissenschaft im gleichen Rang mit den Naturwissenschaften und ihren notwendigen Gesetzen zu etablieren, die ihn dazu führte und verführte, seine eigenen Kategorien nach Bedarf auf den Kopf zu stellen“ (81). — Lenin gab trotz „marxistischer Verbohrtheit“ und „Ideologiebesessenheit“ ein Beispiel „staatsmännischer Begabung“ als er, wenn auch nur kurzfristig, „alle Macht den Räten“ zu geben versprach. Dies zeigt zugleich, wie „Freiheit“ nach Arendt konkret aussieht, was sie einzig in der amerikanischen Revolution, die „trotz ihrer wahrhaft triumphalen Erfolge über eine gleichsam lokale Bedeutung kaum hinausgekommen ist“ (69), verwirklicht sieht. So kann sie großzügig anschließen, daß es „ . . . bekannt sei, daß die Vereinigten Staaten . . . zu den wenigen Ländern gehören, in denen sich das Zwei-Parteien-System bewährt hat“ (344) und auch, daß es „sich inzwischen herumgesprochen hat, daß die atlantische Zivilisationsgemeinschaft vermutlich die letzte Chance abendländischer Kultur ist“ (278). Die „seltsam prophetisch klingenden Worte“ John Adam's gegen Materialismus und Atheismus werden von Arendt selbstverständlich nicht zur Charakterisierung Amerikas angeführt: „Ist es nicht vielmehr das sicherste Mittel, das Morden so gleichgültig zu machen wie das Schießen von Spatzen und die Ausrottung des Rohilla Volkes so unschuldig wie das Verschlucken von Milben auf einem Stück Käse?“ (247).

Arendts eigenes politisches Programm sieht, soweit es sich nicht gänzlich mit dem amerikanischen Beispiel deckt, eine Welt vor, in der „die Elite des Volkes“ „Stimme hat im Gang der Welt“. Womit für die einen, nämlich die Elite, Freiheit zur Politik, für die anderen, die nur am „Privaten“ interessierten, die „negative Freiheit von Politik“ „Substanz und Realität“ erhielten (360).

Frigga Haug (Berlin)

Körner, Heiko: Kolonialpolitik und Wirtschaftsentwicklung. Das Beispiel Französisch Westafrikas, Stuttgart:

Gustav Fischer Verlag 1965 (Ökonomische Studien, Bd. 10), (307 S., kart., 42,— DM).

Als Regionalstudie dürfte diese Arbeit den üblichen Anforderungen bürgerlicher Sozialwissenschaft gerecht werden: durch ihren Materialreichtum und durch die sehr detaillierten Literaturhinweise ist sie zweifellos eine Fundgrube für jeden, der sich mit Problemen des Imperialismus und Kolonialismus befaßt.

Aber so sachkundig auch die ökonomischen Beziehungen zwischen Frankreich und seinen ehemaligen westafrikanischen Kolonien beschrieben werden, so fragwürdig muß der grundsätzliche wissenschaftstheoretische Ansatz des Autors bleiben. Für seine eingangs aufgestellte Behauptung, die Kolonialherrschaft habe „den tropischen Ländern den Fortschritt nicht vermittelt“ (1), bringt er hinreichende Belege. Aber der Abstand, den er gegenüber der offenen Apologie des Kolonialismus zu wahren sucht, indem er Kolonialherrschaft mit dem sozioökonomischen Fortschritt der Kolonien grundsätzlich für unvereinbar erklärt, weil selbstverständlich Intentionen und Funktionen kolonialer Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse dem diametral entgegenstehen, führt ihn zu eigenartigen Konsequenzen. Weil nämlich der Kolonialismus gar nicht die Absicht hatte, die unterjochten Gebiete zu fördern, ist nach K. auch eine Analyse, die Kritik der kolonialen Ausbeutung intendiert, unhistorisch, denn „historische Sachverhalte des sozialen Lebens... können nicht dadurch beurteilt werden, daß sie mit Theoremen und Postulaten konfrontiert werden, die ihnen wesensfremd sind“ (10). So muß nach K. „der Wert einer Fragestellung, die zur direkten Kritik der Kolonialpolitik... vom Standpunkt heutiger... Entwicklungspostulate führt, ... als gering eingeschätzt werden“ (3). Indem K. aber versucht, den französischen Kolonialismus mit „wesenseigenen“ Theoremen zu konfrontieren, kommt er zu einer konsequent systemimmanenten Analyse, deren kritischer Impetus sich auf die Überprüfung der Zweckrationalität eines Ausbeutungssystems beschränkt und die damit notwendigerweise zur partiellen Apologie des Kolonialismus — auch in seiner heutigen Form — führt: aus der postulierten Objektivität der „Wirklichkeitswissenschaft“ wird so ein durchaus handfester kapitalistischer Subjektivismus.

Zusätzlich werden in dieser Arbeit noch eine Reihe alter Koloniallegenden reproduziert: so ist z. B. nach K. die Phase des Merkantilkolonialismus „sowohl für die afrikanische als auch die europäische Wirtschaft nur am Rande bedeutsam“, denn es wurden von den Europäern ja nur „für die afrikanische Subsistenzwirtschaft nicht direkt bedeutsame Güter wie Gold, Elfenbein, Pfeffer, Sklaven (sic!)“ angeeignet (34). Daß diese gegen Tand, Luxusgüter oder Schnaps nichtäquivalent eingetauschten bzw. einfach geraubten Waren (incl. Ware Arbeitskraft) wesentliche Beiträge zur frühen Kapitalakkumulation in Europa leisteten, daß die Slavenarbeiter in den amerikanischen Silberminen, Zuckerplantagen, Baumwollfeldern etc. nicht nur ungeheuren Mehrwert produzierten, sondern daß diese Sklaven

und ihre Nachkommen auch den Geburtenüberschuß Afrikas repräsentierten, ist dem Autor leider ebenso entgangen wie die Tatsache, daß die zwangsweise Wegführung der physisch leistungsfähigsten Gruppen der Bevölkerung zweifellos eine wesentliche Ursache für die sog. Unfähigkeit zur Umweltbeherrschung der afrikanischen Gesellschaften (23) darstellt. Aber nach K. war die afrikanische Westküste nur „des weißen Mannes Grab“ (34). Merkwürdig nur, daß die europäischen Händler dieses Gebiet laufend wider ihre eigenen Interessen heimgesucht haben!

Auch an anderen Stellen vermag K. das Rätsel der Motivation kolonialistischer Politik nicht zu lösen: es erstaunt ihn, daß trotz der „geringen“ Erträgnisse der Kolonialherrschaft die französische Nationalversammlung alle Kolonialkredite immer wieder bewilligte (45). Dabei ist das in diesem Buch beigebrachte Material eindeutig genug: durch Preismanipulationen, durch hohe Kopf- und Hüttensteuern, durch Zwangsarbeit, durch Minimallöhne etc. wurde die Bevölkerung der Kolonie ausgeplündert, durch Raubbau aller Art das Land verwüstet. Und die Ergebnisse dieser Politik bedeuteten keineswegs nur Spitzengehälter, hohes Sozialprestige und Verdienstmedaillen für Kolonialbürokratie und -armee; für die französischen Kapitalisten gab es exklusive Gelegenheit zu billigen Rohstoffimporten, zu teuren Fertigwarenexporten, zur Anlage privaten Kapitals, zur Ausföhrung lukrativer öffentlicher Bauaufträge, die z. T. aus französischen Steuergeldern finanziert wurden. Sicherlich waren die Profite der englischen Kapitalisten in ihren Kolonien noch wesentlich höher. Aber wie schlecht das „Kolonialgeschäft“ für das französische Volk auch immer gewesen sein mag — von der autochthonen Bevölkerung ganz zu schweigen: für die herrschenden Klassen Frankreichs kann es so schlecht nicht gewesen sein, denn aus reiner Dummheit werden deren parlamentarische Interessenvertreter die Kolonialkredite kaum bewilligt haben. Das allgemeine kapitalistische Gesetz von der Sozialisierung der Kosten und der Privatisierung der Erträge dürfte auch im Frankreich des 19. Jahrhunderts gegolten haben. Hiervon ausgehend hätte eine Analyse zweifellos differenzierte Einsichten über die Besonderheiten des französischen Kolonialismus erbringen können. Hier wird nur sein „geringe(r) Erfolg“ (231) beklagt, was bei dem bereits dargelegten Wissenschaftsbegriff des Autors heißt, daß der Exploitationsgrad des englischen Vorbilds nicht erreicht wurde. So bleibt zum Schluß nur mehr übrig, dem „Idealismus“ derer zu gedenken, die durch „den Einsatz ihres persönlichen Vermögens (sic!), ihrer Gesundheit und oft auch ihres Lebens“ „die große Anstrengung der Kolonisation“ überhaupt erst ermöglicht haben (215).
K. Steinhaus (Marburg)

Fischer, Kurt Gerhard — Karl Herrmann — Hans Mahrenholz: Der politische Unterricht. Unter Mitarbeit v. Helmut Freudel und Friedrich C. Brunke. 2. neubearb. und erw. Aufl., Verlag Dr. Max Gehlen, Bad Homburg 1965 (280 S., Ln., 16,80 DM).

Die Verfasser fordern, daß sich im politischen Unterricht, „Erarbeitung des Sachlichen, das heißt die Aneignung von wißbaren Fakten und Daten als *Kenntniserwerb*, mit Verarbeitung des Wesentlichen als Bildung sachlicher Urteile über Zusammenhänge, das ist *Erkenntnisfindung*, und Verdichtung der Erkenntnisse auf ihnen immanente *Einsichten* hin“ (16) verbinden muß. Was ist nun unter dem Ziel der politischen Bildung, den „Einsichten“, zu verstehen? Als Evidenzurteile könne man sie „weder durch Gründe be(weisen) noch widerle(gen)“ (26). Sie seien gleichsam „logisch-metaphysische Urteile“ (26), ohne die es „keine irgendwie beschaffene staatliche Ordnung gesellschaftlicher Verhältnisse“ (26) gebe. Für den politischen Unterricht resultiere daraus die Aufgabe, diese „Axiome“, die dem demokratischen Staat und dem gesellschaftlichen Leben in ihm vorzugehen, bewußt zu machen.

Die Verfasser führen neun solcher „Einsichten“ an, die durchaus geeignet sind, den Schülern eine Vorstellung von dem zu vermitteln, was Demokratie der Idee nach sein soll. Wie aber der Schritt von demokratischer Ideologie zu demokratischer Realität zu vollziehen ist, bleibt dunkel. Zwar heißt es „Eine demokratische Verfassung mag noch so miserabel sein: weil sie revidierbar ist, kann sich menschlicher Gestaltungswille immer wieder aufs neue an ihr erproben“ (81), zugleich aber wird diese Chance der Demokratie durch unvermittelte Gegenüberstellung mit dem Streben der Diktatur „nach Engmaschigkeit des Reglements, nach Lückenlosigkeit der Vorschriften, nach Totalität der Macht“ (81) zu einem abstrakten Wert hypostasiert. Zwar wird die begrüßenswerte Einsicht geäußert, die Alternative zur schlecht funktionierenden Demokratie heiße nicht Diktatur oder totalitäre Herrschaftsordnung, sondern bessere Demokratie, wie indes die Revidierbarkeit zur besseren Demokratie hin konkretisiert werden soll, bleibt anscheinend den etablierten Politikern überlassen. Zwar stellen die Verfasser richtig fest, daß die „Chance, (sich) der Freiheit zu bedienen die Fähigkeit voraus(setzt), den durch Menschenrechte, Verfassung und Gesetz gewährten Autonomiebereich auszuschreiten, mit Substanz zu füllen und über ihn mit der Klugheit von Schlangen zu wachen“ (82). Kommt es aber darauf an, die Schüler „mit der Klugheit von Schlangen“ auf die Problematik der Kontrollierbarkeit von Macht in der Demokratie heute hinzuweisen, wird zum Montesquieuschen Modell der Gewaltenteilung Zuflucht genommen, ohne jedoch diesen Kontrollmechanismus auf seine reale Effektivität hin zu prüfen.

Schon diese wenigen Beispiele deuten an, daß ein so verstandener politischer Unterricht letztlich doch wieder zu suggerieren versucht, daß Demokratie schon verwirklicht sei. Wie weit sie indes hinter ihren eigenen Begriff zurückfällt, wird nur am Rande diskutiert. Die Einsicht, daß allein Kontrolle politischer und ökonomischer Machtzusammenballungen einen Weg zur Realisierung von Demokratie darstellt — es ist bezeichnend, daß sich die Verfasser die Beantwortung der Frage, ob demokratische „Spielregeln“ auch auf die Wirtschaft auszudehnen sind, aussparen, um keine „parteilpolitische Ent-

scheidung“ (200) zu treffen — wird mit Schlagworten wie „geliebter schlechter Westen“ (Krämer-Badoni) oder „Demokratie ist das geringere Übel“ zu entschärfen versucht. Statt dessen herrscht die Bereitschaft vor, den politischen Bildungsprozeß bei den Schülern dort als abgeschlossen zu betrachten, wo er eigentlich erst einzusetzen hat: bei der Gegnerschaft zum „Totalitarismus“.

Richard Saage (Frankfurt/M.)

Fischer, Alois, Ferdinand Kopp und Lore Kufner: *Autorität, Disziplin und Freiheit in der Volksschule.* Verlag Ludwig Auer, Donauwörth (136 S., brosch., 6,20 DM).

Ein schmales Bändchen mit Aufsätzen über „Autorität und Freiheit in der Erziehung“ (Fischer), „Die Disziplin in der Schulklasse“ (Kopp) und „Meine Schulklasse ist so unruhig“ (Kufner) sowie einer Zusammenstellung der wichtigsten amtlichen Erlasse der einzelnen Kultusministerien über Erziehungsmaßnahmen in der Schule im Anhang. Gewarnt wird, und das ist das Beste an den drei Beiträgen, vor autoritärem Verhalten in der Erziehung, plädiert wird fürs „Wagnis der Freiheit“ (Fischer) und für die dynamische Wechselwirkung zwischen der Autorität des Lehrers und der Freiheit des Kindes. So vielsagend bleiben leider auch die Angaben über Ursachen kindlicher Disziplinlosigkeiten heute: die Mobilität der sich wandelnden Gesellschaft, veränderte Sozial- und Familienstruktur, Anonymität und Traditionslosigkeit, fehlende Maßstäbe in materieller wie familiärer Hinsicht...

Als Therapie schlägt Kopp etwa die „rechte Anwendung“ einer sozialen (Arbeits-) Ordnung vor, die zum Aufbau einer echten Schuldisziplin führe, indem Freiheit, Vertrauen und Disziplin in der Klasse ins rechte Verhältnis zueinander gebracht würden.

Obwohl einmal gesehen wird, daß Disziplinlosigkeit noch das Beste an einem Kinde sein mag — seine „Fehlhaltung“ und „Verhaltensstörung“ besser als die schöne echte Disziplin?

Annekatrein Mendel (Frankfurt)

V. Ökonomie

Ota Šik: *Ökonomie — Interessen — Politik.* Dietz Verlag, Berlin 1966 (507 S., Ln., 14,50 MDN).

Dieses Buch ist nicht nur deshalb bemerkenswert, weil der Verfasser einer der wichtigsten Ökonomen des institutionalisierten Sozialismus ist. (Ota Šik ist Direktor des ökonomischen Instituts der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften und führend bei der Verwirklichung des neuen Wirtschaftsmodells beteiligt.) Vielmehr versucht Šik in diesem Buch, an dem er seit 1956 gearbeitet hat und das 1962 in Prag erschien, erstens die grundlegendsten und allgemeinsten ökonomischen Begriffe und Beziehungen zu klären und der Dogmatisierung und Verflachung der Theorie entgegenzuwirken, zweitens das Verhältnis zwischen dem Objektiven (Ökono-

mie) und dem Subjektiven (Interessen, Politik) in der gesellschaftlichen Entwicklung herauszuarbeiten, drittens „die Lösung neuer ökonomischer Probleme und besonders (die) Lösung ökonomischer Probleme des Sozialismus“ (263) voranzutreiben. Das Buch ist daher eher Methodologie als Analyse der Realsubstanz; allerdings nicht in dem idealistischen Sinne, daß zuerst das begriffliche Instrumentarium präsentiert würde, um damit die Realität zu vergewaltigen, sondern im Sinne marxistischer Methode, daß Begriffe anhand der Realsubstanz erarbeitet werden. Aus diesem Konzept ergibt sich eine Paradoxie, an der S. nur zu einem Teil schuldig ist: Einerseits werden Begriffe und Zusammenhänge neu geklärt, die zur politisch-ökonomischen Analyse unabdingbar sind; andererseits wirkt das Buch an manchen Stellen eklektisch, wenn Aussagen im Text mittels langer Zitate aus den Werken von Marx und Engels oft formal klarer als im Text selbst belegt werden.

Das Buch läßt sich, wie der Titel andeutet, in drei miteinander verknüpfte Teile gliedern. Zuerst werden ökonomische Begriffe geklärt: Produktionsverhältnisse, Produktivkräfte, Arbeitsteilung, Austausch, Verteilung, Kooperation, Eigentum usw. Dabei geht S. sehr differenziert vor, wie etwa die Analyse des „Eigentums“ zeigt. Er stellt die Kategorie „Eigentum“ nicht an den Anfang, sondern begreift sie als „Folgekategorie“ (298) bestimmter Reproduktionsverhältnisse. Eigentum ist nicht, wie etwa Stalin und an ihn anschließend eine ganze Generation von Ökonomen deklarierten, ein „Haben“, ein „Besitz“ an Produktionsmitteln. Eigentum ist vielmehr ein „sich ständig erneuerndes, sich ununterbrochen entwickelndes Verhältnis“ (258). Dabei darf dieses Verhältnis nicht außerhalb der Verteilungs- und Austauschverhältnisse unter konkreten Produktions- und Konsumtionsbedingungen betrachtet werden. Aus diesem Grund wendet sich S. auch gegen die formalistische Auffassung, daß Sozialismus bereits mit der Nationalisierung der Produktionsmittel verwirklicht sei. „Die Nationalisierung, die Trennung der Bourgeoisie von den Produktionsmitteln, die revolutionäre Unterbrechung der kapitalistischen Aneignung ist natürlich eine Grundvoraussetzung für die Entstehung des sozialistischen Eigentums. Aber erst die wirkliche Herausbildung der von gesellschaftlichen Organen der Werktätigen geleiteten und kontrollierten sozialistischen Arbeit, der sozialistischen Verteilung, also die wirkliche Veränderung der Produktionsweise, bedeutet den Beginn der sozialistischen Aneignung“ (299). Die Eigentumsverhältnisse sind also nur ein Aspekt der konkreten Gesellschaft. Revolutionierung kann sich daher nicht auf diesen, wenn auch sehr wichtigen Aspekt reduzieren.

Zum zweiten Teil führt S. über, indem er davon ausgeht, daß sich die Produktionsverhältnisse mittels gewollter Tätigkeit der Menschen, mittels „Willensverhältnissen“, durchsetzen. Hinter dem Willen stehen bestimmte Bedürfnisse und Interessen, wobei Interessen „konzentrierte, relativ länger währende Absichten der Menschen zur Befriedigung bestimmter objektiv hervorgerufener Bedürfnisse“ (320) sind. Interessen lassen sich unter verschiedenen Gesichtspunk-

ten kategorisieren: Klasseninteressen, unmittelbar persönliche Interessen, unmittelbare und mittelbare, materielle Interessen. Da auch in Gruppen (Klassen beispielsweise) immer Individuen letztlich die handelnden Subjekte sind, können Gruppeninteressen niemals abstrahiert vom einzelnen vorgestellt werden. „Es herrschen daher keine allgemeinen Klasseninteressen außerhalb der Psyche des einzelnen“ (333). Wenn es aber immer die Interessen konkreter Individuen sind, muß geklärt werden, wie dann Gruppeninteressen zustandekommen können. Hier kann S. auf die Analyse der Ökonomie zurückgreifen, indem er Interessen (nicht mechanistisch, da er die „relative Selbständigkeit“ der Willensverhältnisse sieht und analysiert!) auf die ökonomische Situation relationiert. Zum anderen aber geht S. davon aus, daß Interessen sich mittels Erkenntnisprozesse manifestieren. Zwischen Interesse und Erkenntnis besteht ein dialektischer Zusammenhang. Hier ergibt sich eine wichtige Aufgabe der „marxistischen Parteien, (die es) daher auf jeder Entwicklungsstufe verstehen (müssen), sowohl entsprechend den unmittelbar existierenden Interessen der Arbeiter als auch entsprechend deren jeweiligem Bewußtseinsstand sowie bestimmter Entwicklungsperspektiven ihrer Interessen und ihres Bewußtseinsprozesses immer solche politischen Forderungen zu erheben, die nicht nur von den unmittelbaren konkreten Interessen ausgehen, sondern auch auf die zunehmende politische Interessiertheit der Arbeiter wirken und die selbständige Erkenntnis ihrer Grundinteressen beschleunigen. Sowohl das opportunistische Einherhinken hinter der objektiven Entwicklung der Arbeiterinteressen, als auch das sektiererische Loslösen von der objektiv bedingten Entwicklung dieser Interessen . . . hemmt den Erkenntnisprozeß und die Entwicklung der revolutionären politischen Interessen der gesamten Arbeiterklasse . . .“ (431).

Politik zeigt sich vor allem „als Summe von Taten, Maßnahmen und Wirkungen, mit denen sich bestimmte große Gruppen von Menschen bemühen, durch die Macht oder mit Hilfe gewisser Machtmittel bestimmte Interessen im gesellschaftlichen Geschehen gegen die Interessen anderer Menschen durchzusetzen“ (435). Politik (wie auch den Staat) gibt es somit erst, seitdem die Gesellschaft (heute: die Welt) in Gruppierungen mit konfligierenden Interessen geteilt ist. Wenn auch Politik zeitweilig von den ökonomischen Interessen der Menschen abweichen kann, so bestimmen doch letztlich die Produktionsverhältnisse die politischen Verhältnisse. Allerdings stimmt die politische Front in keinem Augenblick mit den Klassenfronten überein, da es innerhalb jeder Klasse unterschiedliche Interessen gibt, die in Widerspruch miteinander geraten. Da die Vermittlung zwischen Ökonomie und Politik nicht direkt ist, entfaltet Politik eine relative Selbständigkeit gegenüber der Ökonomie.

Zum Schluß wendet sich S. den Rückwirkungen der Politik auf die Ökonomie zu; die drei Begriffe im Titel sind nicht formal-logisch einander zugeordnet. Der Kreis schließt sich. Die Analyse besonderer Produktionsverhältnisse könnte beginnen. Diese Aufgabe hat S. in einem Buch übernommen, das in diesem Herbst (in Prag, auf eng-

lich) erscheint und „Probleme der Warenbeziehungen im Sozialismus“ zum Gegenstand hat.

Die Anlage des Buches „Ökonomie — Interessen — Politik“ ist großartig und kann der Theorieentwicklung weiterhelfen. Es sei aber auf einige kritische Anmerkungen nicht verzichtet. Erstens sind Auslassungen historischer Art oft sehr allgemein und berücksichtigen nicht neuere Erkenntnisse. Zweitens finden sich insbesondere in dem Teil, der die „Interessen“ zum Gegenstand hat, mechanistische Interpretationsweisen. So, wenn S. unvermittelt bürgerliche und proletarische Erziehung gegenüberstellt, eine Zweiteilung von „Moral“ vornimmt, die Interessen der Mittelschichten zu typisieren versucht und die These von der „Arbeiteraristokratie“ ungeprüft wiederholt. Auch die Kritik der Burnham'schen Managertheorie ist unzureichend, wenn S. behauptet, es stünden immer die „größten Finanzmagnaten“ im Hintergrund. Dabei hat S. ein Konzept entwickelt, das einen solchen *deus ex machina* überflüssig macht: Nicht die besonderen Formen von Eigentum und Verfügung bestimmen das Wirtschaftssystem, sondern der ganze Komplex der Aneignungsweise. Und der ist kapitalistisch, ob die Privateigentümer persönlich „verfügen“ oder ihre Verfügungsmacht auf Manager delegieren.

Trotz partieller Kritik muß dieses Buch energisch empfohlen werden. Es handelt sich hier um einen der wenigen geglückten Versuche, ökonomische Kategorien kritisch und kompakt, dabei relativ leicht verständlich zu erarbeiten.

Elmar Altvater (München)

Bernhard, Richard C.: Wettbewerb, Monopole und öffentliches Interesse — Ihre Behandlung in der ökonomischen Theorie sowie im anglo-amerikanischen und deutschen Recht. H. 3: Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, hrsg. v. K. Paul Hensel. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1963 (155 S., kart., 18,— DM).

Bernhard versucht, den seit dem Niedergang des Konkurrenzkapitalismus auftretenden Problembereich des Größen- und Machtzuwachses von Unternehmen und Unternehmensverbänden und der damit verbundenen Möglichkeit, den Wettbewerb einzuschränken und seine Behandlung in ökonomischer Theorie und Rechtsprechung Englands, Westdeutschlands und den USA darzustellen.

Da Bernhard keinen Versuch unternimmt, beispielsweise die Ursachen der Konzentration und Zentralisation des Kapitals oder die Funktionswandlung des Staates und seine wachsenden Einflußmöglichkeiten auf die Wirtschaftspolitik aufzuzeigen, geben die ausführlichen Auswertungen von Gerichtsentscheidungen über Wettbewerbsbeschränkungen nur geringe Information, vor allem, da die verschiedenen Entwicklungsstadien und -tendenzen in den drei untersuchten Ländern nicht analysiert werden. Deutlich erkennbar ist allerdings, welche Schwierigkeit es für Gerichte bedeutet, beispielsweise den Grad der Einschränkung des Wettbewerbs oder, bei einander ausschließenden Partialinteressen von Staat, Unternehmens- und Finanzgruppen, das „Öffentliche Interesse“ herauszufinden.

Gleichsam entschuldigend für die wirtschaftstheoretisch oberflächlichen Aussagen über Wettbewerbsbeschränkungen und ihre beschränkte wirtschaftspolitische Anwendbarkeit kann Bernhard jedoch anführen: „... die Werkzeuge oder die Modelle des Theoretikers, sind somit, jedenfalls in ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstadium, nicht geeignet, die wahren wirtschaftspolitischen Probleme... zu lösen“ (67). Gernot Schubert (München)

Friedrichs, Günter (Red.): Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und den USA. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1963 (392 S., brosch., 12,80 DM).

Beiträge amerikanischer wie deutscher Gewerkschaftler und Wissenschaftler auf einer internationalen Arbeitstagung der IG-Metall werden in diesem Buch wiedergegeben. Die Aufsätze, die den Vorzug unterschiedlicher Abstraktheit haben, so daß sowohl theoretische als auch konkret-aktuelle Probleme erörtert werden, haben eins gemein: zwar geben sie in ihrer Gesamtheit einen Überblick über den Stand der Automation; eine theoretische Analyse der Befreiungsmöglichkeiten vom Zwang entfremdeter Arbeit und der die Automationsprobleme verschärfenden kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse wird der Propagierung kurzfristiger und kurzsichtiger gewerkschaftlicher Interessen und Ideologien geopfert. Es geht um Arbeitszeitverkürzung, damit die durch den technischen Fortschritt freigesetzten Arbeitskräfte in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß reintegriert werden können. Der profunde Beitrag G. Friedrichs' — Leitung der Abteilung Automation und Kernenergie beim Vorstand der IG Metall — bemüht sich einerseits um eine ökonomische Analyse der Automationsfragen, spiegelt andererseits aber die gewerkschaftspolitischen Interessen wider: Freisetzungen von Arbeitskräften bei Rationalisierungsinvestitionen brauchen dann nicht Arbeitslosigkeit zur Folge zu haben, wenn zugleich Erweiterungsinvestitionen getätigt werden, die die freigesetzten Arbeiter resorbieren. — Ist die Arbeitsintensität hoch (Verhältnis von Arbeit zu Kapital), so kann dennoch bei geringem ökonomischen Wachstum die Beschäftigung zunehmen — was anhand von Daten für die Maschinenindustrie dokumentiert wird (89). — Durch einen Kunstgriff, wobei freilich die bislang abstrakte Analyse verlassen wird, bekommen die gewerkschaftlichen Forderungen ihren Stellenwert: für Friedrichs ist jetzt Arbeitslosigkeit nicht mehr die Resultante der Relation von technischem Fortschritt und gesamtwirtschaftlichem Wachstum, sondern ebenso vom Ausmaß der Arbeitszeitverkürzungen abhängig (98), (die eher ein konkret wirtschaftspolitisches Mittel sind).

Die Problematik der Automation ist keine „rein“ ökonomische, sondern beinhaltet die Frage nach den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, also nach gesellschaftlicher Rationalität. — Ist es z. B. auf Grund gestiegener Arbeitsproduktivität möglich, das gleiche Gütervolumen mit geringerem Arbeitskräftepotential zu produzieren, so

bedeutet das unter rationalen Produktionsverhältnissen noch lange nicht, daß Arbeitslosigkeit als soziale Kategorie entstehen müßte.

Diese Problematik der Automation sieht B. B. Seligman, wenn er von technischen zu gesellschaftlichen Fragen kommt: „Die Technik wird an Stelle des Menschen zum Mittelpunkt des Daseins“ (79). Wir „können nur hoffen, daß die Gesellschaft vielleicht doch noch mit den Ingenieuren, Wissenschaftlern und Industriekapitänen fertig werden kann, die nur an den hübschen Gewinnen interessiert sind, welche die Maschinen ermöglichen“ (79).

Aus dem Prozeß des technischen Fortschritts lassen sich die grundlegenden Probleme der Automation nicht erklären; die Fetischisierung der Technik führt eher zur Verdeckung gesellschaftlicher Strukturprobleme, auf die Seligman hinweist, wenn er eine Parallele zwischen den wachsenden Absatzschwierigkeiten der amerikanischen Industrie und dem Subventionssystem in der Landwirtschaft zieht: 70 bis 80% der Subventionen dienen der Eindämmung von „Überproduktion“ — die Stahlindustrie arbeitet mit 65prozentiger Kapazitätsauslastung —, während zugleich — das sei hinzugefügt — der Überfluß den Mangel bedingt. Die Irrationalität des gesellschaftlichen Verteilungsmechanismus bringt es mit sich, daß im Überfluß noch Menschen hungern.

Im Problem der Automation spiegelt sich der Antagonismus der kapitalistischen Produktionsweise: steigende Produktivität der Arbeit, was ja nichts anderes als zunehmenden Ausstoß bei gleicher Produktionszeit bedeutet, verbessert nicht das wirtschaftliche Niveau der Gesellschaft, sondern bedroht den in ihr Vereinzelten. — Wer die Frage nach Gründen und Möglichkeiten der Überwindung dieser gesellschaftlichen Schizophrenie an das vorliegende Buch stellt, wird enttäuscht sein; wer eine Antwort auf partielle Fragen des technischen Fortschritts — Lohnfindung an Arbeitsplätzen oder Angestelltenprobleme — sucht, die vielfach durch empirische Daten belegt sind, wird in den einzelnen Beiträgen eine Reihe von Hinweisen finden.

Peter Dieck (Berlin)

Lenz, Friedrich: Weltwirtschaft im Umbruch. Eine kritische Analyse der internationalen Politik und Wirtschaft unserer Gegenwart. blick + bild Verlag für politische Bildung S. Kappe KG, Velbert und Kettwig 1964 (382 S., Ln., 32,— DM).

Viel zu wenig Beachtung hat das Alterswerk von Friedrich Lenz „Weltwirtschaft im Umbruch“ gefunden, das in der Nachfolge von Friedrich List geschrieben, eine scharfsinnige Analyse der internationalen Politik und Wirtschaft unserer Gegenwart bietet. Friedrich Lenz ist einer der wenigen lebenden Nationalökonomien, die noch im Sinne der alten „Staatswissenschaften“ arbeiten und der Forderung nach der Einheit der Sozialwissenschaften nicht ausweichen. Seiner Auffassung nach verlangt der Umbruch unserer klassischen Weltwirtschaft „eine grundsätzliche Kritik ihrer handelskapitalistischen Weltmarktdoktrin und ihrer Vorstellungen von einer staatsfreien

Weltgesellschaft privater Interessenten“ (S. VII). Auch die marxistische Vorstellung eines kämpfenden Weltproletariats werde durch die Tatsachen abgewandelt. „Karl Marx hatte wohl ‚Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit‘ analysiert; aber ‚Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt‘ fehlen in seiner Kritik der bürgerlichen Ökonomie. Die Gegenwart trägt hierzu Modifikationen bei, die keine Analyse unserer Weltverhältnisse übersehen darf. Offen bleibt die differenzierte Zukunft aller ehemaligen Kolonialgebiete in Latein-Amerika, Afrika und Asien“ (S. VII). — Den deutschen Sozialökonomem wirft er vor, sie hätten es unterlassen, „den Fortgang von Kant zu Hegel nachzuvollziehen und für ihre Voraussetzungen durch eine Analyse der staatlich strukturierten und klassenmäßig geschichteten Produktionsverhältnisse den Wahrheitsbeweis zu erbringen“ (4). „Statt dessen“, so meint er, „übernahm unsere Wirtschaftswissenschaft vielfach eine apologetische Funktion zugunsten der bisherigen Weltordnung und der darin verfestigten Interessen. Im Unterschied zu den politisch-historischen sowie soziologischen Disziplinen überdauerte die apologetische Funktion jeden Wechsel der Staatsformen in den Jahren 1918, 1933 und 1945“ (5). Er zweifelt daran, daß die Diskrepanz zwischen vollkapitalistischen und zurückgebliebenen Regionen innerhalb und außerhalb Europas „mittels der inhaltsleeren mathematischen Formeln und statischen Denkmodelle nachklassischer Marktlehren“ erklärt werden kann (36). „Das Zentralproblem jeder Politischen Ökonomie ist und bleibt darum das Verhältnis der ökonomischen zu den politischen Realfaktoren des Geschehens“ (43). Sehr scharf geht er mit Erich Schneider, Joseph Schumpeter und dem jungen Keynes ins Gericht, die die realen Strukturgegebenheiten von Wirtschaft und Gesellschaft aus ihren Theorien weitgehend ausgeklammert hätten und so zu einer „systematischen Bewußtseinsverengung“ gekommen seien. Die sogenannte „reine Theorie“, nach der die Nationalökonomie lediglich „rein logische und mathematische Forschung, ganz unabhängig von Geschichte und Statistik“ (so Julian Fauche zit. S. 54) treiben soll, gäbe „eine Formenlehre aller tauschwirtschaftlichen Beziehungen, deren Inhalt durch die zwecksetzende Praxis jeweils pragmatisch und positivistisch ausgefüllt ist. So werden Praktiker als Volkswirte, Sozialwirte, Betriebswirte, Marktforscher, Statistiker usw. produziert, welche der Nachfrage einer ‚verwalteten Welt‘ nach brauchbaren und auswechselbaren Funktionsträgern genügen; gleiches gilt für die analoge Bereitstellung des Bedarfs an technischen sowie an juristischen und Verwaltungsspezialisten“ (55).

Von der Position einer inhaltlich-historisch orientierten Politischen Ökonomie aus behandelt Lenz die Weltwirtschaft als Einheit ihrer Markt- und Produktionsverhältnisse, den Kampf um die politisch-ökonomischen Strukturen in unserer Zeit, die Probleme des Hoch- und Spätkapitalismus in Deutschland. Im letzten Kapitel seines Buches befaßt er sich mit erkenntnistheoretischen Aspekten der Erforschung der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Wilfried Gottschalsch (Berlin)

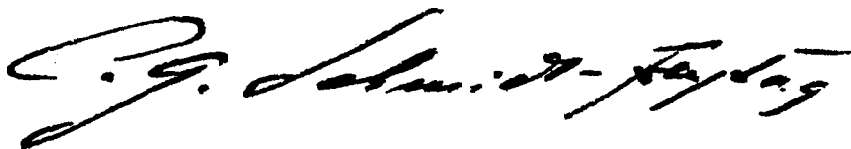
Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn ein Bundesbürger heute politische Gewissensforschung treibt, so stößt er mit Sicherheit auf das Problem der Autorität in Staat und Gesellschaft.

Was ist eigentlich los mit dem Verhältnis des Bundesbürgers zur Autorität? Warum finden die kraftmeierischen Worte der NPD überhaupt Resonanz? Warum gilt der „Ohne-mich-Standpunkt“ gegenüber den Belangen des öffentlichen Lebens durchaus als honorig?

Wir haben diese und eine Reihe weiterer Fragen Wissenschaftlern und Publizisten gestellt. Deutschen und Ausländern, Konservativen und Liberalen, Menschen, die im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Hitler-Staat aufgewachsen sind. Das Ergebnis ist in dem Buch DIE AUTORITÄT UND DIE DEUTSCHEN* niedergelegt.

Die Antworten auf unsere Fragen sind entsprechend bunt und oft widerspruchsvoll in wesentlichen Punkten. Trotzdem meinen wir, daß bei der Lektüre dieses Buches eine Resultante sichtbar wird, die zu erkennen sich für den Leser verlohnt.



(C. G. Schmidt-Freytag)

* DIE AUTORITÄT UND DIE DEUTSCHEN. Herausgegeben von C. G. Schmidt-Freytag. 155 Seiten, Paperback DM 8,—, Leinen DM 10,—.

Mit Beiträgen von: Alfred E. Brettauer: Der Autoritarismus als seelische Nothilfe; Wolfgang Hammer: Warum die Weimarer Republik ihre Autorität verlor; Fritz René Allemann: Die nachgeholte Verbürgerlichung; Hans Peter Richter: Von draußen gesehen; Horst Krüger: Die autoritäre Persönlichkeit; Gustav Ermecke: Echte und unechte Autorität; Karl W. Boetticher: Zum Problem der Verfassung moderner Unternehmen; Manfred Lindner: Das Arzt-Patienten-Verhältnis als Exempel; Fritz Francke: Justizkrise und Richterautorität; Heinz-Rolf Lückert: Statuswert und Rollenfunktion des Lehrers; Hermann Glaser: Konturen der Zukunft.

Delp'sche Verlagsbuchhandlung München